Libertad!



INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2[50] DM

Nr. 296

11. August 1994

Vorwort

zum Heft Nr. 296 ist folgendes zu bemerken
1. daß der Berliner Aufruf (4seitig) in diesem Magazin zusammengeschnippelt auf 3 Seiten vorkommt (S.3-5) lag einfach an den miserablen Fotos, so daß wir die"schwarzen Flächen"rausnehmen mußten. schweren Herzens.
2. Uns liegt ein Papier aus Hamburg vor ("Interview über Sexualität und Herrschaft"), daß wir für wichtig genug halten, es trotz seines Umfangs demnächst zu veröffentlichen. Ihr solltet uns dazu aber eine druckfähigere Vorlage zukommen lassen.
3. Liebe Kritikerinnen "mit der Doppelaxt ins Herz der Bestie", die ihr sauer seid, daß"ein Text aus revolutionär-feministischer Sicht" am 14.7. (I294) in den Ordner wanderte, während am 19.5. (I287) ein "vor Opportunismus triefender Text" von Ingrid Strobl ("das unbegriffene Erbe-Bemerkungen zum Antisemitismus in der Linken") abgedruckt worden ist:
Wir wollen nicht vorgreifen und haben eure Kritik an die damals zuständigen weitergeleitet, damit sie dazu Stellung nehmen können. Also Geduld.
4. Hallo PotsdamerInnen. Auch wenn uns der Artikel aus der taz noch flüchtig in Erinnerung ist, so wissen wir doch nicht recht, was ihr uns mit eurem Text dazu sagen wollt. Fehlen uns dazu noch einige Detail? Oder müssen wir den taz-Text nochmal lesen, um dahinter zu steige?Habt ihr mit Frau R. ne unfruchtbare Diskussion gehabt?Aber warum fehlen ihr dann"einige Rippen"? Fragen über Fragen.
5. neu angekommen sind Autonomiekongress Reader (4.-)
radikal Nr. 150 (Juli 94 5.-

INHALT:

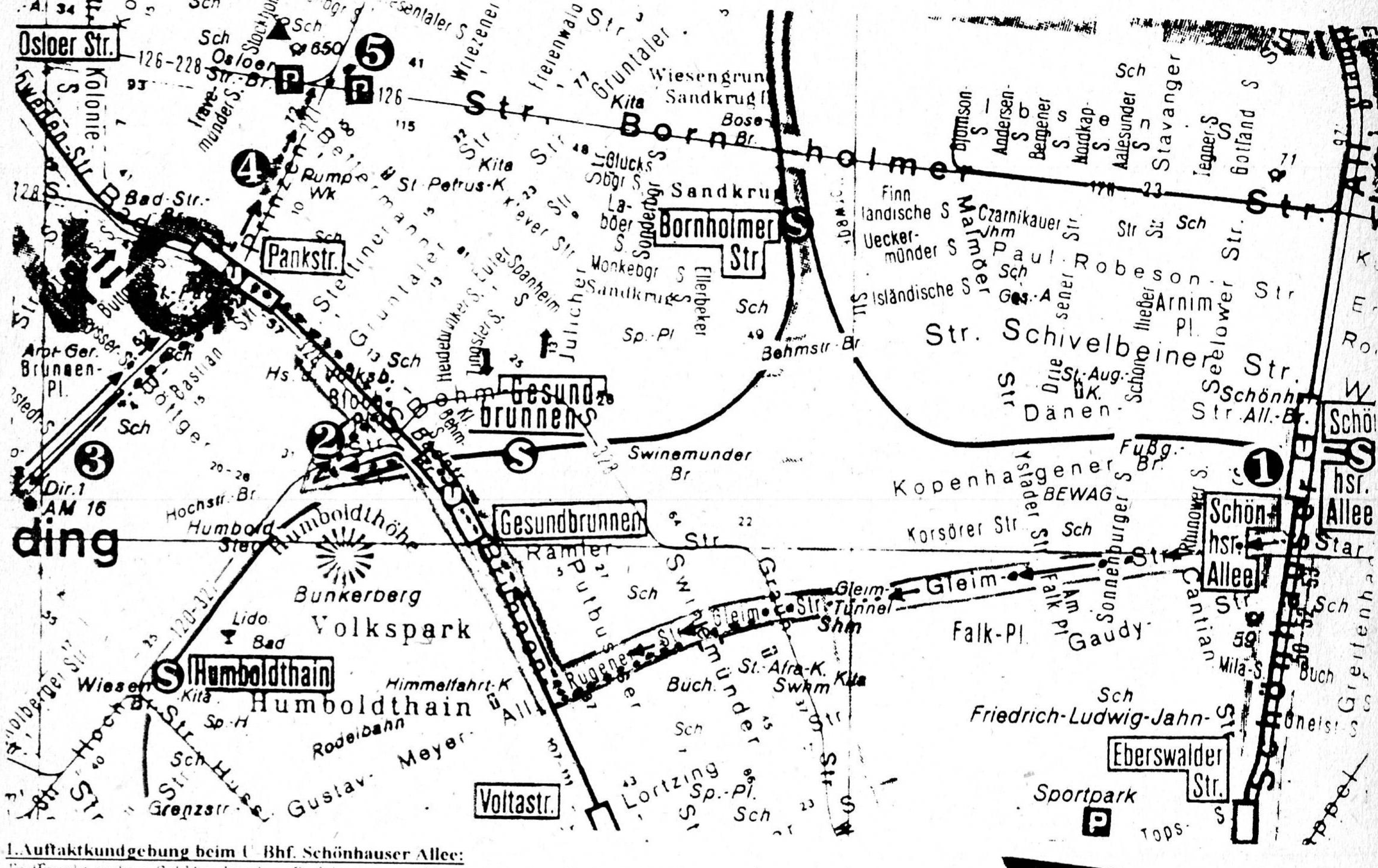
ORDNER

DEMONSTRATION:
„Die faschistischen Strukturen aufdecken und angreifen"
Sa, 13.8.94, Beginn 11 Uhr beim U-Bahnhof Schönhauser Allee

Aufrufende Gruppen: AIM (Antifaschistische Initiative Moabit), Antifacafé Wedding, Antifaschistische Initiative Friedrichshain, AGF; Bündnis 90/Grüne Bezirksgruppe Tiergarten, Antifa Jugendfront, Antifaschistisches Bündnis Prenzlauer Berg, Autonome Antifa A+P, Clash Wedding, FARA (Feministische Antifaschistische Revolutionäre Aktion), FELS (Für eine linke Strömung), Lesbisch-Schwule Antifa Prenzlauer Berg, LSD-Antifa Prenzlauer Berg, PDS Prenzlauer Berg, PDS Wedding, RAI (Rote Antifaschistische Initiative), Referat Antifaschismus Asta TU

V.i.S.d.P. Rosa Möller, Kollwitzstr. 45, 10119 Berlin

Die Wegstrecke der Demonstration:



1. Auftaktkundgebung beim U-Bhf. Schönhauser Allee:
Treffpunkt rechter Schlägerbanden (Redebeitrag zur Naziorganisation Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei FAP und zum rechten „Nachbarschaftsterror" im Prenzlauer Berg)

2. Böttgerstr./Blochplatz:
Zentrum der türkischen Faschisten „Graue Wölfe"

3. Pankstr.:
Polizeirevier (Redebeitrag zur Zusammenarbeit von Polizei und Justiz mit FaschistInnen)

4. Prinzenallee:
Reisebüro (Redebeitrag zum Türkei-Urlaubsboykott wegen dem Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk)

5. Schlußkundgebung:
Osloerstr. Ecke Prinzenallee Wohnung von Arnulf Priem

AKTION '94

Widerstand gegen den „Hess-Marsch"

Nazi-Aktivitäten

Zum nunmehr siebten Mal ist in den Tagen um den 17. August mit einem Aufmarsch organisierter Alt- und Neonazis aus ganz Europa zu rechnen. Verschiedene Nazi-Gruppen haben zu einer „nationalen Aktionswoche" vom 13.-21. August aufgerufen. Anlaß dafür ist der Todestag des Hitler-Stellvertreters und verurteilten Kriegsverbrechers Rudolf Hess.

In den letzten Jahren gelang es den FaschistInnen mit wechselndem Erfolg, durch den Aufmarsch ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu gelangen. Spätestens mit der durch die hessische Polizei unterstützten Demonstration in Fulda 1993 war dieses Ziel weitestgehend erreicht.

Widerstand wird behindert

Antifaschistische Gegenaktivitäten wie die versuchte Verhinderung offen nationalsozialistischer Propaganda hingegen wurde von den staatlichen Behörden systematisch bekämpft. So war in Fulda ein Großteil der Polizeibeamten damit beschäftigt, AntifaschistInnen durch Straßensperren zu behindern, während etwa 500 Nazis mit faschistischen Symbolen und Transparenten nach freundschaftlicher Absprache mit den Sicherheitsbehörden ungestört durch Fulda spazierten.

Aktion '94

In den letzten Jahren hatten antifaschistische und autonome Gruppen zu einer Gegendemonstration am Ort des Aufmarsches aufgerufen. Dieses Jahr startet mit der Kampagne „AKTION 94" der Versuch bundesweit koordinierter regionaler Aktionen gegen den „Gedenkmarsch". Ziel ist zum einen eine möglichst wirkungsvolle Behinderung der faschistischen Mobilisierung durch Blockaden von Zentren oder Kadern, die an der Organisation des Aufmarschs beteiligt sind. Darüberhinaus ist es jedoch auch Ziel der „AKTION 94", faschistische Aktivitäten vor Ort aufzuzeigen, ihre Drahtzieher öffentlich zu machen und es Menschen aus unterschiedlichen Spektren zu ermöglichen, sich am Widerstand dagegen zu

beteiligen.
Im Rahmen der „AKTION 94" findet am 13.8.94 eine antifaschistische Demonstration gegen den Weddinger Nazi ARNULF WINFRIED PRIEM statt. Priem ist an der obersten Organisationsleitung des Hess-Aufmarschs beteiligt.

Arnulf Priem - Drahtzieher im braunen Netz

Geschichte eines Nazi-Führers

Geboren am 6. 5. 1948 hat sich Arnulf Winfried Priem mittlerweile zu einer der wichtigsten Führungsfiguren des deutschen Neofaschismus entwickelt. Bereits 1965 wurde Priem in der DDR wegen faschistischer Umtriebe zu Gefängnis verurteilt, von der BRD jedoch nach einem Fluchtversuch als „politischer Häftling" freigekauft. In Freiburg gründete er die Kampfgruppe Priem, die dort für NS-Propaganda verantwortlich war und Überfälle auf AntifaschistInnen durchführte. In dieser Zeit knüpfte Priem bereits Kontakt zu dem Nazi-Terroristen Manfred Roeder und der Wehrsportgruppe Hoffmann, die unter anderem den Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest 1980 ausführte.

1976 meldete sich Priem in Berlin in der Wriezenerstr. 8 an und wurde bereits 1977 Vorstandsmitglied und Aktionsführer der NSDAP - Gau Berlin. Nachdem er deswegen 1979 vor Gericht zu lediglich 12 Monaten auf Bewährung verurteilt worden war, gründete Priem in der Folgezeit nazionalsozialistisch orientierte Gruppen wie etwa den „Freizeitverein Wotans Volk", der unter anderem in einem Bunker im Weddinger Humboldthain Schießübungen durchführte.

Wachsende Bedeutung

Nach und nach gewann Priem immer mehr Bedeutung innerhalb faschistischer Kreise. Mit anderen Westberliner Nazis wie Oliver Schweigert (GdNF) und Andreas Pohl (NF) kandidierte Arnulf Priem 1989 bei den Wahlen zur BVV im Wedding. Der weitreichende Einfluß Priems zeigte sich unter anderem daran, daß internationale Nazi Großen sich bei ihm die Klinke in die Hand gaben bzw. geben, darunter internationale Nazi-Größen wie der 1991 verstorbene Nazi-Führer Michael Kühnen, dessen Nachfolger Christian Worch aus Hamburg, Gottfried Küssel aus Österreich. Auch der international aktive Faschist Garry Lauck war desöfteren Gast bei Priem. Lauck ist Leiter der NSDAP/AO mit Sitz in den USA, laut einem kürzlich erschienenen Bericht des "Neuen Deutschland" soll auch Priem der Führungsebene dieser Organisation angehören.

Nach außen wurde die Rolle Priems bereits früher in seinem Amt als Landesvorsitzender der 1992 verbotenen GdNF-Partei „Deutsche Alternative" (DA) in Berlin deutlich, in deren Mitgliedsliste kurz vor Priem auch Hitler, Hess und Goebbels als Ehrenmitglieder auftauchten.

Die "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF)

Die von der Führungsfigur Kühnen ins Leben gerufene GdNF versteht sich als eine Kaderorganisation, die der Koordination verschiedener faschistischer Aktivitäten dienen sollte. Ihrer Leitung gehören Persönlichkeiten aus den Führungsebenen der verschiedenen Parteien des Nazi-Spektrums an. In Berlin erfüllt Arnulf Winfried Priem das Amt des GdNF-Bereichsleiters und ist eine der zentralen Figuren in der Berliner Nazi-Szene.

Dem entsprechen Priems weitreichende Kontakte im rechten Lager. So wird der gelernte Betriebswirt und Vollzeitkader etwa von Neonazi Christian Worch unterstützt, ist regelmäßiger Gast auf den Hitlergeburtstags-Feiern in Mainz-Gonsenheim bei Curt und Ursula Müller oder steht in Verbindung mit Aktivisten der Ex-„Nationalen Alternative", die bis 1990 das Haus Weitlingstr. 122 in Berlin-Lichtenberg besetzt hatten.

Aufbauarbeit in Ostberlin und der Mord an Silvio Meier

In den Jahren nach dem Fall der Mauer verlagerte Priem seine Tätigkeiten nach Ostberlin. Er war häufiger Gast in den Jugendclubs Ottomar Genschke (Weißensee), Wurzel (Marzahn) und dem Judith-Auer-Club in Lichtenberg, die als Treffs rechter Jugendlicher dienten. Bereits im November zeigten sich die blutigen Erfolge von Priems Aufbauarbeit. Nazis aus dem Judith-Auer-Club in Lichtenberg erstachen am 21. 11 1992 am U-Bahnhof Samariterstr. den Antifaschisten Silvio Meier und verletzten zwei seiner Begleiter teilweise lebensgefährlich. Die zuständigen Behörden schien Priems faschistische Hetze nicht zu stören. Im Gegenteil. Noch im April 92 durfte Priem als offizieller Vertreter der Skinhead-Bahnhofsgruppe Lichtenberg mit dem zuständigen Stadtrat um ein Jugendzentrum verhandeln. Auch etwa Priems ständige Anwesenheit in dem Hohenschönhausener Discozelt „Checkpoint" Ende 93 wurde von Polizei und Behörden toleriert. So dürfte es Arnulf Priem möglich sein, seine Rekrutierungsversuche auch heute noch erfolgreich fortzuführen.

Briefbombenanschläge: Die Spur führt in den Wedding

Bomben von rechts in Österreich

In Österreich kam es im Dezember 1993 zu einer Serie von Briefbombenanschlägen auf Personen des bürgerlich-liberalen Spektrums. Schnell war klar, daß die TäterInnen in faschistischen Kreisen zu finden sind. Die GdNF hatte zu einer internationalen Solidaritätswoche für den inhaftierten GdNF-Kader Gottfried Küssel und gegen das Verbot faschistischer Parteien in der BRD aufgerufen. So hatte der österreichische Neonazi Franz Radl zuvor wenig konspirativ aus dem Gefängnis heraus dazu aufgefordert, „...zehn Briefe für zehn Jahre Küssel-Haft" zu verschicken. Gottfried Küssel ist Leitfigur der österreichischen Nazi-Szene und wurde 1992 zu zehn Jahren Haft wegen Wiederbetätigung im Sinne der NSDAP verurteilt.

Spur nach Berlin

Im Zusammenhang mit den Anschlägen taucht immer wieder ein Name auf: Arnulf Priem. So zum Beispiel, als der österreichische Faschist Peter Binder auf dem Weg nach Berlin mit einem Kofferraum voll Waffen vom tschechischen Geheimdienst festgenommen wurde. Bei einer Hausdurchsuchung fand die Polizei Chemikalien, die zur Herstellung von Nitroglycerin benötigt werden. Im Reisegepäck hatte er die Adresse von Priems Wohnung in der Osloer Str. 15, Vorderhaus, erster Stock und eine ganze Menge Nitroglycerin. Während Priem abstritt, Binder zu kennen und behauptete, niemals in Österreich gewesen zu sein, war er laut österreichischen Zeitungen von einem Zeugen am 3. 12. 93 in der Wiener U-Bahn erkannt worden - unter anderem an seiner typischen Plakette mit der Aufschrift „I love Eva Braun". Priems rechte Hand, der Berliner Faschist und Sprengstoffexperte Bendix Wendt, ist seit Anfang diesen Jahres untergetaucht und wird mittlerweile von Interpol wegen seiner Beteiligung an den Anschlägen gesucht. Priem selbst kann ein Alibi von seinen Nazi-Gesinnungsfreunden vom Rockerclub „Die Vandalen" aufweisen, dem er zusammen mit Wendt angehört. Seine Verstrickung in die Anschläge liegt jedoch durch Fakten wie seine Anwesenheit in Wien am Tag der Anschläge und seine engen Verbindungen zu Wendt und Binder auf der Hand.

Arnulf Priem und die deutsche Justiz - auf gute Zusammenarbeit*

Faktische Duldung

Das stillschweigende Einvernehmen von Polizei und Justizbehörden mit den Aktivitäten Priems hat Geschichte. Bereits zu Beginn seiner NSDAP/AO-Zeit kam es zu mehreren Hausdurchsuchungen, bei denen unter anderem ein Maschinengewehr, Uniformen der Waffen-SS, Gewehre und Propagandamaterial gefunden wurden. Im NSDAP-Prozeß 1979 wurde Priem dafür zu 12 Monaten auf Bewährung verurteilt, weil „das Programm der Gruppe in keiner Weise Priem anzulasten war". Ein weiteres Verfahren wegen öffentlicher Verbreitung seines Kampfprogramms, in dem Priem dem Gericht seine mit Hakenkreuz und SS-Runen tätowierten Arme präsentierte, wurde 1981 eingestellt. Erst in der Revision eines weiteren Prozesses wegen unerlaubten Waffenbesitz wurde er 1983 zu 18 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Bereits diese Verurteilungen dienten allerhöchstens als rechtsstaatliches Alibi und behinderten der Tätigkeit Priems nicht ernsthaft. Priem konnte ungestört seine Zeit dem Aufbau faschistischer Strukturen widmen.

Priem unter Waffen

Als er am 1. Mai 92 mit einer scharfgemachten Gaspistole bei dem gescheiterten FAP-Aufmarsch am Thälmann-Park festgenommen

wurde, wurde auch dies von den staatlichen Behörden offensichtlich verharmlost: Priem wurde im Juni 1994 zu einer Geldstrafe von etwa 1000 DM verurteilt, weil ihm nicht nachgewiesen ... von der Manipulation an der ... gewußt habe. Stattdessen erhielt Priem von den Berliner Berhörden vor einiger Zeit einen offiziellen Waffenbesitzschein und läuft seitdem mit einem Magnum-Revolver durch die Gegend. Außerdem ist er gern gesehener Gast am Schießstand der Freiwilligen Polizei Reserve. Diese Truppe geriet in der Vergangenheit wiederholt negativ in die Schlagzeilen, weil ihre Mitglieder rassistische und faschistische Überfälle durchführten.

Auch im Hinblick auf seine Verwicklung in die Bombenattentate in Österreich bleiben die deutschen Behörden untätig. Ein Sprecher des Bundeskriminalamtes (BKA) behauptete in diesem Zusammenhang, es sei nicht belegbar, daß die Briefbomben in ... der deutschen ... den ... wa...

Staat...

BRD: K...

All dies ... Staates ke... faschistische ... ist dabei kein ... Regel. Verbote von fa... Parteien werden Wochen zuvor ...igt und dienen ohnehin nur der ...ng einer liberalen Öffentlichkeit. So konnte der DA-Vorsitzende Priem nach dem Verbot seiner Partei dann auch feststellen: „S... der damalige Innenminister, trat ... dem Mord an Wolfgang Grams zur..., hat uns geärgert. Aber ich ärgere mich auch, wenn ich in einen Haufen Hundekot trete. Deswegen wechsele ich doch nicht meine Stiefel !" Auch der jahrelange Schutz des faschistischen Rudolf-Hess-Marschs durch die Polizei zeigt, daß der Staat in rassistischen, sexistischen und faschistischen Parolen und Taten offensichtlich keine Gefahr sieht. Bei den faschistischen

Krawallen am „Herrentag" diesen Jahres in Magdeburg ging die Polizei ... sogar noch zur ...d: ... einen Schwa... während die den Neonazis ... entgegen eintraten. Als Brandstifter von Solingen wurden V...ungsschmutzbeamten Ber... ausgebildet, der auch Wehrsportübungen für die eigentlich verbotene „Nationalistische Front" organisierte. An einer Aufdeckung Zerschlagung faschistischer Strukturen wird nicht gearbeitet.

Rolle der FaschistInnen

Stattdessen werden die faschistischen Pogrome genutzt, um der Bevölkerung die Legitimation für die eigene Politik zu liefern. So wurden etwa die staatlich geduldeten Pogrome von Rostock zur Begründung für die Abschaffung des Asylrechts und die Opfer zu den eigentlichen Tätern ernannt. So paßt der von ...ten Neonazis geschürte Rassismus in das Konzept der herrschenden Politik.

Wohlstandsfestung BRD gegen Fluchtbewegungen aus der sog. „Dritten Welt" oder Osteuropa abzuschirmen, deren Ursachen die BRD durch Waffenlieferungen etwa an die faschistische Türkei und eine unterdrückerische Wirtschaftspolitik selbst mitverursacht.

Staatliche Repression gegen AntifaschistInnen

"Innere Sicherheit"

Auch die Forderung nach einem „starken Staat" mit dem Superwahlkampf-Thema „Innere Sicherheit" eint die herrschende Politik mit den Vorstellungen der Faschisten. Gemeinsam ist ihnen das Interesse, linke, antifaschistische und revolutionäre Bewegungen zu zerschlagen bzw sich die Möglichkeit dazu etwa durch Bundeswehreinsätze innerhalb der BRD (CDU-Fraktionschef Schäuble) offenzuhalten. Den Willen, dies mit allen Mitteln durchzusetzen, beweisen die Hinrichtungen von Wolfgang Grams in Bad Kleinen, oder die tödlichen Schüsse auf den linken Kurden Halim Dener in Hannover im Juni dieses Jahres.

Die staatliche Anti-Antifa

Aber auch gegen AntifaschistInnen, die sich selbst gegen faschistischen Terror organisieren, wird mit allen möglichen Mitteln vorgegangen. Dazu zwei Beispiele von viel zu vielen der letzten Jahre: In Berlin befinden sich inzwischen fünf kurdische und türkische GenossInnen im Knast. Gegen fünf weitere Menschen laufen Haftbefehle wegen gemeinschaftlichem Mord. Ihnen wird vorgeworfen, im April 92 den Nazi Funktionär Gerhard Kaindl in Berlin Neukölln erstochen zu haben. Zur Erinnerung: Bei über 60 faschistischen Morden in den letzten vier Jahren kam es v.a. dann zu Mordanklagen, wenn die Reaktionen der ausländischen Geschäftspartner dies erforderten. In Göttingen fanden im Juli 94 zu über 15 Hausdurchsuchungen in Wohnungen, Druckereien und AStA-Gebäude statt. Mit dem Vorwurf der RAF-Unterstützung soll dort die Arbeit einer legal angelegten Gruppe, der autonomen Antifa (M), kriminalisiert werden. Diesen Kriminalisierungsversuchen ist eines gemeinsam: Die Betroffenen sprechen sich öffentlich dafür aus, nicht bei der Bekämpfung offener Nazis stehenzubleiben, sondern das bestehende Gesellschaftssystem als genauso bekämpfenswert zu erkennen und den Widerstand dagegen zu organisieren.

Antifaschistischer Widerstand ist notwendig - und machbar !

Was tun ? -Was tun!

Das Beispiel Arnulf Winfried Priem zeigt jedoch nicht nur die Zusammenarbeit und die gemeinsamen Interessen von Staat und Nazis auf. Priem ist auch das beste Beispiel für die Machbarkeit antifaschistischen Widerstands. Nachdem Priem in den genannten Berliner Jugendclubs von staatlicher Seite ungestört arbeiten konnte, ... militante AntifaschistInnen zur Selbsthilfe und brannten die Nazi... schlicht und einfach natürlich ohne eine Gefährdung Unbeteiligter. Auch Priems Auto (aktuelles Kennzeichen: noch immer B-AP 3636) wurde schon mehrmals eingeschmolzen. Die ... Kolonne Hannie Schaft erklärte in einem BekennerInnenschreiben: „In einer Zeit, in der die ganze Gesellschaft weit nach rechts driftet, ist es notwendiger denn je, mit vielfältigsten Formen Widerstand gegen ... und Rassismus und Sexismus ... Wir rufen alle fortschrittlich denkenden und handelnden Menschen auf, sich an diesem Widerstand zu beteiligen. Mit unserer Aktion wollen wir aufzeigen, daß keine der FaschistInnen unangreifbar sind. Alle Nazis haben Namen und Adressen."

Nix wie hin !

Eine breite und entschlossene antifaschistische Demonstration gegen Priem ist längst überfällig!

Mit der Demo am 13.8. wollen wir versuchen, seine Machenschaften an die Öffentlichkeit bringen, ihm eine Teilnahme am Rudolf-Hess-Marsch so teuer wie möglich machen, ... nötigen Druck aufbauen, ... Priems Unterstützung durch ... und Justiz endlich zu beenden.

Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen und patriachalen System!

Freiheit für alle Gefangenen aus Antifa, Widerstand und RAF!

Die faschistischen Strukturen aufdecken und angreifen!

STELLUNGNAHME DER ROTEN HILFE [illegible])

Im April 1994 veröffentlichte die Rote Hilfe Berlin einen Diskussionsbeitrag zur Solidaritätskampagne im "Fall Kaindl", der [illegible] in der interim Nr. 283 abgedruckt wurde. Wir haben mit diesem Beitrag eine breite Debatte ausgelöst, deren Verlauf es notwendig macht, unsere Position noch einmal zusammenfassend darzustellen.

Vorbemerkungen

Wir hatten nicht den Anspruch, in unserer April-Stellungnahme umfassend und vollständig alle Fragen bezüglich Aussageverweigerung, Verrat usw. zu behandeln, uns ging es darum, einige wesentliche Aspekte des konkreten Falles aus unserer Sicht darzustellen. Umfassend haben wir uns in einer vier Jahre alten Broschüre "Aussageverweigerung und Verhörmethoden" geäußert, die weiterhin über unsere neue Kontaktadresse gegen [illegible] DM erhältlich ist. Die dort getroffenen Positionen, die wir hier zusammengefasst wiedergeben werden, halten wir weiterhin uneingeschränkt aufrecht.

Auf unsere Stellungnahme hat es vielfältige schriftliche und mündliche Reaktionen gegeben, auf die wir im Folgenden eingehen. Wir tun dies einmal, weil es teilweise offensichtlich Mißverständnisse und falsche Auslegungen unserer Stellungnahme gegeben hat. Diese lassen sich noch relativ problemlos ausräumen.

Wesentlicher als Mißverständnisse sind aber grundsätzliche politische Unterschiede, die sich aus dem Vergleich unserer Stellungnahme und den Kritikpapieren daran ablesen lassen. Es geht hier um unterschiedliche Auffassungen zu Fragen der Solidaritätsarbeit, und damit zusammenhängend um Fragen der Aussageverweigerung. (1)

Zunächst ist auch noch zu sagen, daß es teilweise sehr heftige Vorwürfe und Reaktionen gab, u.a. wurde uns mangelnde Verantwortlichkeit vorgeworfen, und daß wir die Spaltung in die Solibewegung tragen würden. ("Beitrag" S.11f.) Dazu ist zu sagen, daß wir monatelang über die Problematik debattiert haben und uns monatelang zunächst dazu durchgerungen hatten, unsere Bedenken nicht öffentlich zu machen. Wir haben sämtliche - aus unserer Sicht - Eiertänze erstmal mitgemacht, da wir an einer breiten Solibewegung interessiert waren und sind, in der wir die politischen Widersprüche nicht an die erste Stelle rücken wollen. Die Grenze war für uns erreicht mit der Veranstaltung im "EX" im Januar und mit der Ausgabe der "Herzschläge Nr 3." Hierzu hatten wir allerdings gravierende Einwände, weil unserer Meinung nach nicht nur falsche, sondern geradezu katastrophale Ansichten vertreten und als politische Linie ausgegeben worden sind.

D.h. also, daß es sich bei unserer Stellungnahme keineswegs um einen unüberlegten Schnellschuß handelte - um so schlimmer, mögen da einige jetzt denken. Den Fehler, den wir uns im Gegensatz dazu anzukreiden haben, ist aus heutiger Sicht, daß wir nicht schon viel früher unsere Meinung vertreten haben. Also in aller Deutlichkeit: Wir tragen die Verantwortung für diese

[illegible] gehabt? Wir sagen: dies deshalb, weil in Teilen der Solibewegung die Verantwortung für die eigene Politik offenbar nicht so gern übernommen wird. Es wird argumentiert mit unterschiedlichsten Spaltungen und Fraktionierungen innerhalb der Solibewegung, die in letzter Konsequenz darauf hinauslaufen, daß zum schlechten Schluß mal wieder niemand für irgendwas verantwortlich ist. Die Veranstaltungsgruppe im Ex ist nicht das UnterstützerInnenplenum, dieses wiederum nicht für die Herzschläge verantwortlich usw. usf.

Zum Spaltungsvorwurf bleibt anzumerken, daß die Spaltung und die Widersprüche in der Solibewegung real vorhanden waren und sind, die RH sie höchstens breiter bekannt gemacht hat. Verantwortlich dafür sind aber unserer Meinung nach diejenigen GenossInnen, die in der Solibewegung ihr eigenes politisches Süppchen kochen wollen und die merkwürdige und widersprüchliche Positionen zur Verratsfrage verbreitet haben. Damit waren diejenigen, die eine andere Haltung z.B. zum Verrat hatten und sich dem unausgesprochenen Konsens nicht anschließen wollten, faktisch ausgeschlossen.

[illegible]) "Kritische Solidarität" oder Entsolidarisierung?

Die VerfasserInnen der ersten drei Papiere treten an unter dem Schlagwort der "Kritischen Solidarität". Im Papier "Veranstaltung" findet sich dazu ein eigener Beitrag ("Kritik haben wir an einer Aktion..." S. 10 f.), der EA stellt fest, "daß die Haltung der RH die Entwicklung einer **kritischen Solidarität** und tatsächlich solidarischer und kollektiver Lebenszusammenhänge blockiert" (S. 12). Weiter oben wird dargelegt, was mensch sich unter "Kritischer Solidarität" vorzustellen hat: "Wir finden es auch legitim, unser Engagement in einer Solidaritätskampagne davon abhängig zu machen, inwieweit wir die propagierten Inhalte politisch richtig finden. **Es wäre ja auch absurd etwas zu unterstützen, was wir für falsch halten.** Da es zu der Kaindl-Aktion Widersprüche in der Linken gibt, ist es auch wichtig und richtig, diese auf einer Solidaritätsveranstaltung zu debattieren" (Ebenfalls S.12).

Die RH hingegen fordert: "Jetzt kann nicht der Augenblick sein, um inhaltliche Unterschiede in den Vordergrund zu rücken."

Es gibt zweifellos in der Linken sehr unterschiedliche Meinungen zur Kaindl-Aktion. Keine linke Gruppe hat bisher die Verantwortung für die Aktion übernommen. Sechs Menschen sitzen unter dem Vorwurf, diese Aktion durchgeführt zu haben, im Knast, nach weiteren wird gefahndet. Das sind die kurzen Tatsachen. Für uns ergibt sich daraus die Folgerung, daß jede Debatte um die Legitimation der Tötung von FaschistInnen, um "Mordphantasien **innerhalb der Solibewegung** zwangsläufig auf dem Rücken der Gefangenen und Gesuchten ausgetragen wird. Ihre Festnahmen sind der Anlaß, eine allgemeine Debatte über Ziele und Strategie der antifaschistischen Bewegung zu entfachen. Das Versäumnis, daß diese Debatte bisher nicht geführt wurde, ist jetzt aber nicht mehr gut zu machen. D.h. nicht, daß wir der Meinung sind, diese Debatte dürfe nicht mehr geführt werden. Sie hat nur nichts in der Solibewegung zu suchen. Die Solibewegung ist nicht der Ort,

um allgemeinpolitische Defizite aufzuarbeiten. Wer dies will und tut, treibt ein gefährliches Spiel, denn Er/Sie leistet denjenigen Vorschub, die sich offensiv entsolidarisieren wollen. Unter Umständen arbeitet er/sie sogar dem Staatsschutz zu, weil Raum für Spekulationen und Gerüchte geboten wird. Die Solibewegung hat sich unserer Meinung nach um eine breite Front unterschiedlicher Linker gegen den Repressionsangriff zu kümmern. Dabei müssen unterschiedliche Ansichten etwa zu einer Aktion respektiert werden. Gemeinsames Interesse kann es nur sein, für die Gefangenen zu arbeiten und die Repression zurückzudrängen. Der Handlungsspielraum der Linken insgesamt muß verteidigt werden. Insofern ist es überhaupt nicht absurd, auch eine Solidaritätsarbeit zu Aktionen, Leuten usw. zu entfalten, zu denen mensch politische Widersprüche hat.

Das was jetzt geschieht, bietet einer schleichenden Entsolidarisierung Raum. Im konkreten Fall ist es so, daß in den ersten Wochen nach den Festnahmen in weiten Teilen der Linken, auch unter sogenannten "erfahrenen GenossInnen" Panik und Hysterie herrschten. Die eigene Untätigkeit wurde im besten Falle mit taktischen Gründen erklärt, im schlechtesten damit, daß mensch die Aktion ja eigentlich verabscheuungswürdig finde usw. usf. Dem hätte die Solibewegung jedenfalls entgegentreten müssen: dadurch, daß geduldig das gemeinsame Interesse aller Linken an der Zurückschlagung dieses Angriffes hätte erklärt werden müssen. Stattdessen wurden die "Kritiken" aufgegriffen und breitgetreten.

Unser Ansatz hierzu ist ein anderer: Es ist ziemlich egal, wie mensch zur Kaindl-Aktion steht. Die Wahrheit interessiert weder die Bullen, noch Menschen, die ernsthaft Solidarität üben wollen. Die konkrete Aktion ist für den Staatsschutz nur der Anlaß, um Teile politisch Mißliebiger zu kriminalisieren, politisch aktive Menschen einzuschüchtern und von weiterem Engagement abzuhalten. Unserer Meinung nach liegt in dem Zurückstellen der politischen Widersprüche, sofern nicht wesentliche grundsätzliche Fragen entschieden werden müssen (z.B. handelt es sich um Konterrevolutionäre, Provokateuere - oder Verräter), die einzige Chance, eine Front gegen die Repression zu bilden. Wer öffentlich mit bestimmten Tendenzen über Aktionen debattiert, arbeitet im schlimmsten Falle der Gegenseite zu. In diesem Sinne treten wir ein für eine bedingungslose Solidarität. Es geht nicht an, die Gefangenen zu Sündenböcken für Versäumnisse der antifaschistischen Debatte zu machen.

In diesem Zusammenhang - und nur in diesem Zusammenhang! - sind auch unsere Sätze zum Beitrag über einen Gefangenen und den Vorwurf des Mackerverhaltens der kriminalisierten Gruppe zu sehen. Natürlich haben wir damit die Unterstellung geerntet, die RH würde maoistische "Nebenwiderspruchs"konzepte vertreten (EA S.12). Die Frauen der Veranstaltungsgruppe schreiben gar, daß das alles ja wohl der Ausfluß "geistiger Paralyse" gewesen sei. (Scheibe, S.5.) und reden von "freundschaftlich zu verstehender Kritik am Mackerverhalten eines gefangenen Genossen..." (S.12), was unserer Meinung nach "politischer Verrat" sei - übrigens eine Formulierung, die aufmerksame LeserInnen in unserem Papier eben nicht finden werden.

Was soll der Sinn solch "freundschaftlicher Kritik" sein?

Glaubt mensch wirklich, mit den auf der Veranstaltung gesagten Sätzen auch nur ansatzweise eine ernst- und gewissenhafte Diskussion über Patriarchat und Sexismus fördern zu können? Aber Hauptsache, mensch hat erstmal ordentlich "Kritik" geübt!

Vielleicht ist vielen noch erinnerlich, daß im Zusammenhang der Demo in Hoyerswerda genau derselben Gruppe "Mackerverhalten" vorgeworfen wurde. In zahlreichen Papieren war damals die Rede von der Gruppe als "Betonfraktion", bisweilen garniert mit "Stalinisten". Wir erinnern uns sehr gut an einige "Linke", die wir in Bezug auf Solidaritätsarbeit angesprochen haben und die eigene Aktivitäten gerade mit dem Hinweis auf den angeblichen Sexismus der Verfolgten einfach abgelehnt haben. Wir glauben nicht, daß dies ein ernsthaftes Argument dieser Leute war, wir glauben, daß sie schlicht aus Angst nicht tätig werden wollten und eine halbwegs "korrekte" politische Entschuldigung gesucht haben. Die "freundschaftliche Kritik" ist nun der offizielle, teilweise hochwillkommene Anlaß, die eigene Untätigkeit "ordentlich" entschuldigen zu können.

Wir können nicht beurteilen, ob der Vorwurf des "Mackerverhaltens" hier zutrifft. Wir wollten hier auch keinerlei Debatten verbieten. Es können aber viele nicht beurteilen, ob dieser Vorwurf zutrifft. Entweder, mensch steht dazu und benennt dies auch deutlich, oder mensch läßt es ganz bleiben. Der Mittelweg, der eingeschlagen wurde, Andeutungen und schlicht unklare Kritik loszulassen, halten wir allerdings für unmöglich.

Es wird in einem Rundumschlag "Kritik" geübt bis zum Abwinken - was bleibt dann eigentlich noch? Viele Leute - auch wir - sind auf die EX-Veranstaltung gegangen, um Vorschläge zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen den Angriff zu diskutieren. Nichts davon findet sich wieder. Stattdessen: "Kritik" - an der Aktion, an den Gefangenen, an der Linken... fragt mensch sich nur noch wieso wir eigentlich überhaupt solidarisch sein sollen. Machen wir es uns leicht und üben lustig und unbefangen "Kritik"! Das führt zwar in der praktischen Solidaritätsarbeit zu rein gar nichts, aber wenigstens haben wir was gemacht.

Der Veranstaltungsgruppe war klar, daß "große Erwartungen" an die Veranstaltung gestellt worden sind (S.3, Scheibe). Sie hat Verantwortung übernommen, und wir sehen nicht, daß dieser gewissenhaft gerecht geworden ist. Wir haben eine andere Auffassung von Antirepressionsarbeit - darüber läßt sich reden. Wir sehen aber in den ersten drei Papieren wenig oder keine Argumente bezüglich dieses Punktes. Stattdessen wird auf beleidigt geschaltet, mit Diffamierungen gearbeitet ("K-Gruppe, Nebenwiderspruch...") und die Verantwortung weggeschoben.

Wir haben eingangs gesagt, daß wir zu der Verantwortung für unser Papier stehen - bisher haben wir nichts von dem dort Gesagten zurückzunehmen. Niemand muß unsere Meinung teilen, wir wollten niemandes LehrmeisterInnen sein. Mensch braucht auch nicht ernsthaft mit unserer Meinung umgehen und kann mit Begriffen wie "autoritär und repressiv" um sich werfen. Wir waren auch nicht gerade freundlich. Das stört uns also alles wenig. Niemand aber sollte von uns verlangen, daß wir auf alberne Polemik hin sofort unsere Meinung ändern, unsere Verantwortung leugnen und uns kleinlaut irgendwelchen autonomen ZKs unterordnen, die wir nicht einmal selbst mitgewählt haben.

8

Die sogenannte "Kritische Solidarität" ist eine verhindernde Haltung, die die Entwicklung einer breiten Solidaritätsfront blockiert - ob diese Haltung bewußt oder unbewußt eingenommen wird, lassen wir hier besser dahingestellt.

2.) Und noch einmal: Verrat

In der eingangs genannten Broschüre entwickelt die RH die Forderung "Keine Aussagen bei Bullen und Staatsanwaltschaft - Nicht als BeschuldigteR, nicht als ZeugIn." Diese Position enstand aufgrund langer Debatten mit Betroffenen und AnwältInnen, aus eigenen Anschauungen... Sie stimmt im Kern mit der Parole "Anna und Arthur halten's Maul, Keine Aussagen bei Bullen und Justiz" überein, wobei letztere unkonkreter und im Punkt "Justiz" ungenauer ist. Denn, soweit wir sehen, erhebt niemand die Forderung, auch **vor Gericht immer** das Maul zu halten, vielmehr wird die Legitimität von **bestimmten** Aussagen, z.B. Alibis, heutzutage anerkannt. Wir haben den Bereich Gericht nicht mit unserer Position abgedeckt, da es hierzu u.E. keine Generalklausel geben kann. **Bestimmte** Aussagen vor Gericht können sinnvoll sein, es kann aber auch richtig sein, auch dort das Maul zu halten.

Wir führten im Zusammenhang mit unserer Formel den Zeitpunkt der Akteneinsicht als maßgeblich ein. Ab diesem Zeitpunkt ist es frühestens möglich, Sinn und Ziele **bestimmter** Aussagen abschätzen zu können. Auch nach diesem Zeitpunkt ist es natürlich möglich, zum Verräter zu werden. Der Zeitpunkt der Akteneinsicht ist für uns nur der entscheidende, ab **dem** Aussagen generell zu unterscheiden und differenziert zu betrachten sind - und zwar nach enventuellem Nutzen oder Schaden. Vor der Akteneinsicht halten wir diese Differenzierung für grundfalsch und gefährlich.

Der Zeitpunkt der Akteneinsicht entspricht im Regelfall jenem Punkt, an dem sich zwei unterschiedliche Phasen der Repression trennen lassen. Die Verhörsituation unterscheidet sich von einem politischen Prozeß, auch wenn hier natürlich ein enger Zusammenhang besteht. In der Verhörsituation und den ersten Wochen und Monaten der Untersuchungshaft geht es im wesentlichen darum, der Repression zu widerstehen. Dies beinhaltet zweierlei: Einmal, nicht mit dem Staatsschutz zu kooperieren, und zum zweiten, sich nicht brechen zu lassen. Das ist ungeheuer schwierig und ein Kampf, den jedeR ziemlich alleine ausfechten muß. Die Linke kann nur versuchen, jeden Einzelnen möglichst gut auf die Situation vorzubereiten und konkrete Erfahrungen weiterzugeben.

Die Situation erfährt durch die Akteneinsicht eine Änderung: Zwar geht es auch jetzt noch darum, nicht zu kooperieren und sich nicht brechen zu lassen. Aber jetzt können die Betroffenen und die Linke mehr tun. Politische Prozesse eröffnen meistens die Chance, den Spieß umzudrehen. Im besten Fall gelingt es, den Staatsschutz in Schwierigkeiten zu bringen und gleichzeitig Sympathie und Unterstützung für die kriminalisierte Politik zu wecken. Das allerdings ist eine komplizierte Aufgabe und hängt sehr von den konkreten Umständen ab. Deswegen kann es hier keine allgemeingültige Strategie und daher auch keine bloße Parole

geben.

Die Gründe für Verrat sind in der Tat vielschichtig und nicht durch bloße Formeln und leere Parolen aus der Welt zu schaffen. Wir haben dieses Problem in unserer praktischen Arbeit auch immer als solches aufgegriffen. Letzlich führten wir das Verratsproblem auf eine Kernfrage der Linken zurück, nämlich die Organisierungsfrage. Gruppen, in denen Leuten zu Verrätern werden, haben auch untereinander Fehler gemacht. Wir haben immer dafür gesprochen, offen über Ängste und Schwächen zu reden und diese zu respektieren, kurz, ein Bewußtsein über die realen Möglichkeiten und die Verantwortlichkeiten für politische Aktionen zu entwickeln und Leute nicht zu überfordern. Wir haben in den letzten Jahren eine Vielzahl von Gesprächen, Diskussionen usw. mit Gruppen geführt, die uns bezüglich dieser Fragen ansprachen. Immer ging es sehr bald über die wenigen konkreten Verhaltensregeln hinaus. Sie sind wichtig zu wissen, klären aber wenig und können nur als geistige Stütze in konkreten Situationen dienen. Letztlich fassten wir unsere Meinung immer in dem Ansinnen zusammen, daß Antirepressionsarbeit immer ein Teil von strukturierter politischer Arbeit sein sollte. Sie muß nicht unbedingt der bestimmende sein, aber **ständige** begleitende Debatten um Aussageverweigerung, Verrat usw. mit sich bringen.

Zur Kaindl-Aktion verweist die Veranstaltungsgruppe auf ein Flugblatt, das diese Fragen thematisiert und die Forderung "Keine Aussagen bei Bullen und Justiz" verbreitet. Das ist gut und richtig. Wir sagen auch - mit der Veranstaltungsgruppe - das dies nur ein erster Schritt sein kann.

Was unser Vorwurf war und ist, ist daß in den Beiträgen zu den Gefangenen und in den Herzschlägen die Frage des Verrats davon abhängig gemacht wurde, wie **belastend** die Aussagen sind und ob sich die Verräter einer kritischen Auseinandersetzung stellen und ihre Aussagen zurücknehmen.

Dann, so könnte mensch folgern, liegt also kein Verrat vor? - Wenn es belastende Aussagen gibt, gibt es dann vor **dem Zeitpunkt der Akteneinsicht** auch unbelastende Aussagen? Diese Fragen drängen sich auf und wir beantworten sie mit Nein, während die Veranstaltungsgruppe offenbar mit Ja antwortet. - Der Widerruf einer einmal gemachten Aussage ändert überhaupt nichts an der Tatsache des Verrats. Daran gibt es leider nichts zu rütteln. Eine andere Frage freilich ist die, **wie ein** solches Verhalten moralisch zu bewerten ist.

Es gibt vor dem Zeitpunkt der Akteneinsicht keine unbelastenden Aussagen. Alles andere ist Illusion. Die Bullen wollen nur eins: daß geredet wird. Jede Information kann ihnen nützlich sein, und der Aussagende kann überhaupt nicht einschätzen, in welchen Zusammenhang seine Angaben eingeordnet werden. Und die Hoffnung, ein Gericht mit Widerrufen oder dem Nachweis verbotener Vernehmungsmethoden beeindrucken zu können, ist dieselbe wie die Hoffnung auf den Weihnachtsmann. Das, was mensch vor Bullen, Haftrichter und Staatsanwalt zu sagen hat (Personalienangaben) ist relativ leicht zu umreißen. Alles, was darüber hinausgeht, überschreitet die Grenze zum Verrat.

Die Trennung in belastende und unbelastende Aussagen hat u.a. die Veranstaltungsgruppe eingeführt (s. Beitrag zu Bahrettin). Sie bedeutet in der Konsequenz, daß die Parolen auf den

Flugblättern zu papiernen Lippenbekenntnissen verkommen, und daß der Verstoß dagegen keine Konsequenzen nach sich zieht - außer der, - daß mensch sich nur ordentlich entschuldigen muß, und schon halten wir uns alle wieder an den Händen. Natürlich gibt es Abstufungen in den einzelnen Fällen (z.B. Alter und Erfahrung der Betroffenen, der konkrete Vorwurf), aber auch das ändert nichts, rein gar nichts an der Tatsache, daß bei Aussagen vor der Akteneinsicht Verrat vorliegt.

Es gibt hier in der Tat nur zwei Wege: Entweder die Parole "Keine Aussagen bei Bullen und Justiz" ist heutzutage richtig und auch dem derzeitigen Stand der Linken angemessen, was dann auch politische und praktische Konsequenzen nach sich ziehen muß. Oder sie wird für falsch und unangemessen gehalten. Das allerdings bedarf einer Erklärung, die wir im vorliegenden Fall bisher nicht sehen. Wir meinen, daß diese Parole, so ungenau sie auch ist, so wenig sie auch erstmal praktisch klärt, richtig und angemessen ist. Es ist eben so, daß sich auch beim derzeitigen Stand der Linken GenossInnen an diese bloße Parole halten. Wem hat da unsere Solidarität zu gelten? Verrätern oder Aussageverweigernden?

Es geht uns also im konkreten Fall eben nicht darum, zwei Jugendliche unbedingt mit dem Stempel Verräter zu versehen und alles Versagen der Linken auf sie abzuwälzen. Es geht darum, die objektive, politische Funktion von Verrätern - nämlich Staatsschutzkonstrukte zu ermöglichen - zu entlarven. Es mag auch sogar tausend gute taktische Gründe geben, sich von Verrätern nicht offensiv zu entsolidarisieren. Das ist eine Seite. Eine andere ist es, eben dieses zur politischen Linie zu erheben, indem von "belastenden Aussagen" geschwafelt wird und dadurch der Eindruck erweckt wird, es gäbe "unbelastende". Das heißt konkret: Sich von einstmals für richtig erkannten Positionen zu entfernen - ohne dies zu sagen -, sie aufzuweichen und dadurch Verwirrung und Unsicherheit in die Linke zu tragen. Und das heißt auch, die politische Funktion von Verrätern falsch darzustellen.

Zusammenfassung

Insgesamt also ordnen wir alle einzelnen Kritikpunkte einem Gesamtbild der Solibewegung zu. In Teilen der Solibewegung wird mit dem Breittreten der "Gewaltfrage", mit dem Üben "Kritischer Solidarität", mit liberalistischen, unbedachten Äußerungen zum Verrat eine Politik favorisiert, die
- Entsolidarisierungen Vorschub leistet, anstatt sie zu bekämpfen
- Unsicherheiten und Verwirrung erzeugt, anstatt zu versuchen, diese auszuräumen
- eine praktische solidarische Arbeit zu den Gefangenen erschwert, anstatt sie zu fördern.

Diese Kritik mußten wir äußern, wir konnten sie nicht um des lieben Friedens willen und aus vermeintlichen übergeordneten Interessen zurückstellen, denn wir sind natürlich auch der Meinung, daß die hier kritisierte Art von "Solidaritäts"arbeit im schlimmsten Falle kontraproduktive Ergebnisse zeitigen wird.

Weitere Festnahme nach Kaindl-Mord

(dpa). Mehr als zwei Jahre nach Ermordung des Rechtsextremisten Gerhard Kaindl in Kreuzberg ist ein sechster Tatverdächtiger festgenommen worden. Der mit Haftbefehl gesuchte 25jährige Türke wurde am Wochenende bei der Einreisekontrolle im Passauer Hauptbahnhof festgenommen.

Der Rechtsextremist Kaindl war im April 1992 in einem Restaurant am Kottbusser Damm niedergestochen worden.

ND 12.7.94

---

(1)

Folgende schriftliche Stellungnahmen liegen uns vor:

1.) Solidarische Kritik - Kritische Solidarität. Interim Nr. 284, S. 8-14
(Enthält "schwerpunktmäßig" die Beiträge der Veranstaltungsgruppe im "EX", nicht jedoch die Beiträge des von uns in unserer April-Stellungnahme genannten Frankfurter Autonomen, weil es diese nicht in schriftlicher Form gibt. Die hier dokumentierten Beiträge werden jedoch auch zum Aufzeigen der inhaltlichen Differenzen genügen. Im folgenden zitiert als "Veranstaltung")

2.) Stellungnahme des Ermittlungsausschußes. Interim Nr. 285, S.10-12. Zitiert als "EA".

3.) "Also doch: Die Erde ist eine Scheibe und wer es nicht glaubt, fällt runter!" Interim Nr. 286, S.3-5. (Teil 2 der Antwort der Veranstaltungsgruppe, im folgenden zitiert als "Scheibe".)

4.) "Herzrhythmusstörung", Sondernummer des UnterstützerInnenplenums. Flugschrift vom Mai 94. (Hier kritisiert uns insbesondere der "Beitrag von einigen MigrantInnen aus dem Unterstützerkreis", S. 10-12. Im folgenden zitiert als "Beitrag".)

5.) Wiederabdruck unserer Stellungnahme in der "Agitare Bene" mit kurzer Einleitung.

6.) Zeitung antirassistischer Gruppen, Nr. 11, 2. Quartal 1994, S. 11-13.

Andere Papiere sind uns nicht bekannt. Wir bitten, die Beiträge selbständig einzusehen, da wir hier aus Platzgründen nur beispielhafte Zitate anführen werden, und wir uns dadurch natürlich den Vorwurf der Verkürzung und Verdrehung einhandeln könnten. Sämtliche Hervorhebungen sind von uns.



ROTE HILFE (BÜNDNIS)

(Anschrift: S. Zahnow, PA 55, Marienburger Str. 18/19
10405 Berlin, POSTLAGERND
Konto der RH(B): S. Röser, Citibank Berlin, BLZ 300 209 00
Kto-Nr.: 1007632126)

Fragen an einen Illegalen

Ein Gespräch mit einem der im Berliner "Fall Kaindl" mit Haftbefehl gesuchten, flüchtigen AntifaschistInnen.

Im 'Fall Kaindl' wurden/werden insgesamt 11 Frauen und Männer mit Haftbefehl gesucht.
Diese Haftbefehle kommen nicht wegen Ermittlungen der Bullen zustande, sondern weil Erkan Sönmez sich in dieser Sache den Bullen gestellt hat und außerdem belastende Aussagen bezüglich weiterer Personen gemacht hat. Einen Tag nach seiner Festnahme machte er mit den Bullen eine Stadtrundfahrt und zeigte ihnen die Wohnungen, in denen seiner Meinung nach die von ihm verratenen Frauen und Männer wohnen. Kurze Zeit später wird Erkan in die psychatrische Abteilung des Knasts und im Februar dann in eine Nervenklinik verlegt. Er war schon vor seiner Verhaftung in psychatrischer Behandlung gewesen.
Aufgrund seiner Aussagen und Hinweise kommt es zur Festnahme von Mehmet Ramme und Fatma Balamir. Ein dritter Gesuchter, Abidin Eraslan, stellt sich nach drei Tagen.
Zwei Wochen später läßt sich Bahrettin Yoldas von den Bullen zu Hause abholen. Er wußte zu diesem Zeitpunkt, daß die Bullen sich für ihn interssieren, hielt sich aber trotzdem in der elterlichen Wohnung auf.
Bahrettin machte daraufhin ohne große Umstände Aussagen zu allem möglichen (gab den Bullen z.B. Tips, wo sie die Gesuchten finden könnten) und belastet andere schwer. Allem Anschein nach erwartet er für sich eine mildere Strafe, wenn er gut mit den Bullen zusammenarbeitet.
Mit der Politscene will er nichts zu tun haben.
Was die Bullen in 1 1/2 Jahren nicht geschafft haben, nämlich irgendwen für die Antifaaktion im Chinarestaurant verantwortlich zu machen, hat sich durch Erkans und Bahrettins Aussagen grundsätzlich geändert. Verrat und Denunziation sind die Gründe, warum 11 Männer und Frauen des "gemeinschaftlichen Mordes an Gerhard Kaindl" und des "sechsfachen versuchten Mordes" angeklagt werden können. Das ist eine bittere Geschichte!
Zum Glück konnten sich die sechs weiteren Personen, nach denen die Bullen fahnden, ihrer Festnahme entziehen. Mittlerweile läuft die Fahndung per Fotos in diversen Zeitungen und Fernsehsendern. Wir wünschen allen Gesuchten, daß sie durchhalten und daß sich sämtliche Bullen und DenunziantInnen an ihnen die Zähne ausbeißen! Wenn euch dieser Text irgendwo erreicht, dann seid herzlichst und solidarisch gegrüßt!!!!

Im folgenden soll es darum gehen die Situation der Gesuchten zu thematisieren.
In Redebeiträgen auf Demos und Kundgebungen und in diversen Publikationen ist immer wieder gesagt worden, daß Leute abgehauen sind und Unterstützung brauchen. Das fanden wir sehr gut. So wurde vielen Leuten diese Information weitergegeben und darüber vermittelt sich ja auch, daß es nix unmögliches ist, sich dem Zugriff der Bullen auf Dauer zu entziehen.
Auf der anderen Seite tauchten auf Unterstützungsveranstaltungen und in Gesprächen oft Schreckensvisionen vom dunklen Loch, in dem jemand zurückgezogen lebt oder anderen Mysterien vom Leben in der Illegalität auf. Diese Vorstellungen sind natürlich in einer Diskussion schwer zu beseitigen, zumal die allermeisten keine eigenen Erfahrungen mit dem Abtauchen haben und nur rumspekulieren können.
Da uns zu diesem Thema auch keinerlei Veröffentlichungen von Betroffenen bekannt sind, haben wir uns entschlossen ein Interview mit einem der Leute zu machen, die auf der Flucht sind.

*** Erzähl uns mal, wie's dir ergangen ist, seit du mitgekriegt hast, daß die Bullen dich suchen und du dich abgeseilt hast. Wie lebst du jetzt? Bist du in Abwarteposition, fremd und einsam, oder hast du die Möglichkeiten, dir ein deinen Vorstellungen entsprechendes Leben aufzubauen?**

Tja, das ist schwierig, dazu so aus dem Stehgreif was zu sagen. Die Vorstellung ist ja bei fast allen, das Abtauchen sei eine große Lawine, die dich fortreißt, irgendwohin ins Nichts. Ich glaube, wer versucht, sich das real vorzustellen, wird schnell feststellen, daß du dir das gar nicht vorstellen kannst. Du bleibst stecken bei der Überlegung, daß das Leben aufhört, aber du trotzdem auch noch lebst. Die meisten hören dann auf, weil sie denken, daß das wohl zu schrecklich sei. Aus Berlin habe ich mitbekommen, daß unser Situation als permanente Anspannung gesehen wird, so als wären wir ständig auf der Hut, hätten kaum persönliche Kontakte und wären halt einfach beschissen dran.
Nun, so ist es nicht, zumindest nicht bei mir, von den anderen weiß ich ja leider nichts. Natürlich gab's Zeiten, da ging's mir nicht gut. Das war in Berlin aber auch so. Der Unterschied zu damals besteht nicht dann, ob's mir nun gut oder schlecht geht. Dadurch daß die Situation gerade am Anfang extrem intensiv war, waren natürlich auch die Gefühle intensiver. Wobei sich das mittlerweile auch einzupendeln beginnt.
Am Anfang, klar, da war ich erstmal fertig. Ich fühlte mich wie ein Toter, der noch nicht gestorben war. In der ersten Woche empfand ich eine völlige Schizophrenie. Ich atmete, fühlte, konnte schauen und nachdenken, aber trotzdem gab es mich nicht mehr. All das, was ich bis zum 15. November machte, was mein Leben ausmachte, war auf einmal weg. Doch mit jedem Atemzug, mit jedem Pulsschlag kam das Leben zurück, ein anderes zwar, aber nichtsdestotrotz ein Leben, und dazu eins, das mir gefiel. Nach einer Woche dann spürte ich eine völlige Erleichterung. Auf einmal war ich wer anders als all diese Durschnittsdeutschen. Mir konnte niemand mehr vorwerfen, ich würde zuschauen, ich brauchte mich nicht mehr zu rechtfertigen, daß ich zwar Deutscher bin, aber daß ich anders bin.

*** Hä? Wieso bist du jetzt wer anders als vorher?**

Ich las damals "Der Sturm" von Ilja Ehrenburg. Ich las von einer Deutschen, die während dem Bürgerkrieg in Spanien war. Schon immer war mir die Immigration von 1933 bis 1945 vertraut, jetzt auf einmal fühlte ich mich diesen AntifaschistInnen und Antifaschisten, die Deutschland verlassen mußten, zugehörig. Auf einmal hatte ich eine Familie, die tausende, zehntausende zählt und ich war mit das erste Kind einer neuen Generation dieser Familie. Und das war die Erleichterung.
Ich fühlte mich frei, sehr frei damals, und war völlig euphorisch. Mir ging es so gut, daß ich sogar zu tanzen anfing und hinterher einen Muskelkater im Bauch hatte, als hätte ich ein ganzes Haus alleine gebaut. Die Menschen damals, mit denen ich zu tun hatte, waren voll nett. Sie waren ziemlich interessiert und offen zu mir. Da waren zwei, die eigentlich nicht hätten wissen dürfen, was mit mir war, es aber trotzdem wußten, die waren total herzlich zu mir. Oft erinnere ich mich des letzten Abends mit ihnen, auch jetzt noch.

*** Du bist dann aus Berlin weggegangen?**

Ja, noch weiter. Irgenwann kam ich dann in mein Exilland. Dazu mußte ich mehrere Schritte machen und zuerst einmal Deutschland verlassen. Merkwürdigerweise war ich an den Grenzen kein bißchen aufgeregt, nur als ich aus Deutschland rausfuhr, da fing ich an zu weinen. Um dieses Land, das mußt du dir mal vorstellen. Unvorstellbar! Aber ich sehe noch heute den Fluß, den wir überquerten, und die letzte Ortschaft, wie sie langsam hinter mir am Horizont verschwindet. In meinem Exilland kam ich an, angefüllt mit all der Euphorie und einer Kraft, daß ich dachte, ich könnte Berge versetzen. Mir gings einfach gut, ich war zufrieden mit mir und mit meinem Leben. Eine Freundin meinte, ich soll aufpassen, ich könnte blind werden in dieser Euphorie, und dann abstürzen. Doch das konnte ich damals gar nicht annehmen, ich verstand es einfach nicht.

*** Und, kam dann sowas wie ein Absturz?**

Ja, und wie! Als ich mit meinen Vorstellungen für die Soliarbeit zu unserem Fall auf Grenzen stieß und vor allem das, was ich selber hätte dafür tun können, in unerreichbare Ferne rückte, begann ich abzustürzen. Es ging mir ne Weile ziemlich beschissen und ich versuchte mich an Leute zu klammern. Doch dann gab's auch wieder eine positive Entwicklung. Mit dem ganzen Abstand von Deutschland, von Berlin, konnte ich sehr viel von mir erkennen. Ich tauchte förmlich in die Tiefen meines Selbst ab und holte vieles hoch. Selbst längst verdrängte Bilder aus meiner Kindheit stiegen in mir auf. Zeitweilig war es so, als ob das Exil eine riesige Psychocouch wäre. Für mich persönlich bin ich da ziemlich weit gekommen, und ich finde, die Anstrengungen haben sich gelohnt.

*** Hast du das alles mit dir selbst ausgetragen?**

Sicherlich brauchst du dazu auch Menschen, die von dir wissen. Aber die suchst du dir immer automatisch, und du hast immer wen, mit dem du reden kannst. Das gleiche gilt für die Reflexionen mit deiner politischen Geschichte und deiner Vergangenheit, die unweigerlich mit dem Abstand kommen. Du kannst darüber mit ein paar Menschen überall auf der Welt reden, auch wenn sie nicht immer nachvollziehen können, was in Deutschland läuft. Da mußt du halt viel erklären, und daraus ergeben sich dann wieder Diskussionen mit den Linken aus dem Exilland, die dich und sie weiterbringen.
Ihr habt am Anfang gefragt,ob ich mir ein Leben nach meinen Vorstellungen aufbauen kann. Das ist das wichtigste, sich das eigene Leben aufzubauen, das eigene Umfeld zu schaffen. Das dauert natürlich seine Zeit. Mittlerweile kommen auch Menschen auf mich zu. Es ist ähnlich wie bei uns. Sie sind an wem neues interessiert, aber bis du richtig dazugehörst, vergeht schon eine Zeit. Allein schon um ein Gespräch zu verstehen, mußt du den Hintergrund verstehen, um den es geht, und das dauert natürlich eine Zeit. Ich glaub, das dauert sogar länger, als die Sprache zu verstehen. Wobei der Sprache noch dazu kommt, daß du nie ganz eine eine fremde Sprache sprechen lernen kannst. Ich merke das jetzt auch wieder, obwohl ich die Sprache schon ganz gut konnte. Das sind aber Probleme, die zu bewältigen sind. Ich frage zum Beispiel oft nach, und führe Gespräche mit, auch wenn ich nicht alles verstehe. Notfalls werde ich dann halt verbessert oder aufgeklärt.

*** Das was du erzählst hört sich so an, als hättest du gute menschliche Kontakte aufbauen können, die dir auch eine gewisse Sicherheit geben. Wie sieht das denn aus mit deinen politischen Vorstellungen, kannst du auch als politischer Mensch weiterleben?**

Im Exil zu leben, heißt nicht, völlig passiv zu werden. Du kannst dich, je nach dem Land, in dem du bist, in die Linke einklinken. Das ist aber von Land zu Land unterschiedlich, je nachdem wie stark die Linke dort entwickelt ist, hast du die dementsprechenden Möglichkeiten. Sicherlich gibt es Grenzen, daß du dich z.B. nicht überall öffentlich so präsentieren kannst, wie du's zuhause gewohnt warst. Aber das heißt nicht, daß du aufhören mußt, ein politischer Mensch zu sein. Du kannst dich überall dort einbringen, wo du dich nicht direkt öffentlich sichtbar machst. Und das ist sowieso der größte Teil der politischen Arbeit, auch in Berlin. Vor allem aber kannst du dich zu den Dingen in Deutschland äußern. Das hat mir jedenfalls sehr viel Kraft gegeben und Zuversicht, daß ich mein Wort erhoben habe. Du machst trotzdem weiter und laßt dich nicht unterkriegen. Und das gibt dir Selbstvertauen, ganz viel sogar. Auch wenn die Verhafteten und die anderen Untergetauchten was veröffentlichen, freu ich mich immer tiensch.
Das Leben bietet jedenfalls auch im Exil viele Möglichkeiten. Viele Sachen lerne ich gerade. Ich lese und schreibe viel. Und je mehr ich ein normales Leben führe, mit Menschen die mich mögen, eine Arbeit und Dinge mache, die mich interessieren, desto mehr nimmt das Gefühl ab, verloren zu sein.
Mittlerweile fühle ich mich hier sehr wohl, ich höre sogar schon auf meinen neuen Namen.

*** Du sagst, du fühlst dich wohl, heißt das, daß du dich auch sicher fühlst? Oder hast du ständig Angst aufzufallen, kontrolliert und erkannt zu werden?**

Zum gößten Teil fühl ich mich ziemlich sicher. Angst und Bullenparanoia hatte ich jedenfalls kaum, vielleicht drei, vier Tage lang. Ich mach mir sogar oft den Spaß, einen Bullen nach einer Straße zu fragen, auch wenn ich sie weiß. Ich denke, wichtig ist, zu sehen, daß z.B. der Bulle dir gegenüber dir nicht ansehen kann, wer du eigentlich bist. Dieses Wissen hast du, haben einige wenige andere, er aber nicht. Auch die Bullen zuhause wissen nicht, in welcher Gegend du bist. Sicher arbeiten sie daran, das herauszufinden, aber einfach ist es für sie auf keinen Fall. Wenn die Angst dich packt, mußt du versuchen, dir das immer wieder selbst zu sagen. Geh dann auf jeden Fall zu den wenigen, die von dir wissen, laß dich von ihnen in den Arm nehmen und berede dann mit ihnen, wie ihr das jetzt herausbekommen konnt, was Sache ist. Es ist immer möglich abzuchecken, was die Person macht, die du gerade für nen Bullen hältst. Wenn dann zehnmal herauskam, daß die Person an der Ecke gegenüber deiner Wohnung kein Bulle ist, sondern nur an der Bushaltestelle stand, um Freund oder Freundin abzuholen, dann wirst du dich automatisch beruhigen. Wichtig ist, daß du dich auf keinen Fall mit deiner Paranoia abbunkerst, sondern mit anderen zusammen die Initiative ergreifst. Daß du dich nicht in dein Schicksal ergibst wie ein Lamm, sondern selbst aktiv wirst. Diese Erfahrung gibt dir viel Kraft und Selbstvertrauen.
Angst hatte ich in letzter Zeit eigentlich nur einmal, als hörte, daß in Deutschland eine Synagoge brannte. Da hatte ich Angst vor diesem Land.

*** Hattest du dich mit dem Thema des Abtauchens schon beschäftigt, bevor diese Sache jetzt auf dich zukam? Also hattest du eine ungefähre Vorstellung, wie du so was machen würdest, wenn es dich mal betrifft?**

Vorhin meinte ich ja schon, daß mich die Immigration von 33 bis 45 schon immer beschäftigt hat. Das heißt, ich wußte schon ziemlich früh, was in so einer Situation auf mich zukommen würde. Auch wenn heute einiges anders ist, gibt's doch auch viele Ähnlichkeiten. Wenn du dich z.B nicht anmelden kannst, hast du natürlich Probleme, einen Job und eine Wohnung zu finden. Da hat sich nichts geändert. Das Problem gibt's allein in Berlin für viele tausend Flüchtlinge, die auch auf Menschen angewiesen sind, die ihnen ihren Namen zur Verfügung stellen.
Konkrete Vorbereitungen hab ich jedoch nicht gemacht. Allerdings wußte ich immer, wo ich zumindest die erste Zeit hinkonnte. Ich denk das wichtige ist auch, daß du am Anfang erstmal Ruhe findest, um die ganze Situation überblicken zu können, und dann zu entscheiden, was du willst.

*** War es für dich ein schweres Abwägen, ob es schlimmer ist, die gewohnte Umgebung zu verlassen oder in den Knast zu gehen? Oder steht es fest, daß du auf keinen Fall freiwillig in den Knast gehst? Einer der Gesuchten hat sich ja gleich zu Anfang der Durchsuchungs- und Verhaftungsweile bei den Bullen gestellt. Hast du dir sowas auch überlegt?**

Für mich war von vorneherein klar, daß ich nicht auf längere oder unbestimmte Zeit in den Knast gehe. Ich denke das ist auch eine normale menschliche Regung. In diesem Fall kommt jedoch noch etwas anderes hinzu. Aufgrund der Zusammenarbeit des polizeilichen Staatsschutzes mit den Faschisten gehe ich davon aus, daß unsere Namen - also auch von uns, die jetzt zuletzt erst ermittelt wurden - weitergegeben wurden. Und das heißt, daß wir auf den Todeslisten von der Anti- Antifa stehen, wie z.B. die Angeklagten von Arolsen.

*** Stehen die in der Broschüre "Einblick" der Anti- Antifa, oder woher kommt die Information?**

Ne, die Broschüre kam schon vor dem Fall raus, ich hab die Information aus einem Flugblatt.
Was ich sagen wollte, die Anti- Antifa hat schon vor etwa zwei Jahren verlauten lassen, daß sie ihren Terror auch im Knast ausüben wollen. Auch wenn es im Moment nicht so wahrscheinlich ist, kann ich mir vorstellen, daß zum Beisspiel irgend ein dummes Wärterschwein im Dienste der Anti- Antifa mir dermaßen zusetzen würde, so daß ich im Knast letztendlich verrecken würde. Es würde dann wohl wieder heißen - Selbstmord.

*** Hälst du das für eine reelle Bedrohung momentan? Es sieht ja ziemlich unterschiedlich aus in den verschiedenen Knästen. Es gibt auch viele, wo Ausländer in der Mehrzahl sind und sich gegen die Faschos organisieren können. Wir halten die Faschos momentan nicht für so stark, daß sie ihre Drohungen umsetzen könnten.**

So was wird nur passieren in einer zugespitzten politischen Situation, die ich jetzt nicht für gegeben halte. Ich kann aber nicht beurteilen, wie es in drei Jahren in Deutschland aussieht. Und 77 hatten wir schonmal so eine Situation.
Den Weg von Abidin wurd ich auf keinen Fall gehen. Ich denk, daß er da reichlich unüberlegt war. Daß er sich stellte, kann ich zwar nachvollziehen, weil ich weiß, wie er bisher gelebt hat, daß

er schon zwei Mal emigriert war. Wahrscheinlich war er einfach zu müde. Trotzdem hätte ich aber an seiner Stelle erstmal abgewartet, was Sache ist, und dann nochmal überlegt.

*** Du sagst, du bist ziemlich schnell aus der BRD weggegangen. Warum hast du dich für's Ausland entschieden?**

In der BRD wäre die Möglichkeit, von irgendwem erkannt zu werden, weit höher, und da die Fratze immer noch weit verbreitet ist, sind selbst die Linken für mich eine Gefahr. Die Gefahr ist bestimmt weit höher, weil ich aus Berlin bin und dort sowieso alle möglichen rumspringen, weshalb die Kontakte von Berlin in fast jede Gegend der BRD sehr ausgeprägt sind. Die Alternative in Deutschland hieße für mich irgendwo auf ner isolierte Hallig (für die MetropolenchauvinistInnen: Hallig ist ne kleine Insel in der Nordsee, d. S'in) zu leben, was aber bedeutet nur sehr eingegrenzte soziale und politische Bezüge zu haben. Prinzipiell gilt, daß, je weiter weg ich bin von Berlin, umso freier kann ich ich mich bewegen.

*** Wie sieht es jetzt aus mit deiner Unterstützung? Sowohl politisch mit der Soliarbeit als auch praktisch, was materielle Hilfe betrifft? Hast du Ideen, wie so ne Soliarbeit aussehen sollte, siehst du Möglichkeiten, dich auch selbst einzubringen?**

Am Anfang hatte ich irre viele Vorstellungen und Pläne, wie die Soliarbeit aussehen könnte. Der Schwerpunkt war dabei die Öffentlichkeitsarbeit, die auch bürgerliche Medien miteinschließen sollte. Diese Arbeit sollte zweigleisig laufen, zum einen in Deutschland mit Interviews bei den noch relativ linken Medien, zum anderen im Ausland. Gerade das Ausland schien mir in dem Fall günstig, denn es existiert schon eine Verunsicherung über den Rechtsruck in der BRD. Ich fand auch, daß versucht werden sollte über bestimmte ausländische Parteien in den Gremien der Europäischen Union öffentlichen Druck zu erzeugen, und wenn das nur so weit ginge, daß im Europaparlament Anfragen bezüglich des Prozesses und der Vorgehensweise von Bullen und Justiz gemacht würden.
Ich sah da für mich auch die Möglichkeit, was beitragen zu können, da ich ja zum einen viele Sprachen kann, zum anderen aber auch die Linke in den betreffenden Ländern ganz gut kenne. Für mich hätte das bedeutet, nicht passiv abzuwarten, sondern was mitgestalten zu können, aktiv zu sein.
Es kam dann aber ganz anders. In Deutschland waren einige Medien schon bereit für Interviews. Das scheiterte dann aber aus Sicherheitsgründen. Der Aufwand, so ein Interview sicher für mich zu gewährleisten, wäre viel zu groß gewesen.
Das größte Problem aber war, daß viele mich wie eine heiße Kartoffel anfaßten, nämlich gar nicht! Für die war ich einfach der Illegale, zudem mit einem Mordvorwurf, da verschwand dann schnell die journalistische Ehre der Unabhängigkeit bzw. die solihiedener politischer Strömungen, die eigentlich hätte da sein müssen. Denen war das einfach zu heiß.
Ich halte aber trotzdem auch jetzt noch diesen Weg für wichtig, denn ohne die breite Thematisierung in der Öffentlichkeit, wird der Staat einfach das machen, was er will, uns aburteilen und uns den Stempel von Mördern aufdrucken, als würden wir wie die Faschisten irgendwo hingehen und Häuser anzünden, wie in Mölln und Solingen.

*** Was hälst du von der politischen Soliarbeit, die momentan von den UnterstützerInnen in Berlin gemacht wird?**

Wenn ich die momentane Schwäche der Linken berücksichtige, finde ich schon, daß eigentlich ziemlich viel läuft. Es gibt eine Zeitung, ein Plenum, diverse Plakate und einige Demos. Innerhalb der radikalen Linken ist auch schon viel informiert worden und auch im Ausland wissen einige Bescheid.
Ich denke das Wesentliche ist erst mal, sich klar zu machen, welche Funktion die Soliarbeit haben muß. Zum einen bietet sie die Möglichkeit, ein breites Spektrum zu erreichen und dieses auch längerfristig einzubinden. Das heißt, dieser Aspekt dient vor allem der radikalen Linken. Für uns elf Betroffene aber hat die Soliarbeit auch eine Funktion und keine geringe. Die Soliarbeit ist für uns der Hebel, irgendwann wieder auftauchen zu können und aus dem Knast zu kommen. Dies geht aber nur in Verbindung mit den beiden Funktionen. Erst wenn es der Solibewegung gelingt, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und eine breite starke Bewegung draußen existiert, wird der Staat zurückschalten.
Ich sehe allerdings, daß im Moment nicht alles dafür getan wird, um diese Stärke zu erlangen.

*** Was meinst du denn konkret? Was sollte anders gemacht werden?**

In den "Herzschlägen" wird überwiegend über die Faschisten informiert, so daß diese Zeitung sich letztendlich in die vielen einreiht, die es dazu schon gibt. Ich denke aber, es wäre wichtig, daß diese Zeitung vor allem das Medium ist, das den Staat angreift, indem es die Repression gegen uns aufzeigt und erklärt, warum er es tut. Hier teile ich die Position von der Roten Hilfe Berlin *(Interim Nr. 283)*.
Ich finde, die Zeitung macht nur dann Sinn und mobilisiert, wenn klare Positionen bezogen werden. Das heißt dann aber auch, daß die Zeitung aufzeigen muß, daß wir, die radikale Linke, die einzigen sind, die den Faschisten wirklich entgegentreten und der gesamten Faschisierung der Gesellschaft. Deswegen werden wir ja auch verfolgt, benutzt der Staat in unserem Fall sogar Jugendliche und baut sie zu Kronzeugen auf. Anders als zum Beispiel im Prozeß gegen die Faschisten in Solingen, wo das BKA sagt, daß die Aussagen der Nazis, die sich gegenseitig belasten, nicht relevant sind. Deswegen schreckt der Staat auch nicht mal davor zurück, einen psychisch kranken Menschen (Erkan Sönmez) zu mißhandeln und in den Selbstmord zu treiben.
Doch in den "Herzschlägen" steht dazu herzlich wenig. Im Gegenteil wird da oft eine ziemlich weiche Haltung vertreten, von einigen aus dem Unterstützungskreis, die schon lange etabliert sind und die Redaktion in Hand genommen haben. Die wollen auch niemand anderes dabeihaben.
Auch die weiche Haltung zu Bahrettin gefällt mir nicht, wenn da steht "wir haben jetzt erfahren, daß er keine Unterstützung wünscht."

*** Kurzer Einschub: Bahrettin ist der zuletzt Festgenommene, der immer noch Aussagen macht und den Bullen Tips gegeben hat, wo sie euch Abgetauchte suchen kongten.**

Ja, genau der! Wieso soll der sich nach seinen ganzen Denunziationen auch noch was wünschen dürfen! Da sollte schon vom Unterstützungskreis eine Ablehnung kommen und nicht erst von ihm.
Ich wollte auch schon am Anfang bekanntgeben, daß Erkan psychisch krank ist und er derjenige war, der alles ins Rollen brachte. Das wäre auch damals gut in der Presse angekommen. Aber das wurde unter anderem von diesem Teil des Unterstützungskreises verhindert und später dann, als es niemanden mehr interessierte, von ihnen selbst erzählt.
So legen sie jetzt auch eine absolut naive Hoffnung in die deutsche Justiz. Als wenn diese Justiz schon jemals fair zu uns war. Da fehlt denen mittlerweile das, was wir Kommies früher "Klassenbewußtsein" nannten.

*** Was meinst du konkret, kannst du das genauer erklären?**

Nee, das geht jetzt nicht. Ich denke jedenfalls, daß der einzig gehbare Weg der ist, durch die Soliarbeit eine starke Bewegung aufzubauen und eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Dies geht aber nur, wenn vermittelt wird, daß dieser deutsche Staat nicht nur nichts gegen Faschisten unternimmt, sondern sogar die faschistische Gefahr mit anschiebt, gleichzeitig aber auf uns, die Linke, drischt. Ich finde, es kann schon versucht werden, auf bestimmte Promis zuzugehen, auch wenn die früher einmal Scheiße erzählt haben. Wenn die die faschistische Gefahr sehen, dann ist eben der gemeinsame politische Nenner das Aufzeigen dieser Gefahr, verbunden mit einer Kritik an diesem Staat. Ich sehe jedenfalls kein Problem, wenn ein Giordano öffentlich diesem Staat vorwirft, nichts gegen die Faschisten zu machen, jedoch gegen uns vorgeht. Oder wenn dies Bubis macht.
Es wird uns bestimmt auch nicht schaden, wenn versucht wird, internationale BeobachterInnen zum Prozeß zu bekommen, zum Beispiel vom Simon-Wiesenthal-Zentrum. Wobei die Zweigstelle in Los Angeles mir radikaler erscheint, dafür aber auch religiöser ist. Es sollte versucht werden, daß dieser Nenner gefunden werden kann, allerdings ohne dabei extrem von der eigenen Position abrücken zu müssen, wie das halt der eine Teil des Unterstützungskreises tut. Wenn das klappt, haben wir automatisch eine größere Öffentlichkeit. Daß z.B. die PDS-Abgeordnete im Bundestag Ulla Jelpke auf der Pressekonferenz zur Antifademo am 21.5. in Berlin auftritt, ist ein Schritt in diese Richtung.

*** Und praktisch, wie sieht's da aus? Wirst du gut versorgt?**

Ja sicher, beklagen kann ich mich nicht. Was meine existentielle Situation betrifft, denke ich, bin ich ziemlich gut abgesichert. Sicher gibt's da an einigen Punkten Schwierigkeiten, die ich verständlicherweise hier nicht näher ausführen kann. Aber ich denke, daß das Schwierigkeiten sind, die alle lösbar sind und nicht solche großen Probleme.
Wie ich vorhin schon meinte, gibt es überall Leute, die dir in so einer Situation auf die eine oder andere Art helfen. Alleine bist du jedenfalls nie.

*** Du hast ja schon erzählt, daß z.B. einigen ReporterInnen das zu heiß war, was mit dir zu machen. Wie haben die Leute, die von deiner Geschichte wissen, auf den Grund deiner Verfolgung reagiert, also den konkreten Tatvorwurf?**

Unterschiedlich. Ein Teil ließ mich halt fallen, andere wiederum waren total herzlich und sind total hilfsbereit. Einige von denen sind jetzt noch nicht mal die straight Politischen, sondern verhalten sich so, weil ihr Herz am richtigen Fleck schlägt. Bei den Politischen kommt da dann natürlich das Bewußtsein hinzu, weshalb sie bereit sind, auch für sich selbst ein gewisses Risiko in Kauf zu nehmen. Bei denen, die Abstand nahmen, denke ich, war der Grund schon der konkrete Tatvorwurf, wobei ich glaube, daß sie dabei mehr vor den Konsequenzen zurückgeschreckt sind als vor dem eigentlichen Inhalt dieses Vorwurfs.

*** Du meinst, Ablehnung kommt vor allem wegen der Konsequenzen für sie selbst?**

Ja, denn bis jetzt hat mir noch niemand ins Gesicht gesagt, daß sie jemanden nicht unterstützen können, der angeblich an so einer Aktion beteiligt war. Der Grund für die Ablehnung war immer die Gefahr, selbst unter die Repression zu fallen. Für Unterstützung von einem mit Haftbefehl gesuchten kann es von Geldstrafe bis zu 5 Jahren Haft geben. Ist aber letztendlich auch nicht mehr als z.B. schwerer Landfriedensbruch.

*** Du hast ja vorhin schon ganz kurz was zu einem der Gefangenen gesagt, der euch bei den Bullen belastet hat. Gibt's da von dir aus noch mehr dazu zu sagen, daß zwei Leute Aussagen gemacht haben? Die Bullen hatten ja in der Sache seit 1 1/2 Jahren keine Ermittlungserfolge. Erst Erkan's Anruf bei den Bullen und seine Aussagen haben die Verhaftungen und Verfolgungen ausgelöst.**

Mittlerweile gibt es ja eine öffentliche Diskussion um das Verhalten der beiden, was bedeutet, daß nicht mehr völlig bedenkenlos alle Gefangenen und wir Gesuchten gleichgesetzt werden. Diese Gleichsetzung gab es solange, wie diese Debatte nicht geführt wurde. Der Streit geht darum, ob die beiden, die Aussagen gemacht haben, öffentlich als Verräter benannt werden sollen und von uns zumindest keine Unterstützung mehr erhalten, oder ob wir wegen ihres jugendlichen Alters (18 und 21) und ihrer relativen Unerfahrenheit ein gewisses Verständnis für ihr Verhalten zeigen sollten und sie nicht völlig ausgrenzen. Auch in der Hoffnung, daß sie ihre Aussagen vielleicht noch zurückziehen oder relativieren. Dazu muß aber gesagt werden, daß zumindest Bahrettin so weit geht, sogar Kneipenwirte wegen Schwarzarbeit zu belasten, was noch nicht mal mehr was mit dem Fall zutun hat. Er liefert bewußt jeden ans Messer. *(Alte Bauernweisheit: wer andere ans Messer liefert, läuft selbst hinein! d.S.)*
Jetzt ist es natürlich immer noch so, daß ein Teil der Leute keine großen Unterschiede machen will, aber das ist auch nicht weiter tragisch, denn jetzt können sich alle Außenstehenden aufgrund dieses Meinungsstreits und der Informationen über den Umfang der Aussagen ihr eigenes Bild machen. Und darum geht es.
Sicherlich, ich gehöre zu denen, die meinen, daß beide verraten haben, und halte deshalb die andere Position nicht nur für falsch, sondern auch für gefährlich. Nämlich in dem Fall, daß Aussagen toleriert werden, werden wir es nie schaffen, linke Strukturen aufzubauen, die den staatlichen Druck aushalten. Das endet dann letztendlich im Opportunismus: die Leute haben ne große Klappe, springen irgendwo rum, machen dann Aussagen, und irgendwann kommen sie zurück, und alles beginnt von vorne. Vertrauen wird so sicherlich nicht entstehen, aber genau das brauchen wir in unseren Strukturen.
Ich glaube aber, daß ein Teil dieser "Toleranten" nur deshalb Probleme mit dem Begriff "Verrat" hat, weil sie sich denken, daß das gleich extreme Konsequenzen nach sich zieht. Gerade bei dem Brief des kurdischen Genossen, der auf der 20.4.-Demo in Berlin verlesen wurde *(abgedruckt in der Interim Nr.284)*, hatte ich diesen Eindruck. Wenn nämlich jemand aus der Linken aus der Türkei Verrat übt, wird dort ziemlich bald liquidiert. Dies liegt zum Teil an den ziemlich weitreichenden Erfahrungen, an der Stärke der Linken dort, so daß dort der bewaffnete Kampf weit mehr verankert ist. Und wenn dann dort wer andere verrät, wird die Person halt abgeknallt. Es gibt aber zu Deutschland nun mal Unterschiede, weshalb die Konsequenzen andere sein werden. In Deutschland hat die Linke nunmal sehr wenig Erfahrung mit dem bewaffneten Kampf, weshalb es bestimmt nicht darum geht, Bahrettin gleich zu liquidieren. Der Linken in Deutschland muß es aber trotzdem darum gehen, die Reihen von solchen Leuten frei zu halten, und deswegen ist es falsch, ihn jetzt auch noch zu unterstützen. Zu Erkan wäre noch zu sagen, daß er psychisch krank ist. Deswegen sollte schon eine Trennung vollzogen werden, ohne aber die materielle Unterstützung für ihn aufzugeben, z.B. daß eine Anwältin für ihn gecheckt wird und über seine Situation informiert wird. Das Grüßen sollte aber aufhören, und wenn er mal wieder rauskommt, sollte er in der Linken nichts mehr verloren haben. *(Anmerkung: es ist eh nicht so, daß Erkan materiell unterstützt wird. Er ist voll unter der Kontrolle seiner Familie, und die lehnen jede Zusammenarbeit mit dem Unterstützungskreis ab. Ebenso sieht's bei Bahrettin aus.)*
Der Sinn dieser Unterscheidung liegt in den Zielen der Linken. Ganz allgemein gesagt, geht es um Humanität, darum, daß wir eine andere Gesellschaft wollen und nicht diese Barbarei. Deswegen sollten wir Erkan nicht fallen lassen, gleichzeitig aber klar sagen, daß es kein Vertrauen mehr zu ihm gibt.

*** Die Anklage gegen euch lautet ja auf gemeinschaftlichen Mord an Gerhard Kaindl und sechsfachen Mordversuch an den anderen FaschistInnen in dem Lokal. Sollte diese abstruse Anklage tatsächlich im Prozeß durchkommen, bedeutet das für euch Untergetauchte, nie wieder legal in die BRD zurückkommen zu können, da Mord nicht verjährt. Da die Anklage aber absolut überzogen ist, sollte natürlich im Prozeß erreicht werden, daß sie zusammenbricht.**
Überlegst du dir nach dem Prozeß gegen die fünf Gefangenen, wenn du einschätzen kannst, was auf dich zukommt, dich evt. den Bullen zu stellen, um wieder legal leben zu können?

Ich bin hier auch öfters gefragt worden, ob ich wieder zurückgehen würde. Ehrlich gesagt, weiß ich es nicht. Ich lehne es auch ab, daran zu denken, denn im Moment ist es einfach nicht relevant. Sicher, die Verlockung, wieder legal sein zu können, ist groß. Ob ich zurückgehen würde, hängt aber von so vielem ab. Einmal hieße das ja, sich zu stellen. Da hab ich schon Bauchschmerzen mit. Irgendwie denke ich, das ist wie kleinbeigeben. Dann kommt dazu, wieviel Jahre Knast wären das? Das wichtigste aber ist: wie sähe dann Deutschland aus? Was für eine Situation wäre dann in diesem Land? Und gleichzeitig, wie sähe mein Leben hier im Exil aus? Es geht dabei um die Perspektive für mein politisches und soziales Leben, was ich abwägen muß. Hier, wie in Deutschland. Dazu kommt, daß das Zurückgehen immer schwieriger ist, als das Weggehen, wobei für mich das Weggehen auch nicht allzu schwierig war. Aber im Moment bin ich verpflichtet, hier mein Leben aufzubauen, und deswegen denke ich gar nicht daran, ob ich zurückgehen würde. Das Leben hier ist wichtiger im Moment, und die Gedanken der Rückkehr würden mich dabei nur behindern.
Ich denke aber natürlich oft an Berlin, oft steigen Bilder der Erinnerung in mir auf, von Begebenheiten, von Menschen. Oft sind es schöne Erinnerungen, manchmal sind es schlechte. Die, die mir nahe waren, die hab ich nicht vergessen. Die möchte ich auch herzlichst grüßen. Und ich denk, die werd ich auch wiedersehen!



Betr.: Veröffentlichungspraxis zu Göttingen

Liebe GenossInnen aus der Interim-Redaktion,


wir haben gerade eure aktuelle Nummer (28. Juli) gelesen, und sind mittelschwer entsetzt: Nachdem ihr schon in den letzten Ausgaben total viel Sachen aus Göttingen zu den Hausdurchsuchungen in den Ordner gepackt hattet, ist dieses mal offensichtlich wieder ein Flugblatt oder ähnliches in den Ordner gekommen. Mag ja sein, daß ihr oft Probleme habt, alles unterzukriegen. Aber die Durchsuchungen in Göttingen sind neben dem Fall Kaindl in Berlin der größte Kriminalisierungsschlag gegen die Antifa seit Jahren. Und das frühstückt ihr mit einem mageren Flugi und viel Material im Ordner ab??? Habt ihr vergessen, daß die Ordner nur in Berlin stehen???
Aber der größte Horror kommt noch: Stattdessen habt ihr ein Satire-Flugi der KPD/RZ drin. Nix gegen die KPD/RZ - aber wenn die Entscheidung zwischen politisch notwendiger Information und einer relativ begrenzt aussagefähigen Satire gefällt werden muß, sollte doch wohl klar sein, was rein kommt. Ihr habt in eurem Konzept ausdrücklich den Schwerpunkt auf Information von unten, also durch die jeweiligen Gruppen selbst mit bestimmten inhaltlichen Grenzen (Rassismus, Sexismus etc.) gesetzt. Oder gilt der plötzlich nicht mehr???
Für uns kommt das einer faktischen Entsolidarisierung gleich. Denn ihr habt total viel Leuten eine umfassende Information zu Göttingen unmöglich gemacht - es hat nicht jede/r die Möglichkeit, ins EX zu gehen und dort die ausgehängten Flugis zu lesen.
Wir wüßten wirklich sehr, sehr gerne, was euch zu dieser Entscheidung gebracht hat, und finden, ihr solltet das erklären. Außerdem wollen wir, daß ihr diese Kritik veröffentlicht.

Leicht entsetzt. einige Antifas aus Berlin

Liebe GenossInnen aus Berlin
niemand von uns bestreitet, daß die Durchsuchungen in Göttingen neben dem
Fall Kaindl in Berlin ein herber Kriminalisierungsschlag gegen die Anti-
fa sind. Euer Vorwurf der Entsolidarisierung schießt dagegen "mittelschwer"
übers Ziel hinaus.
Wir haben den Stapel Material dennoch noch mal gesichtet und eine Presse-
erklärung (s.u.) zu der Durchsuchung reingenommen, auch wenn sie sich in-
haltlich mit den in Nr.294 veröffentlichten Infos überschneidet. Beim Rest
scheint uns, daß ihr Quantität und Qualität verwechselt. Die Texte bringen
unser Meinung nach keine neuen Infos.
Nur um es nicht in Vergessenheit geraten zu lassen:
Es ist nicht unser Anspruch, alles was ankommt bei uns in der Interim unter-
zubringen. Zumal der Sommerpausenrhythmus (14 tägig) auch zu größeren Mate-
rialansammlungen führt, die alle berücksichtigt werden wollen.

leicht verschwitzt einige Interims





AUTONOME ANTIFA (M)
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
37073 Göttingen

Presseerklärung

Strafantrag und Strafanzeige gestellt

Wegen der Staatsschutz-Razzia gegen den antifaschistischen Widerstand in Göttingen und anderen Teilen Niedersachsens sowie den Bundesländern Hessen und NRW vom 5. Juli 1994 und denunziatorischen Verlautbarungen im Vorfeld, wurde am 11. Juli 1994 bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Göttingen Strafantrag und Strafanzeige gestellt.

Strafantrag und Strafanzeige richten sich gegen:

1. Hans-Rüdiger Hesse, vom Landesamt für Verfassungsschutz Niedersachsen
2. Gerhard Glogowski, Innenminister Niedersachsen
3. sämtliche Verfasser des sogenannten Verfassungsschutzberichtes Niedersachsen 1993
4. den Verfasser der Presseerklärung der Generalstaatsanwaltschaft Celle vom 5. Juli 1994

Der Strafantrag wurde gestellt *„wegen sämtliche in Betracht kommender Straftatbestände, insbesondere den Straftatbeständen der Beleidigung, Verleumdung, übler Nachrede, falscher Verdächtigung sowie des Straftatbestandes der Verfolgung Unschuldiger"*.

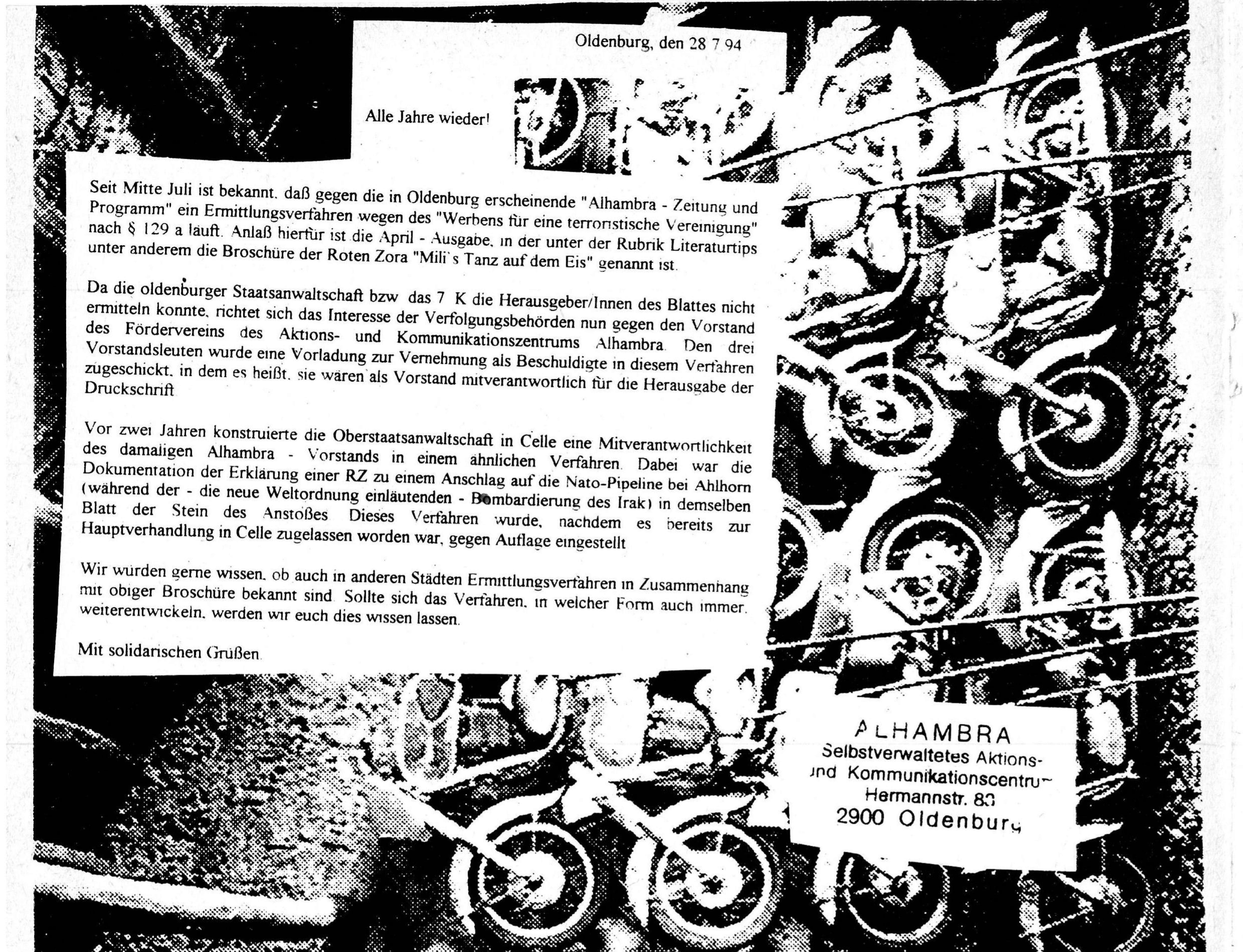
Insbesondere richtet sich die Anzeige gegen die immer wieder erhobenen falschen Verlautbarungen staatlicher Stellen, die Autonome Antifa (M) unterhalte Kontakte zur RAF. Diese Äußerungen entbehren jeder tatsächlichen Grundlage. Sie sind schlichtweg falsch.

Seit Jahren verfolgt der Staatsschutz konsequent sein Ziel, die Autonome Antifa (M) der Öffentlichkeit als legalen Arm der RAF zu verkaufen.
Die provinzielle Fraktion der Justiz in Gestalt der leitenden Oberstaatsanwältin aus Göttingen, Frau Engshuber, behauptete während eines Vortrages an der Universität Bremen im Januar diesen Jahres *„die Autonomen seien quasi eine Art RAF"*.
Ein Vertreter des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Hans-Rüdiger Hesse, unterstellte auf einer Veranstaltung des CDU-Gemeindeverbandes Nörten-Hardenberg in Lütgenrode der Göttinger Antifa Kontakte zur RAF (HNA, 8. Juni 1994).
Niedersachsens Innenminister Glogowski argumentierte bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 1994, daß die Bahncard, die im Rucksack der im Juni 1993 in Bad Kleinen verhafteten Birgit Hogefeld gefunden wurde, in Göttingen gekauft worden sei und **folglich** die Antifa die RAF logistisch unterstütze.
Im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht 1993 wird behauptet, das *„Diskussionspapier zur Autonomen Organisierung (Autonome Antifa (M), August 1991) entspricht in Teilen den im Jahre 1992 erschienenen Erklärungen der RAF"*. Eine Begründung hierfür gibt es nicht.
Die GSA in Celle schreibt in ihrer Presserklärung, daß die Autonome Antifa (M) *„eine Gruppierung aus dem antiimperialistischen Spektrum"* sei. *„**Demzufolge** unterhält die Autonome Antifa (M) auf mehreren Ebenen enge Kontakte zu Mitgliedern der terroristischen RAF"*.
Zitat aus dem Strafantrag vom 11. Juli 1994: *„Ganz offentsichtlich dient das Verbreiten dieser Legende dem ausschließlichen Zweck, Mitglieder der Autonomen Antifa (M) zu diskreditieren und - mit sämtlichen insoweit bestehenden Konsequenzen - mit Ermittlungs- und Strafverfahren zu überziehen, wobei insbesondere den beteiligten Ermittlungsbehörden von Beginn an **klar** gewesen sein muß, daß ein tatsächlich begründbarer Anfangsverdacht nicht besteht und nicht bestand."*

Zu der Staatsschutz-Razzia gegen den antifaschistischen Widerstand findet am Mittwoch, dem 13. Juli 1994, 20.00 Uhr, in der Alten Mensa, Wilhelmsplatz in Göttingen eine Informations- und Diskussionsveranstaltung statt. Nähere Einzelheiten zur Strafanzeige werden auf der Veranstaltung erläutert.
Veranstaltungsbeiträge werden kommen von: einem Vertreter der Autonomen Antifa (M), Jürgen Trittin (MdL Bündnis 90/Grüne), VertreterInnen der Bürgerinnen und Bürger gegen Rechtsextremismus und Gewalt, VertreterInnen der einladenden Gewerkschaften, Hulle Hartwig (MdL, SPD).

Am Samstag, 16. Juli 1994, ab 12.00 Uhr, findet in Göttingen eine bundesweite Demonstration gegen den Staatsschutzangriff gegen den antifaschistischen Widerstand statt. Diese Demonstration, die unter internationaler Beteiligung stattfinden wird, steht unter dem Motto: **„Stoppt den Staatsterrorismus - Schlagt zurück! Weg mit den § 129a/129-Verfahren gegen die Autonome Antifa (M)"**.

Göttingen, 12. Juli 1994
AUTONOME ANTIFA (M)



Oldenburg, den 28.7.94

Alle Jahre wieder!

Seit Mitte Juli ist bekannt, daß gegen die in Oldenburg erscheinende "Alhambra - Zeitung und Programm" ein Ermittlungsverfahren wegen des "Werbens für eine terroristische Vereinigung" nach § 129 a läuft. Anlaß hierfür ist die April - Ausgabe, in der unter der Rubrik Literaturtips unter anderem die Broschüre der Roten Zora "Mili's Tanz auf dem Eis" genannt ist.

Da die oldenburger Staatsanwaltschaft bzw. das 7. K die Herausgeber/Innen des Blattes nicht ermitteln konnte, richtet sich das Interesse der Verfolgungsbehörden nun gegen den Vorstand des Fördervereins des Aktions- und Kommunikationszentrums Alhambra. Den drei Vorstandsleuten wurde eine Vorladung zur Vernehmung als Beschuldigte in diesem Verfahren zugeschickt, in dem es heißt, sie wären als Vorstand mitverantwortlich für die Herausgabe der Druckschrift.

Vor zwei Jahren konstruierte die Oberstaatsanwaltschaft in Celle eine Mitverantwortlichkeit des damaligen Alhambra - Vorstands in einem ähnlichen Verfahren. Dabei war die Dokumentation der Erklärung einer RZ zu einem Anschlag auf die Nato-Pipeline bei Ahlhorn (während der - die neue Weltordnung einläutenden - Bombardierung des Irak) in demselben Blatt der Stein des Anstoßes. Dieses Verfahren wurde, nachdem es bereits zur Hauptverhandlung in Celle zugelassen worden war, gegen Auflage eingestellt.

Wir würden gerne wissen, ob auch in anderen Städten Ermittlungsverfahren in Zusammenhang mit obiger Broschüre bekannt sind. Sollte sich das Verfahren, in welcher Form auch immer, weiterentwickeln, werden wir euch dies wissen lassen.

Mit solidarischen Grüßen

ALHAMBRA
Selbstverwaltetes Aktions-
und Kommunikationscentrum
Hermannstr. 83
2900 Oldenburg

Frankfurt, 1.8.94

NEO-NAZI-KADER IM VISIER :

WER SCHWEIGT STIMMT ZU !
KEINEN FUßBREIT DEN FASCHISTINNEN !
WIDERSTAND IST LEGITIM !

Auch die Frankfurter Neo-Nazis, unter denen Steward Bloss eine führende Rolle seit Jahren als GdNF-Kader (Gessinungsgemeinschaft der Neuen Front) spielt, werden dieses Jahr wieder versuchen sich an dem Nazi-Aufmarsch zum Gedenken an den Hitler Stellvertreter Rudolf Hess zu beteiligen.
Der seit 1987 stattfindende Hess-Gedenktag ist für militante Neo-Nazis aus ganz Europa die beste Möglichkeit ihre menschenverachtende Propaganda medienwirksam zu verbreiten.
Letzten Sommer fand der polizeilich geschützte Aufmarsch der Nazis in Fulda statt.

Wir sind nicht mehr bereit Aufmärsche dieser Art sowie die dort geplanten und organisierten Gewaltverbrechen der Nazis hinzunehmen !
Steward Bloss und alle anderen FaschistInnen und deren UnterstützerInnen werden sich jedenfalls nicht mehr konsequenzlos an diesen Aktionen beteiligen!
Das ungehinderte Auftreten der Nazis in Magdeburg und Buchenwald zeigt, daß die Bedrohung durch Sie weiter anhält.
Die Wohnung von S.Bloss (Hainerhof 5, 60311 Frankfurt am Main) hat seit gestern zerbrochene Fensterscheiben und eine Wandparole weist seine NachbarInnen auf sein Treiben hin.

ERKLÄRUNG ZUM HUNGERSTREIK

27.7.94

wir gehen jetzt für eine begrenzte zeit in den hungerstreik. um noch einmal mit nachdruck die situation zu vermitteln und wo sie steht

irmgard soll nicht rauskommen. die staatsanwaltschaft hat bereits angekündigt. dass sie in die nächste instanz gehen wird. wenn es in einem halben jahr oder wann zu einer entscheidung des gerichts kommt. also entweder sperrfrist wegen verweigerung der psychiatrischen untersuchung oder die ganze prozedur nochmal von vorne - damit haben sie weitere jahre für irmgard festgesetzt und so auch den 'maßstab' für den rest von uns.

wir denken. auch für die breitere öffentlichkeit liegt jetzt offen auf dem tisch. dass über diesen rein juristischen schlauch. auf den sie uns geschoben haben. nichts geht. bis in die einzelheiten ist die ganze unmöglichkeit zu sehen:
aktuell werden irmgards mitgefangene und alle. die sie besuchen. aufgefordert. einschätzung. beobachtungen und beurteilungen von ihr abzuliefern. als material für die psychiatrische 'gefährlichkeitsprognose'. was irmgard ablehnt. sollen nun die menschen tun. die ihr nahe stehen und politisch verbunden sind.
wir hoffen. das lehnen alle ab!

es ist bodenlos und an der wirklichkeit vorbei. auf diesem weg immer weiter mitzulaufen. sich an scheinfragen abzuarbeiten (wie dem vorgeschobenen 'gutachterproblem'). von einer anhörung auf die nächste zu hoffen. denn auf dem sogenannten rechtlichen weg passiert schliesslich immer nur eins: es wird die politische vorgabe vom staat exekutiert. der herrschende politische wille.
und der ist eindeutig: wolfgang; birgits haftbedingungen und die anklage gegen sie. wo schon alles klar ist: jetzt soll die kontinuität des bewaffneten angriffes in der brd bis 92 abgeurteilt werden. wieder endloser knast als abschreckung gegen neue aufbrüche; evas urteil; heidis prozss und sämtliche kronzeugenprozesse. die den knast bis zum tod für uns nun auch noch hundertfünfzig prozent absichern sollen; über 100 neue politische gefangene in den knästen; pkk-verbot und verfolgung aller politisch aktiven kurdischen menschen; antifa-prozesse; razzien; halim dener. 16 jahre. wird beim plakatkleben von zivilbullen erschossen.
das ist die realität. nicht die neueste leimrute der bundesanwaltschaft. auf die wieder alle gezogen werden sollen, wo sie wieder mit der justiz winken, nachdem die gerade bei irmgard den hammer hat runterfallen lassen.

freiheit, eine reale freiheitsperspektive für uns gefangene kann nur am dreh- und angelpunkt ansetzen: am politischen willen. das heisst, einen <u>anderen</u> politischen willen zu artikulieren und voranzubringen gegen die staatliche liquidierungsstrategie, sie zum einbrechen zu bringen.
wir sind damit, was wir seit 88 versucht haben, aufzubauen, gescheitert.
aber <u>trotzdem</u> kann es auch weiterhin nur darum gehen, einen <u>anderen</u> politischen willen zu bilden und zu artikulieren. das ist nach wie vor der punkt, um den es geht.

was wollen wir mit dem streik: die realität wieder in die diskussion holen. den scharfen blick auf das. was ist. unsere unveränderte gefangenensituation. trennung und vereinzelung bis aufs blut. nach 22 jahren in härtesten haftbedingungen soll irmgard weiter gefangen bleiben. das rechtsstaatsritual der prozesse. wo sie in faktischen todesurteilen geradezu baden. läuft weiter.

wir glauben nicht, dss wir druck auf die entscheidungen in diesem lübecker verfahren ausüben können. aber wir fordern alle auf. dafür zu kämpfen. dass sie jetzt freikommt und sich nicht blenden zu lassen von diesem anhörungsverfahren. das nur ein vorwand ist. es ist klar, dass irmgard ohne wenn und aber. ohne diesen ganzen verfahrensschiss. wo sich jeder mensch an den kopf greifen muss. raus muss. irmgard hat immer nur aus politischen gründen gekämpft, nicht aus ihrer persönlichkeitsstruktur. die jetzt gegenstand der begutachtung sein soll. es ist augeschlossen, dass das überhaupt die frage sein kann. und angesichts der langen haft und ihrer angeschlagenen gesundheit totaler zynismus.

es ist notwendig, einen schnitt zu machen, aufzuräumen mit dem denken, das sich in den letzten jahren etabliert hat. weg vom starren auf 'angebote', auf die justiz. auf die ganze elende tour. mit der der staat die schraube nur immer noch eine umdrehung weiter zugedreht hat.
irmgart muss raus!

manuela happe. eva haule. rolf heissler. sieglinde hofmann. christian klar. hanna krabbe. christine kuby. irmgard möller. brigitte mohnhaupt. helmut pohl. heidi schulz. rolf clemens wagner

Irmgard muß raus!

Wir unterbrechen hier das Sonntagabend Infotainment um auf einige Tatsachen aufmerksam zu machen

Seit einigen Tagen sind 13 Gefangene aus der RAF im befristeten Hungerstreik. Ihre Forderung ist die sofortige Freilassung von Irmgard Möller, die seit mittlerweile 22 Jahren inhaftiert ist

Irmgard entschloß sich Anfang der 70er Jahre zusammen mit anderen im Zuge des weltweiten Aufbruchs antiimperialistischer Befreiungsbewegungen und dem Erstarken oppositioneller Kräfte in Westeuropa und den USA den bewaffneten Kampf in der BRD aufzunehmen

Die Politik der RAF zielte damals sowohl auf die Unterstützung des vietnamesischen und anderer Befreiungskriege als auch auf die Wiederbelebung der Revolution im Westen.

Irmgard Möller wurde 1972 verhaftet und zunächst zu viereinhalb Jahren Gefängnis wegen Mitgliedschaft in der RAF verurteilt. Auf Grund einer Kronzeugenaussage wurde sie 1976 zu lebenslänglicher Haft verurteilt. 1977 überlebte Irmgard Möller schwerverletzt als einzige die Todesnacht des 18.10.1977 in Stuttgart-Stammheim, in der ihre ZellennachbarInnen Andreas Baader, Jan Raspe und Gudrun Ensslin umgebracht wurden

Bereits vor 2 Jahren hatte Irmgard Möller einen Antrag auf vorzeitige Haftentlassung gestellt. Bei anderen zu lebenslänglicher Haft verurteilten Gefangenen ist eine solche Entlassung in der Regel Routine. Bei Gefangenen aus der RAF baut der Justizapparat hingegen hohe Hürden auf. So verlangt die zuständige Staatsanwaltschaft ein psychiatrisches Gutachten über Irmgard Möller. Die Gefangenen aus der RAF lehnen es ab, daß auf diese Weise ihr Kampf entpolitisiert und psychiatrisiert wird. Wegen dieser Weigerung vertagte das Landgericht Lübeck im Juni 1994 die Entscheidung über Irmgards Entlassungsantrag erneut.

Nach über 20 Jahren Sondergesetzen, Sonderjustiz und Sonderhaftbedingungen gegen die Gefangenen aus der RAF ist der Verweis auf das juristische Verfahren und die richterliche Unabhängigkeit nur ein weiterer Vorwand, um die alte Politik des Staates fortzusetzen: die Unterdrückung revolutionären Widerstandes

Deshalb sagen die Gefangenen in ihrer Hungerstreikerklärung: "Es ist notwendig einen Schnitt zu machen, aufzuräumen mit dem Denken, das sich in den letzten Jahren etabliert hat, weg vom Starren auf 'Angebote', auf die Justiz, auf die ganze elende Tour, mit der der Staat die Schraube nur noch eine Umdrehung weiter zugedreht hat"

Aus diesem Grund kann "der kampf für unsere zusammenlegung und freiheit jetzt nur integriert sein in den gesellschaftlichen klärungsprozess gegen die reaktionäre entwicklung als kampf gegen staatliche unterdrückung, integriert in den prozess der neuformierung des revolutionären projekts. darum geht es uns und in dem prozess werden wir teil sein, so gut wir können" (Heidi Schulz, Gefangene aus der RAF, Jan. 1993)

Freilassung von Irmgard Möller und alle anderen linken politischen Gefangenen!
Einstellung der Kronzeugenprozesse und des Verfahrens gegen Birgit Hogefeld!
Für die Zerschlagung der patriarchalen und rassistischen Klassenjustiz!
Für den Kommunismus!

Am Sonntag, den 31.7.94 störte eine kommunistische Männergruppe die Live-Sendung 'Talk im Turm', indem sie durch das Entfalten eines Transparentes und das Rufen von Parolen auf die Forderung der seit Mitte letzter Woche hungerstreikenden Gefangenen aus der RAF aufmerksam machte. Die Aktion, ebenso die einer Frauengruppe 10 Minuten später, war im Fernsehen gut zu sehen.

Durch Unklarheiten über das Wegkommen konnte die Polizei die Personalien von 2 Genossen aufnehmen.

Diese Erklärung (siehe nächstes Blatt) war für das Publikum vorbereitet. Weil nach kürzester Zeit Saalordner und Aktivpublikum die Aktion beendeten, konnten die Flublätter nicht verteilt werden.

<u>SEIT DEM 27.07. '94 HUNGERSTREIK DER GEFANGENEN AUS DER RAF</u>
<u>FREILASSUNG VON IRMGARD MÖLLER – SOFORT –</u>

In der Nacht vom 27./28.07.94 haben wir an der Autobahnbrücke Heidelberg - Mannheim, Höhe Edingen-Grenzhof das Transparent:

SEIT DEM 27.07. '94 HUNGERSTREIK DER GEFANGENEN AUS DER RAF
FREILASSUNG VON IRMGARD MÖLLER - SOFORT -

angebracht.

Seit dem 27.07.'94 sind folgende Gefangene aus der RAF in einen befristeten Hungerstreik getreten:

Manuela Happe	Helmut Pohl
Eva Haule	Rolf Heißler
Hanna Krabbe	Siglinde Hoffmann
Christine Kuby	Irmgard Möller
Brigitte Mohnhaupt	Heidi Schulz
Rolf Clemens Wagner	Christian Klar



Sie wollen mit dem Hungerstreik die Freilassung von Irmgard Möller durchsetzen.

Irmgard Möller ist seit 22 Jahren in Haft, und ihre lange Haftzeit steht exemplarisch für die Vernichtungsstrategie des Staates gegen die Gefangenen aus der RAF.

Irmgards Gesundheit ist während der Haft zerstört worden.

Die Zuständigen verlangen ein psychiatrisches "Gutachten", womit in der Öffentlichkeit dargestellt werden soll, daß politischer Widerstand etwas Pathologisches ist.

Da Irmgard nicht bereit ist, ihre politische Identität aufzugeben, soll sie lebenslang im Knast einbetoniert werden.

<u>Wir werden dem nicht tatenlos zusehen !</u>

Freiheit für alle politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand!

Wir übernehmen auch die Verantwortung für das Transparent mit der Aufschrift: Schluß mit den Kronzeugenprozessen, Freiheit für die Gefangen[e]n aus RAF und Widerstand, das in der Nacht vom 20./21.07.94 ebenda angebra[cht] wurde.

Politische Gefangene

Schon im vorletzten Info haben wir politische Gefangene zum Thema gehabt. Wir informierten über den Export von Hochsicherheitsknästen nach Chile. Vorher gab es einen Aktionstag mit Demo, Pressekonferenz und Veranstaltung.

Wir finden es wichtig auch zu Themen hier Stellung zu beziehen. Das lief bisher zu wenig. Wir verstehen uns als Teil der noch übriggebliebenen Solidaritätsbewegung und haben als Gruppe nur über Entwicklungen in Lateinamerika berichtet und Stellung bezogen, obwohl wir einzeln auch hier in Zusammenhängen aktiv waren. Es ist aber für einen Internationalismus, der über Projektionen hinausgeht, wichtig, die Verbindung der Kämpfe dort und hier zu sehen und zu ermöglichen. Denn es ist sinnlos, wenn wir die LandarbeiterInnenbewegung in Nicaragua unterstützen und kein Auge für die kämpfenden ArbeiterInnen in Bischofferode und anderswo haben. Nicht nur in El Salvador gibt es Todesschwadronen, Bad Kleinen liegt mitten in Deutschland. Politische Gefangene gibt es überall auf der Welt, auch hier bei uns.

Des öfteren hatten wir Besuch aus Lateinamerika von GenossInnen, die jahrelang im Knast saßen. Für die war es selbstverständlich, politische Gefangene hier im Gefängnis zu besuchen. So auch Yessie Macchi. Yessie kommt aus Uruguay von den Tupamaros. Sie war während der Militärdiktatur in Haft. Nach 1985 reorganisierten sich die Tupamaros als legale politische Bewegung. Heute arbeitet Yessie Macchi überwiegend in dem von den Tupamaros betriebenen Radio CX 44 Panamericana. Sie war verantwortliche Redakteurin der Frauensendung »Vamos Mujer«.

Der folgende Text ist ein Beitrag aus dieser Sendung. Yessie erzählt von ihrem Besuch bei Irmgard Möller auf eine sehr persönliche und poetische Art und Weise.

Vamos mujer!

Guten Tag Freundinnen und Freunde,

heute nehmen wir unseren Dialog mit Euch allen wieder auf. Wir vermissen Euch sehr, möchten Euch aber auch sagen, daß Ihr uns bei der ganzen Rundreise durch Deutschland gegenwärtig ward. In den Gesprächen, in jeglicher femininen Praxis.

Heute werden wir mit Euch die Begegnung von zwei Frauen in der »Zweiten Welt« teilen.

Das ist zunächst Irmgard Möller, Veteranin der Gefängnisse und der Würde. Lübeck ist eine kleine Stadt im Norden Deutschlands. Sie ist ein touristisches Ziel, sowohl wegen ihres Grüns als auch wegen des alten Stadtkerns. In einem ihrer Stadtviertel gibt es ein großes Gebäude aus Ziegelsteinen, umgeben von Rasen und Blumenbeeten. Darin gibt es Gebäudeflügel, in denen auf einer Seite Frauen inhaftiert sind und Männer auf der anderen. Es ist das Stadtgefängnis. Ich fuhr am 9. Juli diesen Jahres, zwei Tage vor der Beendigung meiner Rundreise durch Deutschland, dorthin. Ich hatte einen Besuchstermin mit einer der drei dort in einer Spezialabteilung inhaftierten politischen Gefangenen beantragt. Sie heißen: Hanna, Christine und Irmgard. Sie sind seit 15, 18, bzw. 21 Jahren inhaftiert. Die Drei gehören zur RAF, Rote Armee Fraktion, antiimperialistische politische Bewegung, die bis vor kurzem ihren Kampf als Stadtguerilla in Deutschland geführt hat. Dieses Land, führende Großmacht in Europa, hält in seinen Gefängnissen 32 politische Gefangene in Haft, die große Mehrzahl von der RAF. Sie sind fast alle zu lebenslanger Haft verurteilt. Von diesen 32 sind mehr als die Hälfte Frauen. Das deutsche Gefängnissystem ist in der ganzen



Yessie Macchi *Foto: A. Salomon*

Welt bekannt als eines der härtesten. Die Isolation war und ist die größte Folter, der diese Genossinnen und Genossen ausgesetzt sind. Totale Isolation über sehr viele Jahre, einschließlich akustischer Isolation. Heute ist dies aufgrund der vielen Hungerstreiks der politischen Gefangenen für humanere Haftbedingungen etwas gelockert. Hanna, Christine und Irmgard leben in einem abgetrennten Raum, ohne ihre Mitgefangenen zu sehen und mit nur einer Stunde gemeinsamer Zeit mit den sozialen Häftlingen des gleichen Gefängnisses.

Diese Sendung will keine Abhandlung darüber sein, was die RAF gewesen ist. Darüber können wir später sprechen. Ich möchte lediglich mit Euch zwei sehr intensive Stunden meines Lebens teilen. Jene, während ich mit Irmgard Möller zusammen war, der politischen Gefangenen in Deutschland, die am längsten inhaftiert ist, 21 Jahre auf den Tag genau. Sie ist die einzige, die noch immer wegen des Kampfes gegen den Vietnamkrieg inhaftiert ist.

Ich hatte einiges über Irmgard gelesen, einschließlich eines Interviews in einer sehr großen deutschen Zeitung aus dem letzten Jahr. In meiner Phantasie stellte ich mir vor, daß ich mich mit einer sehr kontrollierten, introvertierten, jedes ihrer Worte abwägenden Frau treffen würde. Wie falsch sind doch diese Stereotypen.

Es wurde mir gesagt, daß ich nichts mitnehmen könnte, nur Bleistift und Papier. Es erschien mir absurd, von einer solchen Begegnung Notizen zu machen. Nach einer ermüdenden Durchsuchung und nach dem Durchlaufen langer Flure mit Gittern alle paar Meter, wurde ich in ein kleines Zimmer gewiesen. Zwei Wärter, bereit Notizen zu machen, eine Übersetzerin, die vom Gefängnis benannt wurde, ein Tisch mit 4 Stühlen, und dort war sie. Eine große Statur von ungewöhnlicher Schlankheit. Gekleidet





mit einer Hose aus grobem Leinen und einem weiten Hemd aus dem gleichen Stoff. Dieses Bild war wie ein Blitz. Kaum daß ich dieses Zimmer betreten hatte und Irmgard mich sah, sprang sie auf mich zu und umarmte mich wieder und wieder, in einer Art Tanz von Wiedererkennen und Freude. Eine kräftige Umarmung und gleichzeitig zittrig, warm aber auch stürmisch. Ein kleines Gesicht mit haselnußförmigen Augen, honigfarben genau wie ihr Haar, lang mit einem langen Pony. Aber sowohl in ihren Augen als auch in ihrem Haar waren die Jahre von Gefangenschaft und Schmerz erkennbar. Die Augen etwas trüb und gerötet, ganze Strähnen von weißen Haaren. Die Gesichtshaut voll von Wunden und kleinen Pusteln. Eine Allergie, sagen die Gefängnisärzte, ohne viel mehr in Erfahrung zu bringen.

Ich streichelte dieses Gesicht, dieses äußerst trockene Haar, und dann Hand in Hand, setzten wir uns dicht zueinander und begannen ein Gespräch zu entwickeln.

Irmgard Möller wurde am 8. Juli 1972 verhaftet. Sie wurde zu lebenslänglich und 15 Jahren verurteilt wegen der Teilnahme an Angriffen auf Militärbasen der USA, von denen aus die Aggression gegen Vietnam koordiniert wurde. Die Verurteilung basiert einzig und allein auf der Beschuldigung durch ein Ex-RAF-Mitglied, gebrochen nach Jahren der Isolation im Gefängnis, der zur Kollaboration mit dem Staat übergegangen ist. 5 Jahre hatte Irmgard in der totalen Isolation verbracht als eines Nachts ein Massaker stattfand in dem Gefängnis von Stammheim, in dem sie einsaß. Drei dort gefangengehaltene RAF-Mitglieder wurden durch die Repressionskräfte ermordet und Irmgard Möller brutal niedergestochen. Die Regierung hat stets darauf bestanden, daß diese Gefangenen Selbstmord begangen haben. Nur Irmgard klagt weiterhin diese Morde an. 1987 hat das Landgericht Lübeck ihre Freilassung auf Bewährung abgewiesen. Diese wäre

gesetzlich möglich gewesen, da sie mehr als 15 Jahre abgesessen hatte. Die Staatsanwaltschaft argumentierte, daß Irmgard weiterhin eine Gefahr für die Gesellschaft darstelle, da sie nicht bereit sei, ihre politische Identität aufzugeben und sich vom bewaffneten Kampf loszusagen. Seit 1992 läuft ein erneutes Überprüfungsverfahren. Bisher ist der Antrag nicht beantwortet worden. Alle übrigen Anträge auf Bewährung für die politischen Gefangenen mit mehr als 15 Jahren Gefangenschaft sind von der Regierung abgelehnt worden.

Meine Worte überstürzten sich, es war soviel, was ich ihr sagen wollte, sie fragen wollte. Ich begann damit, ihr die Grüße aller kämpfenden Frauen Uruguays zu übermitteln und ihr zu versichern, daß sie alle in diesem Moment an meiner Stelle zu sein wünschten. Wie groß war meine Überraschung, als sie mir, stockend, auf Spanisch antwortete. »Ich habe mich dem uruguayischen Volk immer nahe gefühlt. Durch Euren Kampf wußte ich, daß auch ich kämpfen sollte. Ich habe alles über Euch gelesen. Ich glaube, ich kenne Euch schon immer.« Von da an versuchten wir, unser Gespräch in Spanisch fortzuführen. Es war nicht leicht. Es mußten Gedanken koordiniert werden, Gefühle erklärt, und das alles in eine Sprache übersetzt werden, die sie nur durch politische Lektüre erlernt hatte. Ab und zu entschlüpfte ihr ein Satz auf Deutsch, aber beharrlich suchte sie die nachfolgenden Worte in Spanisch.

Die offizielle Übersetzerin war deplaziert. Sie mußte unser Gespräch für den Beamten übersetzen, der Notizen machte, und konnte nicht zwischen uns agieren.

Wenn Blicke sprechen, dann haben wir doppelt gesprochen. Es gab nicht eine Minute dieser zweistündigen Begegnung, in der unsere Augen nicht ineinander waren, unser Fleisch durchdringend und unsere [illegible]. Wenn [illegible] dann haben wir [illegible]. Wir [illegible] einander [illegible] zu drehen und [illegible]. Einzigartige [illegible] Frauen, die 15.000 km voneinander entfernt gelebt haben, in derart gegensätzlichen Kulturen. Die Orte durchdringen sich. Sie und ich auf einem Holzstuhl in einem Gefängnis in Montevideo sitzend, den Besuch einer deutschen Kämpferin empfangend. Ich will dieses Gefühl ausdrücken. Ich sage ihr: »Wir haben viele Gemeinsamkeiten. Das gleiche Alter, wir wurden im gleichen Jahr inhaftiert, 1972. Aber sie erwidert nur sanft,: Ja, aber Du zum dritten Mal.« Ein weiteres Mal begreife ich, daß nicht ich es bin, die sie besucht. Sie weiß von mir so viel, wie ich von ihr, und in jedem Satz, den ich sage, füge ich mehr und mehr Elemente über mich und meine Genossinnen ein. Ich begreife immer klarer, daß sie meine Schwester ist, daß wir das ganze Leben zusammen waren, daß wir dieselben Wege des Schmerzes und des Wachsens gegangen sind, daß wir von denselben Stimmen bewohnt sind, die wir in den langen Nächten totaler Einsamkeit in uns ausgebrütet haben.

Da wir beide Veteraninnen dieses Lebens in den Gefängnissen sind, beantwortet Irmgard schnell alle meine Fragen über die Lebensbedingungen, denen sie ausgesetzt ist. Was mich am meisten sorgt, ist ihr Gesundheitszustand. Alle ihre körperlichen Ausdrucksformen geben die 21 Jahre des Eingeschlossenseins unter extremen Bedingungen der Grausamkeit wieder. Das dauernde Zittern ihres Körpers, ihre durch einen nicht identifizierten Virus geschädigte Haut, die Dünnheit ihrer Arme und ihres Halses, ihre Schwierigkeiten, den Blick auf Objekte in mehr als 2 m Entfernung zu richten. Ich dränge sie nicht. Sie muß ihre Gedanken koordinieren, wenn ich sie zur

Reflexion oder zur Erinnerung einlade. Eine vom Leben isolierte Frau, vom physischen Kontakt mit ihresgleichen, vom Echo der lebendigsten und gewöhnlichsten Klänge. Der Lärm der Straße, des kochenden Wassers oder weinender oder lachender Kinder. Begraben während mehr als zwei Jahrzehnten in sterilen Kammern, menschlichen Kühlkammern.

Wir rollen Erinnerungen von anderen Momenten des Kampfes auf. Deutschland am Anfang der 70er Jahre. Die Notwendigkeit eines Kampfes, der den Imperialismus in seinen sichtbarsten Ausdrucksformen direkt angreift. Seine Militärbasen, seine Waffentransporte, Truppentransporte. Das Motto war zwei, drei, vier Vietnams zu schaffen, den Imperialismus zu zwingen, so viele Kampffronten zu eröffnen, daß er nicht an allen Fronten präsent sein konnte. Sie zu zwingen, sich von ihrem Vernichtungskrieg gegen das vietnamesische Volk zurückzuziehen.

Irmgard analysiert, wie sich die Welt in den 90er Jahren verändert hat. Wie der deutschen Staat fortgesetzt faschistischer wird und begonnen hat, militärisch zu expandieren. Somalia ist nur ein Beispiel. All dies erfordert, so sagt sie, eine tiefgreifende Neubestimmung des Kampfes in jedem Land. Es sind verschiedene Etappen eines revolutionären Prozesses mit unverändertem Ziel, das eine radikale Veränderung des ganzen kapitalistischen Systems beeinhaltet.

Sie fragt mich, wie ich die Linke in Deutschland sehe, welche Veränderungen zu bemerken sind von meiner Reise im letzten Jahr bis jetzt. Und ich bemerke etwas von Anspannung und Besorgnis in ihrer Stimme. Sie verfolgt aufmerksam jedes Konzept, das ich ihr darlege. Es ist schwierig die Veränderungen des eigenen Landes von »Drinnen« zu leben, was fast das gleiche bedeutet wie von »außen«.

Ich erinnere mich an meine eigene Spannung, wenn ich im Gefängnis Besuch hatte und fragte, was sich in den Straßen abspielt, in den Fabriken, in der Opposition gegen die Diktatur. Was sie mir erzählten, setzte ich in Bilder voller Farben um, in den Lärm von Demonstrationen, in Schreie nach Freiheit. Ich sehe, daß bei meinen Äußerungen zu den Aktionen der antifaschistischen, antirassistischen und antiimperialistischen Gruppen in Deutschland dasselbe auch mit Irmgards Phantasien geschieht.

Alles in ihr ist Neugier, aber sie drückt sich auch mit totaler Klarheit aus, wenn sie mich beruhigt, daß mit ihr alles in Ordnung ist, daß das Gefängnis sie nicht von ihren Werten und ihrem Durchhaltevermögen gebracht hat. Ich würde nichts von meinem Leben ändern, sagt sie mir, vor allem meinetwegen. Ich muß mich mit mir selbst wohlfühlen. Und ich glaube ihr.

Diese Frau zittrig und vorzeitig gealtert, hat den Antrieb und die Kraft, die ihr die Übereinstimmung mit sich selbst gibt. Ich habe viele solche Frauen gesehen. Sie erfüllen alles, was sie berühren, mit Würde.

Zwischen Erinnerungen an Kämpfe in Deutschland und Uruguay, zwischen Reflexionen über neue Formen des Internationalismus drehen wir neue Zigaretten. Ich frage sie, ob sie damit einverstanden wäre, wenn wir in Uruguay eine Kampagne für ihre sofortige Freilassung starten würden. Warum nur für meine Freiheit fragt sie. Das einzige Besondere an mir ist, die Älteste bezüglich der Gefängnisjahre zu sein. Jetzt betrachtet Irmgard mein Gesicht, ihr eigenes in meinen Falten suchend. Wie ist es freigelassen zu werden, fragt sie ängstlich. Kostet es viel Zeit, die intellektuellen Fähigkeiten und die Fähigkeit zum Gefühl zurückzugewinnen? Wie überquert man eine verkehrsreiche Straße? Wie kann man in die Ferne blicken, ohne daß die Augen beneln? Es gibt etwas, das mich sehr besorgt macht, gesteht sie mir. Seit Jahren habe ich keine Träume mehr. Ich schlafe sofort wie ein Baumstamm, aber ich träume nicht. Sie ist erleichtert, als ich ihr erzähle, daß mir etwas vergleichbares passiert ist, und daß ich nach einigen Monaten in Freiheit die verlorenen Träume zurückgewinnen konnte. Von den schönsten bis zu den allerschrecklichsten. Aber ich fühle mich verpflichtet, ihr zu sagen, sie sollte die Freiheit nicht idealisieren. Und langsam, damit sie jedes meiner Worte versteht, erkläre ich ihr wie schwierig es ist, sich an das Leben zu gewöhnen, alles neu zu lernen. Vom Zünden der Lichter, wenn es Nacht wird, der Gewöhnung an tiefgreifende Veränderungen unserer geliebten Mitgeschöpfe und unserer eigenen Genossen und Genossinnen. Die anfängliche Hast, alles zu sagen, was man jahrelang nicht gesagt hat und alle Lücken zu schließen, die sich in jenen Jahren geöffnet haben. Und dann die so häufige Depression bis man das Gleichgewicht wieder erlangt hat.

Ich frage sie, ob die Sonne sie nicht stört, wenn sie auf den Hof hinausgeht. Sie sagt ja, aber sie bedeckt die Augen mit ihrem Pony. Und sie lacht, wie über einen Streich. Es ist merkwürdig, so viele Jahre mit dem Wunsch zu leben, die Sonne zu sehen, und wenn sie dann endlich erreicht hat, daß man sie unter Bewachung hineingehen läßt, den Blick verbergen zu müssen, weil die Pupille diesen Glanz nicht ertragen kann. Dies ist für mich ein Symbol dessen, was die Gefangenschaft ausmacht. Wir graben immer tiefer in unserem Gespräch. Die Übersetzerin wird immer schweigsamer, mit etwas von Beschämtheit darüber, derart intime Botschaften zu übersetzen. Es erschreckt mich immer mehr sie verlassen zu müssen. Ich will sie nicht verlassen. Ich wünschte, die Zeit bliebe stehen, wir blieben so zusammen, bis die Mauern endgültig verschwunden sind.

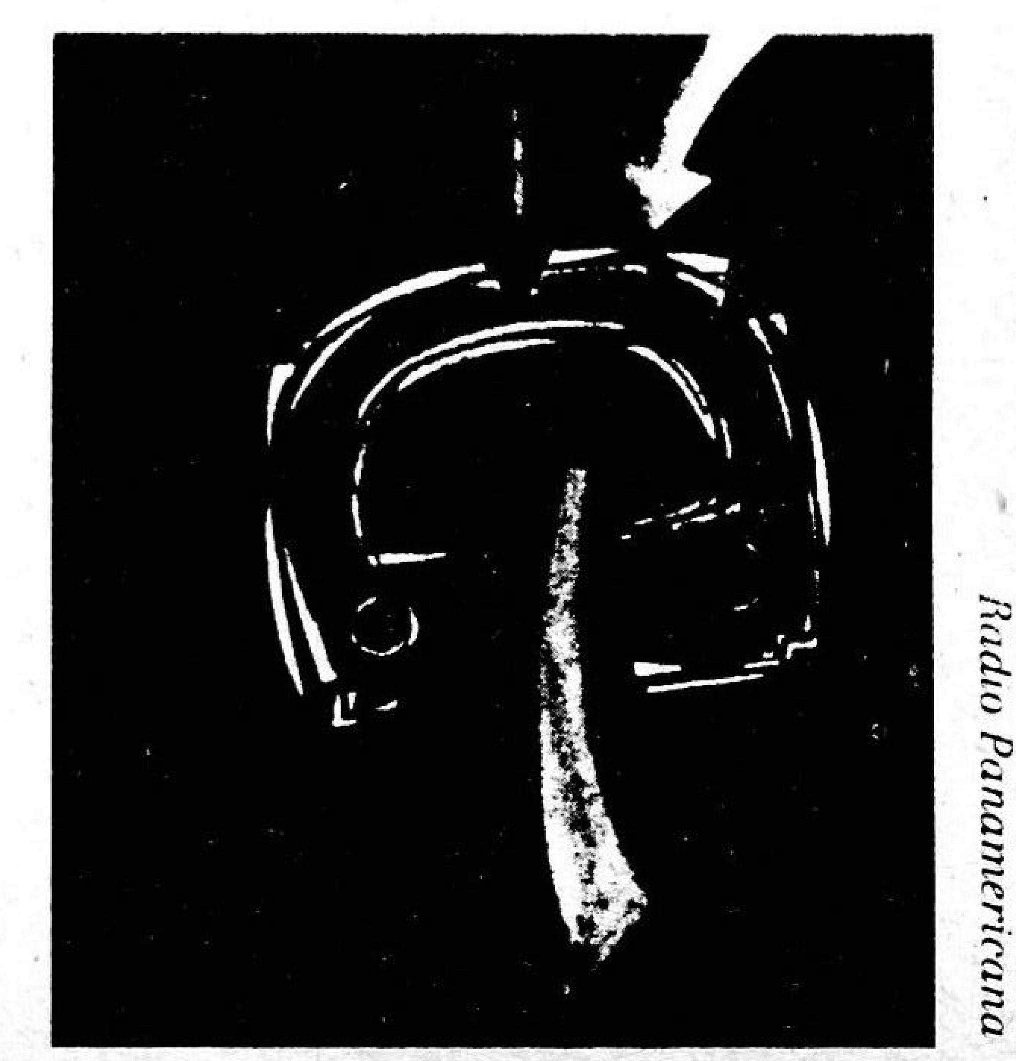
Aber die Tür öffnet sich. Der Besuch ist zu Ende.

Ich frage sie, was ich den Leuten in Uruguay übermitteln soll. Sie denkt lange nach und antwortet, daß wir möglichst bald gemeinsam kämpfen können. Erneut eine Umarmung. Die Stirnen reiben aneinander, in einer Form des Miteinander eins werdend, die Hände widerstreben sich zu trennen. Sie streichelt mein Haar und ich streiche über ihren Pony. Wenn Du freikommst, flüstere ich ihr zu, werde ich Dir den Pony schneiden. Die Sonne wird Dich dann nicht stören. Du wirst sie geradeheraus ansehen können. Sie lacht, lächelt und sagt mir einfach »Chau«.

Ich gehe im Wissen, daß ich bei ihr bleibe und weiß, daß sie es weiß.

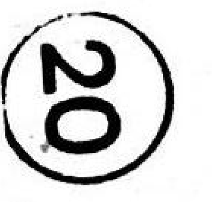
Wenn Sie diesen Beitrag gehört haben und Sie sich uns, dem Team von »Vamos Mujer« anschließen möchten, und die sofortige Freilassung von Irmgard Möller ohne jegliche Bedingungen fordern, nehmen Sie Kontakt mit dem Radio auf. Dort können Sie ihre Unterschrift abgeben als einen Beitrag zur Hoffnung, als einen Schrei gegen alle Gitter, die die Menschheit trennen. Irmgard wird lächeln und ihr Pony wird noch etwas kürzer werden.

Bis zum nächsten Sonntag Freundinnen und Freunde.



Radio Panamericana

Anmerkung zur Anmerkung



Als Leute, die wir seit Jahren in Mitte und Prenzlauerberg leben, waren wir doch über einige Gedanken der Anmerkung erstaunt.

1. Nicht ganz nachvollziehen konnten wir den Vergleich zu Fremdenfeindlichkeit, deren tiefstes Ziel es wäre, andere nicht an den eigenen Privelegien partizipieren zu lassen.

2. Was soll deine/eure Trennung von Mitte und Prenzlauerberg. In unseren Augen sind das unterschiedliche Entwicklungsstufen ein und desselben Prozesses.

3. Die Unterstellung, in der Kneipen und Kulturszene die ausschließlichen Mechanismen der Umstrukturierung anzusehen, wollen wir so nicht stehen lassen. Wir haben den Text eher als einen Anschub verstanden, uns neben den Interessen und Machenschaften der Spekulanten, Baumafia und Berliner Eliten auch mit den Formen und Folgen der Subszenen in unseren Stadtbezirken zu beschäftigen, und halten sie für einen nicht unwesentlichen Teil und Ausdruck der Veränderung unserer Kieze.

zu 1.) Der Blick auf den Prenzlauerberg als einen *schönen* Stadtbezirk, in dem immerhin noch ***billige Wohnungen*** zu haben sind und in dem es wesentlich leichter scheint auf ***gewachsene soziale Strukturen*** zurückzugreifen, ist ein recht einseitiger und verklärender Blick.

Wenn "schön" meinen soll, daß Prenzlauerberg das größte zusammenhängende Gründerzeitquartier ist, dann bedeutet dies aber neben ästhetischen Gesichtspunkten auch - und das ist eine Folge der DDR-Wohnungsbaupolitik - das es ein Stadtbezirk ist, dessen Wohnungen zu großem Teil in miserablen Zustand sind. Die überwiegend 1 2 Raumwohnungen(70%) haben Öfen, die oft nicht richtig funktionieren und in der Regel nur kaltes Wasser. In den angesagten Teilen des Prenzlauerbergs (Kolle, Helmi, Rykestraße) ist der Anteil der Außentoiletten bei etwa 40%. 40 000 der 91 000 Wohnungen des Stadtbezirks befinden sich am Rande des physischen Verschleißes und sind Instandsetzungsbedürftig. Neben diesen äußeren Zuständen erscheint es uns noch wichtig festzuhalten, daß Prenzlauerberg der bevölkerungsreichste Bezirk Ostberlins ist. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen liegt bei 1582 DM und damit sogar deutlich unter Ostberliner Schnitt. Ein Drittel liegt bei weniger als 1000 DM. Das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen liegt deutlich unter der Hälfte des Westberliner Schnitts. Laut Bürgermeister Dennert leben 25% aller Sozialhilfeempfänger Berlins im Prenzlauerberg. Die Kaufkraft im Stadtbezirk ist in den letzten 4 Jahren um 60% gesunken. Für einen nicht geringen Teil der hiesigen Bevölkerung ist das Leben hier zum Existenzkampf geworden.

Wenn es ein ***Priveleg*** sein sollte, durch die räumliche Nähe auf weniger hergestellter Weise die Probleme der Unterklassen kennenzulernen und die Möglichkeit zu besitzen, mit ihnen gemeinsam in der Auseinandersetzung zu stehen, dann denken wir ist dies kein Priveleg, was im gemeinten Sinne teilbar ist, oder von dem es sich zu lösen gilt. Vielmehr wichtig scheint es, zu verdeutlichen, der allergrößte Teil der Kneipenszene will an der Möglichkeit sozialer Organisierung sowieso nicht teilnehmen, sondern ist in seiner ganzen Form (Festivalisierung des Straßenraumes, Folklorisierung der Verhältnisse hier, hemmungsloses Konsumverhalten, Sog und Nachzugwirkung) Teil eines gegenteiligen Prozesses, Teil der Veränderung und Neuaufteilung unserer Wohngebiete. Um es ganz klar zu sagen, wenn es Kritik an der Kneipenszene gibt, ist das weniger ein "Nichtgönnen" für einige Teile darin, als eine Ablehnung der Szenerie selbst - es ist nämlich nicht unsere

zu 2.) Was unser Verständnis von der Kneipen Kulturszene angeht, so sind es recht ähnliche Ursachen Bedingungen und Formen die solche angesagten Orte wie Oranienburge Straße oder Wasserturmplatz ausmachen. Einziger Unterschied ist die bisher skrupellosere Durchsetzungskraft der Szene in Mitte.
Die Art der Kneipen, die Preise und das Publikum sind kaum zu unterscheiden. Begünstigt durch die Verkehrsanbindungen (U 6/U 8 bzw. verlängerte U 2) werden allabendlich unzählige junge, unternehmungslustige Westberliner (ob die linksalternativ sind wissen wir nicht, da wir auch nicht wissen was das eigentlich sein soll) in die innerstädtischen Amüsierviertel verbracht.
Die Kneipen selbst leben von ihren alternativen Formen (viel Holz, viel Offen, nette Musik...) und den Mythen der jeweiligen Stadtteile, deren reale Verhältnisse dabei hinter den Kulissen der Selbstdarstellung verschwinden und von den Nutzern gar nicht wahrgenommen werden. Für uns wäre es ein Ansatz, genau an dieser Stelle genauer über unsere Lebensentwürfe und Bilder zu reflektieren - ist es doch nicht zuletzt auch die Enteignung unserer Kultur.

Die Oranienburger Staße und ihre Umgebung schien 1990 mit noch gravierenderem Leerstand, nicht so ausgeprägten Bewohnerstrukturen und etwa 30, vor allem von Westberlinern besetzten Häusern die besseren Bedingungen für die Etablierung einer Kneipenszene zu bieten. Der Betreiber der "Assel", eine der ersten Kneipen in der Gegend erzählte in einem 92 Interview, daß er eigentlich viel lieber in den Prenzlauerberg gegangen wäre, aber damals nicht so recht einschätzen konnte, wie die Szene dort reagieren würde. Solche Befürchtungen hat heutzutage niemand mehr. Die noch bessere Erreichbarkeit für die Nutzer, die schnelle Kommerzialisierung des Tacheles als ein weithin bekanntes Symbol für schräge Kunst, Abenteuer und Underground mögen den Ausschlag für die flottere Entwicklung der Kneipenlandschaft in Mitte gegeben haben. Vieleicht war es auch einfacher, die ausgestorbenen Mythen wie die der Kulturszene, der Verruchtheit und des ostjüdischen Städtele umzudeuten, als einen möglicherweise realexistierenden Widerstandes seines Rufes zu enteignen.

zu3.) Ganz klar ist uns, die Subszene ist nicht der einzige Motor für die Veränderungen unsere Stadtteile, sondern ist Teil von gewaltigeren Zyklen der Neuaufteilung der Stadt. Von daher fanden wir den Ansatz, die Kneipen und Kulturszene mit der Hauptstadt

oder der Metropolenwerdung zu verbinden generell richtig. Die scharfe Unterscheidung von Mitte und Prenzlauerberg in diesem Zusammenhang können wir nicht treffen.

Richtig ist, wenn es nach den Interessen der lokalen Eliten und einiger internationaler Konzernchefs, Stararchitekten und Immobilienhändler geht, werden wir die Stadt in einigen Jahren nicht wiedererkennen. Mit kaum vorstallbaren Investitionssummen sollen sage und schreibe 12-13 Mio qm Büroflächen aus dem Boden gestampft werden. Folge wäre ganz klar eine völlig veränderte Nutzer- und Funktionsstruktur der Stadt.

Der Großteil der Bauvorhaben konzentriert sich in der Innenstadt. Dort werden auch die Zentren der nach Berlin kommenden international aktiven Businesselite sein. Wenn die alle - oder auch ein paar weniger - kommen, dann wollen die hier nicht nur arbeiten. Sie wollen hier leben, sich erholen, was erleben können. Unter dem Paradigma von Flexibilität/Mobilität werden es sich die Angestellten der Dienstleistungs- und Verwaltungszentren nicht leisten können, lange Wege in Kauf zu nehmen. Ihre Wohn- und Amüsierviertel werden sich also in den Innenstadtnahen Bezirken ansiedeln. Mithin werden unsere Wohngebiete also mit voller Kraft von den Zubereitungsstrategien der Herrschenden getroffen. Das neue Berlin braucht neue Leute und neue Leute wollen ein neues Berlin. In der Innenstadt und den angrenzenden Bezirken wird schon mal damit angefangen. Noch sind die endgültigen Nutzer nicht in der Stadt, aber ihre Quartiere werden in Mitte, Kreuzberg und Prenzelberg schon kräftig vorbereitet. Steigende Mieten, Umwidmungen und Abgeschloßenhheitsanträge sind ebenso zum Alltag geworden wie unzählige Baugruben und aufgerissene Straßen. Von neuen, teuren Läden ganz zu schweigen. Doch zurück zu unseren neuen Nutzern. Gelebt werden wird entweder in luxeriösen Neubauten, oder aber in schick renovierten Altbauten, in denen möglichst noch der Hauch von Abenteuer und Veruchtheit zu spüren ist, es jedoch an Ausstattung und Bequemlichkeit nicht fehlen darf. So wird der eigene Aufstieg nicht nur mit einer räumlichen Veränderung des Lebensmittelpunktes manifestiert, sondern bekommt die dynamik eines Prozesses, dessen Teil man gleichsam zu sein scheint. Die Verschönerung der neuen Wohngegend wird so zum Stigma des eigenen Emporkommens. Die Gründerzeitquartiere in Mitte und Prenzlauerberg bieten sich für solche Umbauten geradezu an. Die Innen relativ flexibel gestaltbaren Altbauten lassen sich komplikationslos in ansehnliche große Wohnungen verwandeln. Was stört sind eigentlich nur noch die jetzigen Bewohner.

Da aber nicht nur gewohnt werden will, braucht es noch ein Angebot jenseits von Arbeit und Privatheit. International bekanntes Kulturangebot, weltstädtisches Flair - das ist es, was die finanzkräftigen Bewohner und Unternehmen nach Berlin locken soll. In Studien über den Stand Berlins in der Städtekonkurrenz sind dies auch genau die Pluspunkte, mit denen die Berliner Eliten das Image der Stadt aufzupolieren versuchen. Die Subkultur und die Kneipenszene hat bereits einen festen Platz in diesem Programm. Das Tacheles ist schon lange ein international bekannter Ort von schriller Kunst, die Volksbühne glänzt durch ihre skandalösen und provokativen Aufführungen, der Prenzlauerberg mit seinen Kneipen ist längst eine Touristenattraktion ..

Abgesehen von dieser infrastrukturellen Funktion für die neuen Eliten und ihre Konsuminteressen greifen die Kneipen höchstselbst in das Vertreibungsgeschehen ein. Mit höheren Gewerbemieten nehmen sie die Plätze von Friseuren, Lebensmittelläden oder Postämtern ein. Die Galerien der Auguststraße - im Senats und IHK gesponserten "37 Räume" Spektakel bekannt geworden - waren so etwas wie ein Vorreiter in Sachen Umwidmung von Wohn- in Gewerberäume.

Das Geschäft mit der Szene scheint sich zu lohnen. Mit Preisen weit über denen der meisten alten Kneipen und oft unterbezahlten und nicht gesicherten Arbeitsverhältnissen bringen es die Kneipen zu genügend Geld, um in neue Projekte zu reinvestieren. Wo sich die Szene erst einmal festgesetzt hat, tut der Markt sein Übriges. Die Expansion der Lokalitäten und angesagten Orten ist Ausdruck der veränderten Nutzungsstruktur unserer Stadtteile. Statt Alltagswaren gibt es jetzt teures Bier oder Klamotten die kaum jemand der noch Hiergebliebenen bezahlen kann. Die Bewohner werden von ihren Wohngebieten enteignet.

Viele der Kneipennutzer fühlen sich in der folklorisierten Darstellung der Umgebung so wohl, daß sie selbst Teil davon werden wollen. Immer mehr junge Leute finden es *in*, sich für 1300 DM oder mehr am Kolle oder in der Nähe 11/2 Zimmer zu mieten. Viele ***nette*** WG's nehmen Angebote der Wohnungsbaugesellschaften für Wohnungen an, die mit Eigenbeteiligung von 20 000 DM bis 100 000 DM auszubauen sind. Das sind Summen, die sich kaum ein Ostberliner leisten kann. Einkommen, Bafög und Sozialkohle sind in der Regel geringer und auf Gespartes kann kaum zurückgegriffen werden. Untersuchungen ergaben ein durchschnittlich mindestens 10 Mal höheres Sparvolumen bei Westhaushalten.

Die Kneipen und ihre Besucher signalisieren deutlich: Hier wollen sich jetzt andere Leute wohlfühlen, das ist nicht mehr eure Stadt. Bezeichnender Weise sind es gerade die angesagten Straßenzüge, in denen die Leute mit dem wenigsten Geld in der Tasche und also den geringsten Bleibeaussichten leben.

Das in kolonisierender Art die alten Funktionen der Ladenräume (Lebensmittel, Konsum, Obst und Gemüse, Friseur ...) oder Anspielungen auf die zerschlagene und enteignete Geschichte der DDR (Kommandantur, Apparat, VEB Ostzone, ...) als willkommene und witzige Namen und Imageträger herhalten, verdeutlicht den entfremdenden Charakter der Szene.

Wenn wir uns gegen eure Ausbreitung in unseren Vierteln wenden, ist es nicht unsere Verbohrtheit, ein reinen Osten oder soetwas behalten zu wollen, sondern die Angst Westen zu werden. Ihr kommt nämlich genau in die Teile unserer Stadt, die euch schon am ähnlichsten sind. Und auf den Westen - das werdet ihr aus euren eigenen Auseinandersetzungen nachvollziehen können - haben wir keine Lust. Abgesehen davon nehmen uns die Veränderungen im Stadtteil zugleich die Basis unserer politischen Arbeit, da wir uns immer bemüht haben, die Verhältnisse hier vor Ort als Ausgangspunkt und Bezugsrahmen zu verstehen.

Also: GEMEINSAM KÄMPFEN - JEDER AN SEINEM ...

Autonome Gruppe City-OST



ABENTEUER statt FRUST!

Dem Abenteuerspielplatz Friedrichshain droht die Schließung! Die Firma Comercial, Bleibtreustr. 24, beabsichtigt auf dem Gelände Kreutzigerstr. / Ecke Boxhagener Str. einen Gebäudekomplex mit Wohnungen und lukrativer Ladenzeile zu bauen. Der Abenteuerspielplatz entstand vor mehr als drei Jahren als Projekt der BewohnerInnen der besetzten Häuser in der Kreutzigerstr. Nach und nach haben sich auch andere AnwohnerInnen für den Spielplatz engagiert. Der Platz bietet einen Freiraum für kreatives Spielen, und ist die einzige Alternative zu den üblichen Rutsche-Sandkasten-Gerüst-Spielplätzen in der näheren Umgebung.

Schon seit langem ist das Gelände für die Baufirma Objekt ihrer Begierde. Nun droht es ernst zu werden. Vom Bezirksamt ist keine Hilfe mehr zu erwarten. Daß sich die Comercial mit einem Ersatzgelände begnügt, erscheint immer unwahrscheinlicher. Noch ist die Baugenehmigung nicht erteilt, doch das kann jederzeit geschehen. Dann rechnen wir täglich mit der Räumung. Das werden wir nicht widerstandslos hinnehmen! Wir rechnen mit Eurer Unterstützung. Wenn was passiert bekommt Ihr umgehend Bescheid.

Kein KOMMERZial in Friedlhain!!!!
PLATZ DA, FÜR DIE KINDER!

V.i.S.d.P. Rodolphe Kreutzer, Allee der Kosmonauten 11, Berlin

Montag, August 8, 1994 1:15 pm KPD-RZ

GEGENDARSTELLUNG

In der "Interim" Nr.295 vom 28.07.1994 wurde auf Seite 30 eine "Presseerklaerung der KPD/RZ zu den gewalttaetigen Ausschreitungen waehrend der Demonstration am 16.7.94 in Goettingen" abgedruckt.
Die Kreuzberger Patriotischen Demokraten/Realistisches Zentrum (KPD/RZ) stellen dazu fest:

1. Diese "Presseerklaerung" wurde nicht von der KPD/RZ verfasst.
2. Die in der "Presseerklaerung" genannten Massnahmen bzw. Beschluesse der KPD/RZ hat es nicht gegeben. Insbesondere gab es keine "Entscheidung" der Parteifuehrung zu den Massnahmen der Goettinger Sicherheitsbehoerden.
3. Die KPD/RZ hat keine Beobachter oder Beobachterinnen zu der erwaehnten Demonstration in Goettingen entsandt.
4. Die aus Veroeffentlichungen der KPD/RZ zitierten Passagen wurden ohne Wissen und ohne Zustimmung der KPD/RZ in die "Presseerklaerung" aufgenommen.
5. Es entspricht nicht dem Selbstverstaendnis der KPD/RZ, an Demonstrationen extremistischer Kreise teilzunehmen oder diese zu begleiten und zu kommentieren, es sei denn, es handelt sich um Veranstaltungen mit lokalem Bezug.
6. Die KPD/RZ hat ungeachtet der Tatsache, dass auch ausserhalb Berlins KPD/RZ-Landesverbaende bzw. Unterstuetzungskreise bestehen, nicht die Absicht, von Berlin aus Kommentare zur politischen Situation in anderen Staedten abzugeben.
7. Die Person Hulle Hartwig, falls sie existiert, steht in keiner Verbindung zur KPD/RZ.
8. Die KPD/RZ vermutet hinter der fingierten "Presseerklaerung" einen Akt der Desinformation, mit dem aufrichtige und demokratische Buerger und Buergerinnen Kreuzbergs verunsichert werden sollen. Es ist bekannt, dass gewisse Kreise, die auf dem mittleren Auge blind sind, seit Jahren mit extremistischen Rattenfaengerparolen die politische Mitte destabilisieren wollen. Daher ist es auch kaum verwunderlich, dass die "Presseerklaerung" auch nirgends anders als in der bekanntermassen extremistischen "Interim" zu finden ist.

Fuer den Vorstand der KPD/RZ

H.J. Grimm (Vorsitzender)

ANTIFA GÖRLITZ

Am Rande des Wahnsinns

Konzert und Straßenfest gegen den rassistischen Normalzustand!

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

27.8. 1994

Görlitz, Parkeisenbahn

Ab 14 Uhr. Es spielen:

- ★ **Slapshot (Boston)**
- ★ **B 1000 (Görlitz)**
- ★ **+ special guest**

Parkfest • Trödelmarkt • Kinderfest

DER LACK IST AB –

DIE LUFT IST RAUS !

Mehrere Firmenfahrzeuge der Firma ELTEC-Elektroanlagen (weiße geschlossene Kleinbusse mit großem grünen ELTEC-Schriftzug) machen seit dem 30.7.94 einen wenig fahrtauglichen und vertrauenerweckenden Eindruck:
schlappe Reifen und eine aufgelöste Lackhaut !

Warum ELTEC ?

ELTEC – einer der vielen Profiteure am Umbau Berlins für Bonzen, Bullen und Beamte.

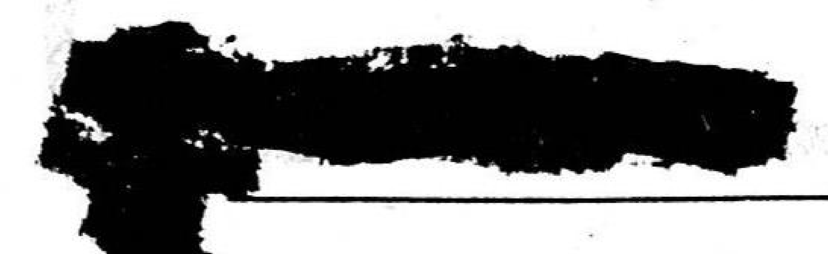
ELTEC – eine der führenden Firmen für Elektroinstallationen und weltweit tätig: Bauprojekte u.a. in Warschau, Prag, Sierra Leone, Saudi Arabien; hier in Berlin z.B. beteiligt am Trigon (Ex-Klingbeil) - Bauprojekt "Schlesischer Busch", zusammen mit Universale Bau für die FUNDUS-Gruppe Generalunternehmer des Mega-Dienstleistungszentrums "Die Pyramide" in der Landsberger Allee.

Wer steckt hinter ELTEC ?

Eltec – sitzt am Einsteinufer 63-65 und in der Lehrter Str. 16-19. Einsteinufer 63-65 ist der Geschäftssitz des fetten Spekulanten Helmut Penz und des Großteils seiner rund 50 Abzock- und Briefkastenfirmen: Ob Hotels in die Kieze gepflanzt werden, Heime für Obdachlose und Flüchtlinge gebaut und verwaltet, Baustellen und Heime bewacht werden u.v.m. – Überall hängt Penz mit seinen Drecksfingern drin. Seit 5 Jahren rafft er zusammen, was er kriegen kann, zuletzt mehrere Produktionsbetriebe in der annektierten DDR. All diese Machenschaften haben schon andere gründlich ans Licht gezerrt.

Gründe genug, ihm endlich seine Drecksgeschäfte mit Armut und Vertreibung zu versauen !

Kampf dem Spekulanten, Profiteur an Flüchtlingen und ELTEC-Chef Helmut Penz !



Murphy's Exekutivkomitee



Sonnabend, 30. Juli 1994, 15.30 Uhr
Berlin-Friedrichshain, Liebigstr. 34

"Stop der Geschichtsverdrehung - 20. Juli - Stauffenberg war ein Faschist!"

Der Inhalt dieses Transparentes, das am 1. Stockwerk der Liebigstr. 34 baumelte, war der geballten Staatsmacht in Form eines VW-Busses der Berliner Polizei offensichtlich ein Dorn im Auge.
Sie versuchte zuerst, die BewohnerInnen zum Abhängen dieses Transparentes zu bewegen. Nachdem dies nicht von Erfolg gekrönt war, holten sie weitere 20 echte Berliner Polizisten aus zwei Wannen (nicht Badewannen, sondern GruKfz) zwecks Verstärkung gegen die anstürmenden Massen von Schaulustigen. In wenig fairer Weise mußten zwei ausgeloste Beamte im Schweiße ihres Angesichts und der 35 Grad Celsius auf die oben erwähnten Wannen steigen, die bereits heldenmütig auf den Gehsteig direkt an das Haus gefahren waren. Sie schnitten nun mit einer Schere die Befestigungsschnüre ab und falteten ihre Beute sorgfältig ein. Auf Nachfrage begründeten sie ihre nachmittägliche schweißtreibende Tätigkeit mit einem Paragraphen des Strafgesetzbuches (die Nummer ist den Schreiberinnen leider entfallen), in dem verstorbene Personen vor der Verunglimpfung ihres Andenkens geschützt werden. Waren langjährige führende und überzeugte Mitglieder der NSDAP keine Faschisten? Waren Stauffenberg und viele der Putschisten des 20. Juli etwa Demokraten, die die "Judenfrage" dadurch lösen wollten, indem sie alle jüdischen Menschen Europas nach Australien deportieren wollten?
Wir fordern die sofortige Wiederherausgabe der geschichtlichen Wahrheit.

BewohnerInnen der Liebigstraße

wir trauern um
unseren liebhaber, freund und genossen

MARCUS KASPAR

Auf den Flügeln der Vögel
sitzt du
und fliegst neben mir her
lachst mich aus
daß ich denken könnte
du ließest mich jemals allein
ich höre das schlagen der Flügel
dein Lachen
und kann es nicht festhalten
du bist schon vorbeigeflogen
Aber da
du kehrst um
und ich nehme auf dem anderen Flügel Platz
und gemeinsam fliegen wir in die Welt
und lachen dem Schmerz ins Gesicht

- moni -



Rompo este nuevo y nace la mujer
y nace el nombre
y juntos vivirán y morirán
pero nacerán nuevamente
Nacerán y volverán a morir
y otra vez nacerán
y nunca dejarán de nacer,
porque la muerte es mentira

- eduardo galeano -

wir laden euch ein zu
einer gedenkfeier am
samstag, den 13. aug.
um 18 uhr in der
kreutzigerstr. 18 im
ehemaligen infoladen
"anlauf"

moni, ex-infoladenkollektiv "anlauf", videokino "anschlag" und die leute aus der kreutziger straße, die ihn gern haben

Einladung zum 2. bundesweiten Kongress-Vorbereitungstreffen

= Autonomie-Kongress der undogmatischen linksradikalen Bewegungen =

vom 26. August (Fr.) bis 28. August (So.) in Kassel



Die Einladung der GastgeberInnen aus Kassel:

Wir laden alle ein, schon am Freitag (26.8.) im Autonomen Zentrum an der Vokü teilzunehmen. Ab 20.00 Uhr gibt es was zum Essen, aber auch die vorläufige Schlafplatzvergabe. Das AZ befindet sich in der Sickingenstr. 10, in der Nähe des Hauptbahnhof's von Kassel (das ist nicht der ICE - Bahnhof "Kassel Wilhelshöhe"!).

Telephon: 0561/18529

FAX: 0561/713458

Samstag, 27.8.

Frühstück gibt es in den einzelnen WG's oder Pennplätzen. Wir haben einfach mal die Tagungsräume von 10.00 - 19.00 Uhr belegt. Dort steht tagsüber dannwas zum Essen bereit. Abends ab 20.00 gibt es dann wieder Vokü und später eine nette Disko.

Sonntag, 28.8.

Die Räume haben wir von 10.00 bis 18.00 Uhr belegt. Warmes Essen gibt es keins mehr, aber Brote etc.

Wichtig:

Da Kassel etwas kleiner als Berlin ist, hat es auch eine etwas kleinere Szene. Deshalb teilt uns bitte rechtzeitig mit, wieviele Pennplätze ihr benötigt. Neben den Pennplätzen benötigt ihr noch Schlafsack, Isomatte, Zahnbürste, etc. Bitte bringt ein paar Mark mit, weil die Räume und das Essen bezahlt werden müssen.

Wegbeschreibung:

Vom HBF geht's schräg links runter, die W. Hilpert Str., bis zur großen Kreuzung (ca. 325 m). Dann links (Straßenbahnschienen) und nach ca. 100 Metern geht es rechts in die Sickingenstr. rein. Das große "Spielhalle"-Schild zeigt euch, wo das AZ ist. Die AutofahrerInnen müssen irgendwie zum HBF kommen und dann den selben Weg.

Auch wichtig:

Seit ein paar Tagen gibt es eine Broschüre für 4.-DM zu kaufen, in der alle bisherigen inhaltlichen Diskussionen zum Kongress dokumentiert sind. Sie ist in Berlin im einschlägig bekannten Buchhandel erhältlich; sie kann jederzeit einzeln und in Mengen von WiederverkäuferInnen (mit 30% Rabatt) bei der Kongress Ini. c/o Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin bestellt werden. Bei Einzelbestellungen bitte 4.-DM in Briefmarken beilegen.

Berlin, den 8.8.94



Pressemitteilung

Polizeiübergriff und Mißhandlung im Flüchtlingslager

In der Nacht vom 31. Juli auf 1. August 1994 fand gegen Mitternacht im Flüchtlingslager Brand (Kreis Dahme-Spreewald, Brandenburg) ein Großeinsatz der Polizei statt. Die Polizisten drangen ohne Ankündigung gewaltsam in die Unterkünfte der Flüchtlinge ein. Dabei setzten sie in den Räumen, in denen zum Teil auch Kinder schliefen, [illegible] Tränengas ein. Eine Frau, die gegen den Überfall protestierte, wurde so heftig geschlagen, daß sie längere Zeit bewußtlos war und ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Da weder Heimleitung, Polizei noch Wachschutz einen Krankenwagen riefen, mußte ihr Mann die Frau selbst ins Krankenhaus bringen. Einige Flüchtlinge wurden zudem mit gezogener Schußwaffe bedroht. Den Flüchtlingen wurde jegliche Begründung für den brutalen Einsatz vorenthalten.

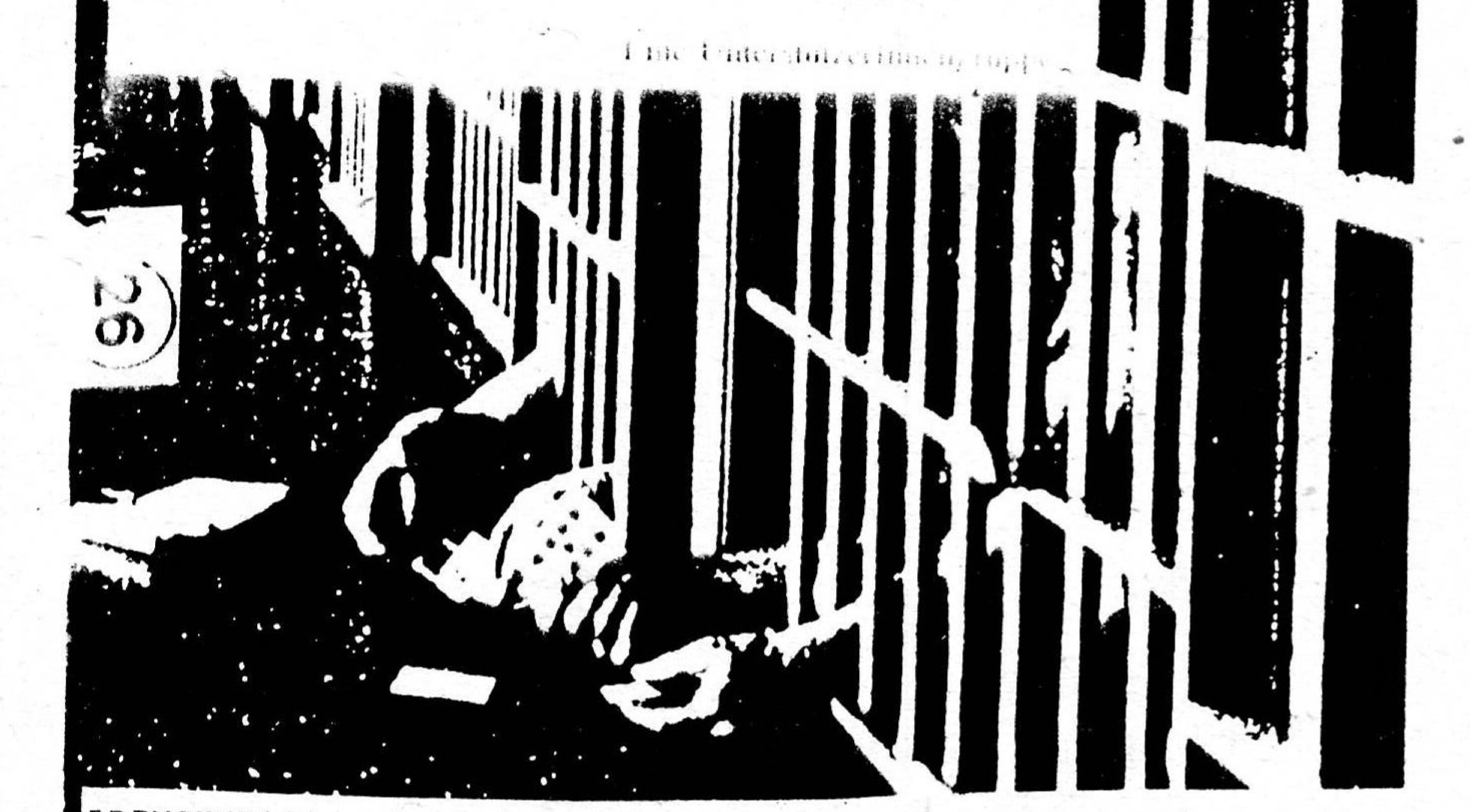
Die Flüchtlinge in Brand zeigten massives Interesse, die wiederholten Übergriffe und Mißhandlungen durch die Polizei öffentlich zu machen. Ein Flüchtling hat bereits Anzeige erstattet. Außerdem klagen die Flüchtlinge die [illegible] Mißstände im Lager an, die [illegible] zuletzt auf Grund seiner totalen Isolation willkürliche Repressionsmaßnahmen gegen die Flüchtlinge unbemerkt von der Öffentlichkeit [illegible].

Lagerleiter Heinrich vom ASB, der gemeinsam mit Bullen und Wachschutz (Berlin [illegible] Zweigstelle Cottbus) seit Öffnung des Lagers die Flüchtlinge terrorisiert, kommentierte den Übergriff mit der Drohung, alle Flüchtlinge würden demnächst auf einmal in einen Bus gepackt und abgeschoben. Das Lager wird mittlerweile nicht [illegible] nur von der Berlin Security bewacht, sondern auch nahezu permanent von den Bullen. Das ist eine [illegible] Einschüchterungsmaßnahme und macht das Lager noch mehr zu dem Knast, der es auch in den Augen der Flüchtlinge ohne Bullenpräsenz schon ist.

Bekämpft das Lagersystem und die Wohlfahrtsverbände [illegible]

Tod dem Staatsterrorismus !!!

Eine Unterstützer[illegible]gruppe



DRINGEND!!! - 7.10.93 - Räumung der Wa[illegible]
Zwischen 10 und 11 Uhr Waldemarstraße E[illegible]
mehrere Festnahmen, darunter [illegible]
leichtgelocktes hellbraunes Haar, schwarze H[illegible]
danach Bullenprügeleien. Wer hat etwas gesehen [illegible]
beim Ermittlungsausschuß melden [illegible]

Der Staat räumt auf

Vor zwei Jahren, am 31.10.92, wurden in Zittau v[illegible] einer Disco zwei Hausbesetzer tätlich von einem Mob Fasch[illegible] angegriffen, woraufhin sich einer der beiden in ärztliche Be[illegible]lung begeben mußte. Da dies schon alltägliche Zustände waren, wurde es Zeit zu einer entschlossenen Gegenwehr. Eine Grup[illegible] von Antifas überfiel noch am selben Abend das Haus des "Nat[illegible]alen Jugendblock e.V.". (Von dort gingen die meisten faschis[illegible]schen Übergriffe gegen AsylantInnen und die besetzten Häu[illegible] aus, welche kaum strafrechtliche Folgen hatte[illegible].) Aufgrund der Verteidigung der Faschos konnte zwar das Haus ni[illegible]t erstürmt werden, jedoch gingen Fenster und einige Naz[illegible]autos zu Bruch. Die eintreffenden Cops sahen aus sicherer Distanz [illegible]em bunten Treiben zu.

Nachdem die Prozesse zur Räumung der besetzten Häuser in Zittau vorbei sind, geht's jetzt kräftig weiter: im Juli wurden 7 Antifas des schweren Landesfriedensbruchs, Körperverletzung und Sachbeschädigung angeklagt. Das Resultat waren Geldstrafen bis zu 1000 DM sowie für einen der Angeklagten 1 Jahr Bewährung. Zwei Antifas, die nicht zum Gerichtstermin erschienen haben ihren Prozeß noch zu erwarten.

Für die Verurteilten wird in nächster Zeit in Berlin eine Prozeßkostenparty steigen. (Zeit und Ort wird noch nachgereicht.)

Keine Kriminalisierung der antifaschistischen Arbeit!

Die Schollheimer

Ablauf der Ereignisse im / um den Untersuchungs- und Abschiebeknast "Elwe" in Kassel

Kassel, 29 7 94

Sonntag morgen versucht ein deutscher Häftling mit einer Bombenattrappe die Schließer der JVA/Elwe zu überrumpeln und so in Freiheit zu gelangen. Die Schließer haben jedoch keine Probleme, ihn zu überwältigen und bringen ihn in eine Sonderzelle. Im Durcheinander und der Anspanung nutzen Abschiebehäftlinge die Gunst der Stunde, überwältigen einen Schließer und nehmen ihn als Geisel. Von den ca. 40 Häftlingen, welche sich an der Revolte beteiligen, sind die meisten Abschiebehäftlinge (die Mehrheit Algerier). Sie sitzen seit bis zu 15 Monaten in Haft, für "Vergehen", die keineN DeutscheN in den Knast brachten. Teilweise ist ihr Haftgrund, keine gültigen Papiere zu besitzen oder schlicht, in die BRD geflohen zu sein. Es ist davon auszugehen, daß der Knast stark überbelegt war und die Haftbedingungen durch Personalmangel noch verschärft wurden. Die Revolte war nicht geplant, dementsprechend diffus waren die Forderungen der gefangenen Geislnehmer. Nach der ersten Verhandlungen mit den Bullen war jedoch klar, daß sie einen Bus und freies Geleit bis nach Frankreich forderten.

Nachdem im Radio von der Knastrevolte berichtet wurde, versammelten sich vor dem Knast zunehmend mehr Menschen. Die Mehrheit bestand aus Schaulustigen, die auf Rufe aus dem Knast teilweise mit rassistischen Sprüchen und Drohungen antworteten. Zu den Schaulustigen gesellten sich ein Räumpanzer und ein Wasserwerfer vor dem Tor, vermummt SEK's, an deren PKWs die Nummernschilder verklebt waren sowie "normale" Bullen, die die Tankstelle zu ihrem Stützpunkt ausbauten und für den Verkehr sperrten. Obwohl den Bullen bekannt war, daß die Gefangenen außer ein paar Messern keine Waffen besaßen, wurde im Laufe des Nachmittags ein Feldlazarett auf dem gegenüberliegenden Messeplatz aufgebaut. Es ist zu erahnen, welches Szenario die Polizei hier mit einplante. Gegen 14.00 Uhr zogen Gasschwaden (vermutlich CS-Gas) aus den zerbrochenen Fensterscheiben. Kurz danach hatte eine kleine Gruppe von draußen kurz Sicht- und Rufkontakte mit den Gefangenen, begann die Polizei weiträumig zu räumen. Die Polizei wollte, wie sich später deutlich zeigen sollte, solidarische Personen um jeden Preis am Austausch mit den Gefangenen hindern. Aus dem Knast wurde "Scheiß-Essen", "eng hier", "viele Probleme" gerufen sowie auf Parolen von draußen, wie z.B. "Abschiebung ist Folter, Abschiebung ist Mord! Bleiberecht für alle, jetzt sofort" mit "Hoch die internationale Solidarität" geantwortet. Nicht nur bei den Bullen stieß die Solidarität mit den Gefangenen auf Ablehnung. Der biertrinkende, rassistische, dumpfdeutsche Mob beschimpfte uns, forderte die Polizei zum Eingreifen auf. Aber auch aus weiterem Abstand zum Knast wurde versucht, Solidarität zu bekunden. Während des gesamten Nachmittags kam es zu Auseinandersetzungen mit dem immer größer werdenden Mob. Die RassistInnen drohten den solidarischen DemonstrantInnen im Beisein der Polizei mit Gewalt, doch die DemonstrantInnen ließen sich nicht auf die rassistisch-faschistischen Provokationen ein. Zwischen 16.00 und 17.00 Uhr steigen sechs bis acht Gefangene mit ihrer Geisel auf das Dach. Die Feuerwehr rückt mit Leiterwagen an und baut Sprungkissen auf. Die Verhandlungen liefen weiter. Mittlerweile befand sich auch die hessische Justitzministerin vor Ort. Ungefähr zu diesem Zeitpunkt wird im Arbeitstrakt des Knastes ein Feuer gelegt. Als gegen 17.30 ein Seil über eine Seitenmauer geworfen wird, legen Polizisten, zum Teil mit Maschinenpistolen, auf die Mauer oder das Gebäude an. Passanten, z. T. Kids, rufen "Waffen weg" und "Mörder". Vom Knast fliegen Schraubenschlüssel in Richtung Bullen. Danach fordert die Polizei die BeobachterInnen auf, auch diese Straße zu räumen.

Als gegen 18.00 Uhr wieder versucht wird, durch Parolen Kontakt aufzunehmen, erscheint der Einsatzleiter und eine weitere Person in Zivil und erzählen etwas von "einer nicht genehmigten Veranstaltung", und daß die DemonstrantInnen weiter demonstrieren durften, aber nur leise. Ansonsten musse er räumen lassen. Was er dann, obwohl keine Parolen mehr gerufen wurden, auch tut. Diesmal vom SEK mit Helm und Knuppel, wobei sich ein Schläger besonders hervortut, indem er behauptet: "Ich bin zum Töten geboren!", grinst und nochmal zuschlägt. Da hat er wohl was falsch verstanden. Geboren wurde er zum Leben, zum Töten dagegen bezahlt. Desweiteren ist er nach eigenem Bekunden "stolz, ein deutscher Polizist zu sein". So richtig wundern kann das eigentlich heute niemanden mehr.

Der Knast ist jetzt noch weiträumiger abgesperrt, und die DemonstrantInnen befinden sich jetzt außer Horweite. Inzwischen brennt der Arbeitstrakt des Knastes lichterloh, Flammen schlagen heraus und die Feuerwehr beginnt von außen zu löschen.

Um 18.25 Uhr fahren Busse mit HR-Kennzeichen in den Innenhof des Knastes und die SEK-Insassen legen ca. 20 Minuten später ihre Schutzkleider und -ausrüstung gut sichtbar für die Gefangenen an.

93 Gefangene, welche sich von der Meuterei distanziert haben, werden um 20.00 Uhr nach Schwalmstadt und in die JVA 1 Kassel-Wehlheiden abtransportiert. Eine Stunde später kommt es wieder nach Solidaritätskundgebungen, diesmal an der Rückseite des Knastes, zu mehreren kurz aufeinanderfolgenden Knüppeleinsätzen. Dabei werden elf Personen festgenommen und weitere z. T. erheblich verletzt. Einige Personen wurden festgenommen, als sie einer mit einer Kopfverletzung bewußtlos auf dem Boden liegenden Person helfen wollten. Viele der Festgenommenen haben Kopfverletzungen, Gehirnerschütterungen und/oder Prellungen am ganzen Körper. Wie so oft wurden den Festgenommenen Telefonate nicht erlaubt und ärztlich Behandlung entweder gar nicht oder erst nach sieben Stunden gewährt. Alle Personen wurden gegen ihren Willen ED-behandelt.

Eine Person kam noch am gleichen Abend aus dem Knast. In Bezug auf die anderen Festgenommenen teilte die Polizei mit, daß diese erst freigelassen würden, wenn die Soli-Aktionen an der "Elwe" beendet seien. Dies wurde als Erpressung verstanden und war ja wohl auch so gemeint. Es könnte hier von der zweiten Geiselnahme des Tages gesprochen werden. Es gab keinen rechtlichen Grund für die Polizei, eine Spontankundgebung anzugreifen und Personen zu verhaften.

Die rebellierenden Gefangenen fordern weiterhin freien Abzug in einem Bus. Gegen 22.30 Uhr fährt ein Bus vor die JVA und zwei Gefangene inspizieren ihn und fordern einen anderen Bus (Information aus der HNA vom 26.7.94).

Im weiteren Verlauf geben einige, ca. 1/3 der Gefangenen, auf und stellen sich der Polizei.

Am Sonntag, gegen 22.40 Uhr wurde ein deutscher Häftling auf dem Gefängnisdach der "Elwe" festgenommen. Zwei Polizeibeamte hatten sich, um die Festnahme durchzuführen, mit einem Hebekran der Feuerwehr zum Dachansatz hochfahren lassen. Dort zwangen sie den Häftling mit vorgehaltener Waffe, sich der Krangondel anzunähern und ließen ihn, wohl um etwaige Waffen aufzuspüren, sein Hemd aus- und seine Hose herunterziehen. Schließlich, nachdem er seine Hose wieder anziehen konnte,

mußte er sich umdrehen und rückwärts über eine schmale Leiter, die als Laufsteg diente, in die Gondel steigen. Ein falscher Schritt neben die Platte und der Häftling, der durch keinen Haltegurt gesichert wurde, wäre rund 15 meter in die Tiefe gestürzt. Über Berichte in der HNA wurde später bekannt, daß es sich bei dem Festgenommenen um den Häftling handelte, der mit einer Bombenattrappe JVA Bedienstete bedroht hatte und damit den Aufstand ausgelöst hat.

Nachdem um ca. 2.00 Uhr ein islamischer Geistlicher mit den Gefangenen gesprochen hat, trifft ein Dolmetscher an der "Elwe" ein.

Gegen 6.00 weichen die Häftlinge von ihren Forderungen ab und geben zu verstehen, daß sie sich mit einer Verlegung in die JVA in Wiesbaden zufrieden geben würden. Dies begründen sie damit, daß sie der kasseler Justiz un der Ausländer behörde nicht mehr vertrauen.

Die Einsatzleitung verspricht den Flüchtlingen eine Verlegung nach Wiesbaden und lockt sie damit in den Bus. Der Dolmetscher, eine Rechtsanwältin und der Geistliche begeben sich freiwillig in den Bus, [redacted] Diese verstanden sich nie als Geiseln. Der Polizeipräsident gibt den Einsatzbefehl für die GSG 9, ohne den Gefangenen noch ein Ultimatum zu gewähren, angeblich weil die Geiselnehmer entgegen einer Absprache die Geisel (den Schließer) mit in den Bus genommen hatte. Schließlich stürmt die GSG 9 den Bus und überwältigt die Abschiebehäftlinge, die sich, nur mit einem kleinen Taschenmesser bewaffnet, fast 24 Stunden lang den SEKs, der GSG 9, einem Wasserwerfer, einem Großaufgebot von Bepo und einem Räumpanzer widersetzt haben.

Entgegen der Behauptungen der Bullen und den Veröffentlichungen in der bürgerlichen Presse wurde gesehen, wie noch um 10.30 Uhr vermutlich SEK-Einheiten mit Gasabschußgeräten das Gefängnis stürmten. Aus dem Inneren des Gefängnisses waren Schüße zu hören. Es liegt nahe, daß die Polizeiaktion noch nicht um 9.00 Uhr beendet gewesen ist, und daß sich noch einige Gefangene im Gefängnis verbarrikadiert hatten. Es stellt sich jetzt die Frage, warum die Öffentlichkeit nicht informiert wurde. Was ist dort geschehen? Was soll verschwiegen werden?

Erst nach offizieller Beendigung der Polizeiaktion wurden die festgenommenen DemonstrantInnen des Vorabends freigelassen.

Im Laufe des Vormittages sind mehrere Gefangenentransporter in das Polizeigebäude am Königstor (ehemaliges Gestapo-Gebäude) in Kassel gefahren. Zwischen 14.30 und 15.00 Uhr hörten AnwohnerInnen Schmerzensschreie und Stöhnen aus dem Innenhof.

Auch am Dienstag sind wieder Gefangenentransporter in den Gebäudekomplex gefahren, später fuhren drei Krankenwagen des kasseler ASF zum Königstor, bei der Abfahrt war nich eindeutig zu erkennen, ob in ihnen verletzte abtransportiert wurden. Es besteht Grund zu der Annahme, daß in dem Gebäude Gefangene, die an dem Aufstand beteiligt waren, dort verhört und dabei auch körperlich mißhandelt wurden.

Wir haben versucht, die Ereignisse kurz darzustellen und bemühen uns, weitere Informationen zusammenzustellen und zu veröffentlichen. Wir werden einen Reader zusammenstellen und versuchen, in Kontakt mit den Gefangenen zu treten.

Für Interesse und Unterstützung sind wir dankbar. Kontakt über den AStA der GhK (Fax 0561/84247, Tel. 0561-804-3161) und/oder Bazille/Autonomes Zentrum (Fax 0561/713458, Tel. 0561/18529)

Abschiebung ist Mord

... der Knast ... am 24.7.1993 in Kassel wird zwar viel über die unverhältnismäßige Dauer der Abschiebehaft sowie den Zuständen in den Abschiebeknästen diskutiert, eine grundsätzliche Kritik an der seit der Grundgesetzänderung vom 26.5.93 geltenden Abschiebepraxis fehlt aber häufig. Da wird zwar gefordert, daß die Flüchtlinge in Deutschland menschenwürdiger behandelt werden müßten, gleichzeitig wird ganz selbstverständlich hingenommen, daß man sie anschließend in Verfolgung, Folter und Tod abschiebt. So müßte mensch sich doch eigentlich nicht nur die Frage stellen warum AlgerierInnen sich überdurchschnittlich in Haft befinden, sondern auch was es bedeutet wenn sie nach Algerien abgeschoben werden.

Hier nun ein paar Fakten über die politische Entwicklung Algeriens seit dem Jahre 1989 und die momentanen Zustände in diesem Land. Diese Fakten sind Beweis genug um zu sagen, daß Abschiebung in dieses Land Mord bedeutet (wie Abschiebung überhaupt).

Im März 1989 gründete sich die Front Islamique du Salute (F I S / Islamische Heilsfront). Nachdem die F I S im Mai 91 zum Generalstreik aufgerufen hatte, wurde am 4. Juni 1991 der Ausnahmezustand ausgerufen d.h. Demonstrationen und Streiks wurden verboten, die Bearbeitung von politischen Anklagen wurde vor Militärgerichte zugelassen, was zur Folge hatte, daß RegierungsgegnerInnen nach Prozessen die international anerkannten Grundsätze für ein "faires" Gerichtsverfahren nicht entsprachen, zu Freiheits- oder sogar Todesstrafen verurteilt wurden. Oft wurden politische Gefangene ohne Anklageerhebung oder Gerichtsverfahren in Verwaltungshaft genommen.

Aus den landesweiten Wahlen am 26 Dezember 1991 ging die F I S Partei im ersten Wahlgang mit einer Dreiviertelmehrheit als Siegerin hervor. Der zweite Wahlgang war für den 16.1.1992 vorgesehen. Doch dazu sollte es nicht kommen. Die Macht übernahm ein "Oberster Staatsrat", der vom Militär dominiert wird. Die F I S wurde verboten und ihre Struktur zerschlagen. Es gab eine Vielzahl willkürlicher Verhaftungen. Nach Angaben der F I S sollen im Frühjahr 92 bis zu 30000 ihrer Anhänger interniert gewesen sein. Allein im Jahre 92 wurden mindestens 19 Menschen zum tode verurteilt. Im Jahr 93 starben zwölf Häftlinge unter Folter und 26 Personen wurden hingerichtet. Alle Mitglieder bewaffneter islamischer Gruppen fielen extralegalen Hinrichtungen zum Opfer.

Die Gefangenen werden in Lager interniert, die sich zwischen 800 - 3000 kilometer von Algier entfernt in der Wüste befinden. Die Zustände in diesen Wüstenlagern sowie die Behandlung der Gefangenen war und ist katastrophal und menschenunwürdig. Die Lager sind total überbelegt, die medizinische Versorgung sowie die Ernährungssituation völlig unzureichend.

Seit 1992/93 nehmen die Folterungen wieder zu. Zu den Folterungsmethoden zählen unter anderem Schläge auf den gesamten Körper, häufig mit Knüppeln, Kabeln und Besenstielen, Verbrennungen mit Zigaretten, das Herausreisen von Finger- und Fusnägeln, das Einführen von Flaschen und anderen Gegenständen in den Anus, die "Chiffon"-Methode, bei der das Opfer beinahe zum Ersticken gebracht wird, indem man ihn mit schmutzigen Wasser oder Chemikalien getränkte Tücher in den Mund stopft, sowie Elektroschocks.

Ein Staat wie die BRD, dessen Justiz und Politik sich nicht scheut ohne Skrupel Menschen in solche Zustände abzuschieben ist keinen Deut besser als das Regime in Algerien oder andere unmenschliche Diktaturen.

Die Repression seitens der algerischen Staatsführung gegenüber vermeintlichen F I S Anhänger hält bis heute an.

Mensch kann über die Politik der F I S und die Konsequenzen einer islamischen Republik, die diese fordert unterschiedlicher Meinung sein. Folterungen und Hinrichtungen in Algerien sowie Abschiebung in diese Zustände rechtfertigt dies nicht.

Neben den Oppositionellen der F I S gibt es Oppositionelle, die zwischen den Fronten stehen. Dabei handelt es sich oft um Intellektuelle, die zwar gegen das Regime sind aber auch in keinen von Islamisten regierten Staat leben wollen. Da diese weniger seitens des Regimes und mehr seitens der F I S bedroht und zum Teil von dieser in Anschlägen getötet werden, sind sie im deutschen Asylverfahrensgesetz nicht vorgesehen. Denn als politischer Flüchtling gilt nur wer von staatlicher nicht aber von oppositioneller Seite verfolgt und bedroht wird. Deshalb wird auch u. A. von Amnesty International eine weiterreichende Definition des Flüchtlingsstatus gefordert. Schutz finden sollten auch Personen, denen die Regierung des Verfolgerlandes keine Sicherheit gewährleiste. Es ist ja wohl auch völlig irrelevant von welcher Seite ein Mensch durch Verfolgung, Folter und Mord bedroht wird.

Eins bleibt sicher: Abschiebung nach Algerien oder in ein anderes "Unrechtssystem" ist Mord. Und auch sogenannte "Wirtschaftsflüchtlinge" in den sicheren Hungertod abzuschieben ist Mord. Alle PolitikerInnen, die der Asylrechtsänderung, die Abschiebung in diese Länder möglich macht, zugestimmt haben, alle RichterInnen, PolizistInnen und sonstige Beamte die an solchen Abschiebungen mitarbeiten sollten sich fragen ob sie nicht die Mörder sind.

(ISS)

Hinweis: Ein Reader in dem unter anderem die ... in Algerien genauer beschrieben wird, wird in den folgenden Wochen erstellt.

BRITISH TROOPS OUT

In der letzten Interim wurde mit der längst überfälligen Diskussion über den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland und über den irischen Friedensprozeß begonnen. Der Text der Genossen aus dem Süden Irlands spiegelt einige Befürchtungen in der Linken innerhalb und außerhalb Sinn Feins - bzw. der irisch-republikanischen Bewegung wider.
Darauf werden wir weiter unten eingehen.
Besonders gefreut haben wir uns über die praktische Initiative für eine Kundgebung am 13. August vor der britischen Botschaft (14 Uhr), die auch wir unterstützen. Diese Kundbegung ist Teil eines 'internationalen Aktions-

SUPPORT TIME FOR PEACE - TIME TO GO
INTERNATIONAL DAY OF ACTION - SATURDAY, 13th AUGUST, 1994

tags', initiiert von der irischen "Time to go" - Kampagne, die an den 25. Jahrestag des Einmarschs der britischen Truppen in Nordirland erinnert. Für den 13. August sind weltweit gleichzeitig weitere Veranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen vor britischen Konsulaten und Botschaften geplant: in Sydney, in New York, Boston, Chicago, Washington und San Francisco, in London und Dublin. Dies markiert den Auftakt für eine breit angelegte Kampagne, die Druck auf die britische Regierung ausüben soll, sich für einen Friedensprozeß im Norden Irlands - unter Einbeziehung Sinn Feins und ihrer Forderung nach Selbstbestimmung des irischen 'Volkes' - einzusetzen. Am 14. und 20. August wird es Großdemonstrationen in Belfast und Dublin geben.
Seit der Artikel der Gruppe "Midnight on the Empire" für die letzte Interim geschrieben wurde, hat sich in bezug auf den irischen Friedensprozeß einiges verändert. Die irischen Genossen nehmen an, daß sich die Führung um Gerry Adams mit ihren Verhandlungs-vorstellungen "durchsetzen" werde. Wir sind nicht der Ansicht, daß Gerry Adams- Präsident von Sinn Fein - das "dominante, katholische, nationalistische Element" repräsentiert. Selbst wenn dies stimmen würde, sagen solche Begriffe nichts über die Position zum bewaffneten Kampf aus. Außer linker Kritik gibt es innerhalb von Sinn Fein einen nationalistischen, eher konservativen Flügel z.B. in Gebieten wie Tyrone, der bewaffneten Kampf eindeutig Verhandlungen vorzieht. Die Gesamtpartei Sinn Fein - sowie Gerry Adams - verfolgt seit Jahren eine Politik des demokratischen Sozialismus, die von der Gleichzeitigkeit von "ballots and bullets" ausgeht, also von Wahlen, Politik und Diplomatie einerseits und bewaffnetem Kampf andererseits.

Hume-Adams- Initiative

Auch wir kennen immer noch nicht den Inhalt des Hume-Adams- Friedensplans, der gemeinsam von Sinn Fein und den Sozialdemokraten entworfen wurde. Wir können über den Inhalt des Plans nur spekulieren, aber wir nehmen an, daß die Geheimhaltung in taktischem Vorgehen begründet liegt z.B, um die Loyalisten zu beschwichtigen. Trotzdem ist es ein Unding daß monatelang über einen Text diskutiert werden soll, über dessen genauen Inhalts nichts offen bekannt ist.

Die Downing-Street- Erklärung

Die Downing-Street-Erklärung von Dezember 93 - ein gemeinsames Dokument der südirischen und britischen Regierung und Reaktion auf die Hume-Adams- Initiative - wurde jedoch breit und ausführlich im Norden und Süden Irlands diskutiert und kritisiert. Die irisch-republikanischen Gefangenen schrieben dazu:
"Die Downing-Street-Erklärung besteht aus mehr Illusionen als aus Substanz. Die Sprache, in der sie verfaßt ist, ist äußerst doppeldeutig und so kompliziert, daß sie allen alles bedeuten kann. Und gleichzeitig ist sie nichtssagend...Sie bietet NationalistInnen nichts greifbares an..Sie fordert jedoch die einseitige Einstellung des bewaffneten Kampfes. Sie ist eine große Illusion, aber eine Illusion, in die Erwartungen gesetzt werden."
In diesem Sinne entschied die Delegiertenkonferenz von Sinn Fein am Sonntag den 24. Juli, die Downing-Street-Erklärung abzulehnen. Dies war u.A. ein Erfolg liker Positionen. Der Friedensprozeß ist damit nicht beendet, er wird weiter verfolgt, nur auf neuer Grundlage.
Gerry Adams: "Der nächste Schritt im Friedensprozeß muß sich fundamental mit den zentralen konstitutionellen Themen, sowie Nebenthemen, beschäftigen."
Und nun einige Auszüge einiger Anträge die auf der Delegiertenkonferenz am Sonntag verabschiedet wurden (aus Irish News, 25. Juli)

What Sinn Fein agreed as its declaration

MOTION ONE

That Sinn Fein recommits itself to our objectives as contained in our constitution. In summary, these are the establishment of a democratic, socialist republic based on the Proclamation of 1916.

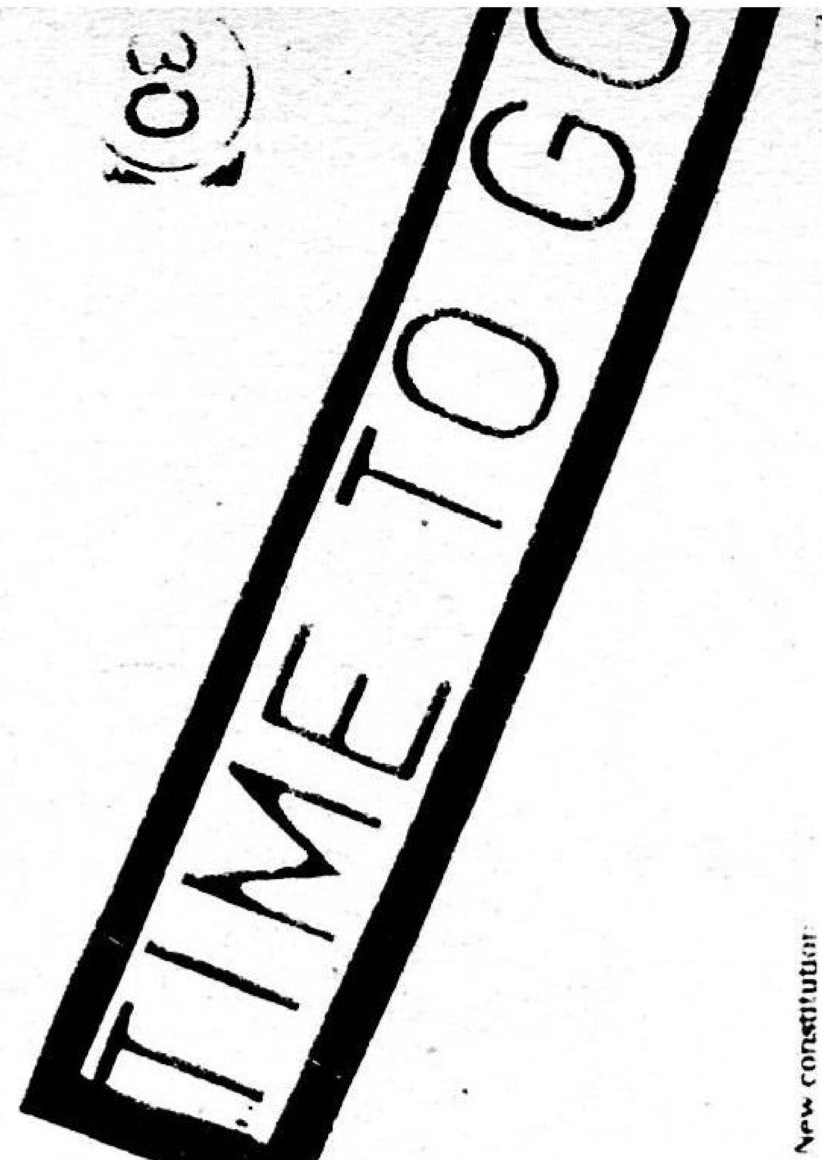
Advancing the Irish Peace Initiative.

That Sinn Fein believes that the next phase of our peace strategy should be based on advancing the Irish Peace Initiative. The basic principles of this initiative are:

- That the Irish people as a whole have the right to national self-determination.
- That the exercise of national self-determination is a matter for agreement between the people of Ireland;
- That both governments should commit themselves, in consultation with all other parties, to a peace process to achieve this, within an agreed timeframe.
- That an internal six-county settlement is not a solution.
- That the consent and allegiance of unionists are essential ingredients if a lasting peace is to be estabIished;
- That the unionists cannot have a veto over British policy or over political progress in Ireland;
- That the British government must join the persuaders.
- That the London and Dublin governments have a major responsibility to secure political progress.

We recognise the delicate stage the peace process has now reached. We restate our commitment to building the conditions for demilitarisation as part of the search for a lasting peace settlement.
Sinn Fein commits itself to building a sustainable Irish republican/nationalist platform of political demands, with popular support in Ireland and internationally, particularly in the USA and EU, based on the dynamic contained in the Irish Peace Initiative.

response



"Midnight on the Empire" schreibt, die zwei Gründe für den Friedensprozeß seien die loyalistischen Angriffe auf Sinn Fein- Mitglieder und die nationalistische Community, sowie der permanente Belagerungszustand z.B. in Crossmaglen - eine Grenzregion zum Süden Irlands.
Wir glauben ebenfalls, daß im Norden Irlands eine Pattsituation herrscht, dies drückt jedoch eher die Stärke als die Schwäche von Sinn Fein und der republikanischen Bewegung aus. Aus dieser Stärke heraus wurde der Friedensprozeß begonnen. Er ist nicht allein Reaktion auf die Intensivierung der Angriffe der Loyalisten, sondern im Gegenteil befürchten die Loyalisten, daß die IRA nach 25 Jahren gesiegt hat und sie von den Briten 'ausverkauft' wurden. Außerdem ist eben eine Belagerung durch die britische Armee, wie in Crossmaglen, wo die IRA traditionell sehr stark ist, auf Dauer für die Briten nicht mehr tragbar.
Wir widersprechen "Midnight on the Empire" an dem Punkt, an dem sie behaupten Gerry Adams wolle oder könne sich einfach über die Basis hinwegsetzen. Gerry Adams ist letztendlich nur so radikal wie seine Basis, die sich aus unterschiedlichen Bewegungen oder Flügeln zusammensetzt. Ein Alleingang von Gerry Adams hätte zur Spaltung geführt und das wissen in Irland auch alle. Das wichtigste an der irisch-republikanischen Bewegung ist jedoch gerade die Einheit.

für den Kommunismus !
einige InternationalistInnen

P.S. Am 13. August findet um 11 Uhr auch eine antifaschistische Demo statt. Es ist selbstverständlich wichtig dort präsent zu sein. Aber was spricht dagegen, daß -noch mehr- Antifas im Anschluß an diese Demo zusammen mit (uns) irischen ImmigrantInnen vor der britischen Botschaft demonstrieren ?! Wir wissen natürlich, daß Antifaschismus und Internationalismus zwei unterschiedliche Ansätze sind, aber wir denken, daß sie zusammengehören.

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE

Seit 19 Jahren unterstützt die Rote Hilfe e.V. politisch Verfolgte in der BRD.

Als bundesweite parteiunabhängige Organisation mit mehreren Ortsgruppen in versch. Städten der BRD versuchen wir unserem Anspruch - eine Schutzorganisation für die gesamte Linke zu sein - durch die praktische Organisierung von Solidarität, Prozeßkostenunterstützung, Veranstaltungen und Informationen zur politischen Repression und entsprechender Bündnisarbeit gerecht zu werden. Die zur Zeit ca. 1000 Mitglieder der Roten Hilfe sorgen mit ihren Beiträgen und Spenden für die Finanzierung von Anwalts- und Prozeßkosten von AntifaschistInnen, Totalverweigerern, HausbesetzerInnen, DemonstrantInnen und anderen, die wegen ihrer politischen Betätigung kriminalisiert werden.

Vierteljährlich erscheint DIE ROTE HILFE, die über politische Prozesse und die Entwicklung des Repressionsapparates und unsere Arbeit informiert. DIE ROTE HILFE gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden und bei Rote Hilfe - Ortsgruppen oder für 4,- DM bei u.a. Adresse. Ein Abo kostet 15,- DM für 4 Ausgaben, für Mitglieder ist der Bezug der Zeitung im Beitrag inbegriffen.

Informationsmaterial, Probehefte und Beitrittserklärungen können gegen Rückporto bestellt werden bei:



Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel/Fax: 0431/7514

Ya kazanacagiz ya kazanacagiz
Wir werden siegen oder wir werden siegen
Broschüre mit Beitragen von der Internationalen Frauen - konferenz der " Freien Frauenbewegung Kurdistans, TJAK "
zum 8. Marz 1994
Zu bestellen gegen 6 x 1,- DM Briefmarken über Bella
c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

FC St. Pauli Supporters

"Das zweite Bein muß mit" Berlin

laden zum Tanze ...



DFB POKAL 1. RUNDE

1.FC UNION

VS



SAMSTAG 13.8.94

KICK OFF : 15.00

ALTE FÖRSTEREI

TREFFPUNKT 13.00

FRANZISKANER

DRESDNER STRAßE

AM KOTTI



18.00 FETE IM ANSTOß

BRUNNENSTRAßE 7

U BHF ROSENTHALER PLATZ

nach Sommerpause

und Renovierung

pünktlich zum

Saisonstart,

1. Fc. UNION : Fc. St. PAULI

(1. Runde DFB-Pokal),

zurück:

So. 13.08.94 ab 17⁰⁰

VoLxKüche, Sportschau etc.

im FanLaden „Anstoß"

Brunnen 7 - Mitte



Informationsveranstaltung für Frauen

Am Sonntag 14.8 um 19.00 Uhr findet im Frauenzentrum S.U.S.I., Monbijouplatz 4, eine Informationsveranstaltung mit Vietnamesinnen statt über polizeiliche Mißhandlungen von hier lebenden VietnamesInnen

15.30-18.00 Uhr

offenes Treffen der Frauenlesbengruppe gegen Knast

Unser bisheriger Arbeitsschwerpunkt sind soziale gefangene Frauen.
Wir wollen uns mit unserem Antiknastansatz zu verschiedenen Themen verhalten und wünschen uns Zusammenarbeit mit anderen Frauenlesbengruppen.
Wenn Ihr neugierig auf uns seid, Infos für uns habt oder von uns haben wollt

KOMMT VORBEI! Mo 15.8.94

Ort: Frauenbüro im Mehringhof, 2. Hofeingang, 1. Etage (rechts)
(Gneisenaustr. 2a, U-Bahn Mehringdamm)

WAGENBURG SCHWARZER KANAL, an der Schillingbrücke,
Nähe Köpenicker Str.
SONNTAG, 21.8., ab 20.30 Uhr: VOKÜ, danach Funkenrocken
gegen Rechts, ♀♀ Chor Tanten
und Diebojen

"TIME FOR PEACE - TIME TO GO"
KUNDGEBUNG
zum 25. Jahrestags des Einzugs der britschen Truppen
in Nordirland

SAMSTAG, 13.8., 14.00 Uhr
vor der britischen Botschaft
Unter den Linden 32.

VIDEOKINO IM K.O.B. ZEIGT:

Sonntag, 14.8., 20.30 Uhr: "Malcolm X" und
Kurzvideo zum Riot in L.A. 92

Sonntag, 21.8., 20.30 Uhr: "Tierra Y Libertad"
"la guerra otra"
"la guerra en Chiapas"
Video zur Situation in Chiapas/Mexiko und
dem Kampf der E.Z.L.N.
"Viva Zapata"

☆ Ein buntes Fest für neue Kraft! ☆
Wir feiern gemeinsam ein
Antifaschistisches Straßenfest
in der Nehringstraße in Charlottenburg
am Sonntag, den 21. August
von 12 bis 22 Uhr
Solidarität mit den gefangenen Antifas!

Die faschistischen Strukturen aufdecken und angreifen!



Am 17.8.1994 jährt sich zum 7. mal der Tod des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess. Anlässlich dieses Datums kommt es regelmässig zu Aufmärschen organisierter Neonazis aus ganz Europa. Antifaschistische Gruppen aus der BRD treten dem mit einer Kampagne unter dem Motto AKTION '94 entgegen. In Berlin findet in diesem Rahmen eine Demonstration gegen den Faschisten A. W. PRIEM statt. Priem ist seit Jahren eine der Führungspersonen der Naziszene in Berlin und '94 am Vorbereitungskomitee für den "Rudolf-Hess-Gedenkmarsch" beteiligt. Das Bild zeigt Priems Wohnung in der Osloer Straße 15, Vorderhaus, 1. Stock in Berlin-Wedding.

DEMO

13. 8. 94 ★ 11 Uhr
U-Bahnhof
Schönhauser-Allee